

# Brokdorf Kleve Hamburg

Grundgesetz

für die

Bundesrepublik  
Deutschland





## Brokdorf, Kleve, Hamburg eine Dokumentation

### Inhalt

Wie alles anfang .....	S. 3
Verkehrsausschußbericht .....	S. 9
Saniausschußbericht .....	S.16
Brokdorf 7.Juni 1986 .....	S.20
Kleve 7.Juni 1986 .....	S.26
Hamburg Heiligengeistfeld 8.Juni 1986 .....	S.33
Hamburg Demonstration 12.Juni 1986 .....	S.48
Solidarität in der Region .....	S.50
Dokumente .....	S.51

### Herausgeber:

Ermittlungsausschuß in der BUU, Hamburg  
Kommunistischer Bund  
Die Grünen Schleswig-Holstein  
Sanigruppe Hamburg

### Satzherstellung:

Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20

### Druck:

Hinterhofdruckerei, Holstenstr. 201, 2000 Hamburg 50

### Vertrieb und Verlag:

Förderverein Umweltschutz Unterelbe  
Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/400 423  
ISBN 3-88876-035-6  
Preis: DM 5,- plus DM 1,- Porto  
Bei Abnahme von 5 Stück und mehr 30% Rabatt  
Auflage 5.000  
Erscheinungsdatum: 27.Juni 1986

V.i.S.d.P.: G. Bauer, c/o Ermittlungsausschuß in der BUU

### Bildquellennachweis:

argus, Hamburg(12); Markus Kröger, Hamburg(1); Stefan Parpart, Hamburg(3);  
Boris Rostami-Rabet, Hamburg(9); Hinrich Schulze, Hamburg(5); Marily Stroux,  
Hamburg(2); Hartmut Wojahn, Hamburg(15)

**Titelentwurf:** Stefan Parpart und Karen, Hamburg

**Titelfotos:** argus, Kröger

**Rückseitenentwurf und Fotos:** Boris Rostami-Rabet, Markus Kröger

**Karikatur Seite 3:** Michael Bogatzki



## Brokdorf 1986

### Zustandekommen und Versuch der Organisation

#### Die Vorgeschichte

Eigentlich müßte man in das Jahr 1976 oder weiter zurück gehen, doch das führt hier zu weit. Nach der letzten Großaktion im Jahre 1981 gegen den Bau des AKW Brokdorf ist der Widerstand nie ganz eingeschlafen. Bürgerinitiativen und Kläger haben ihn am Leben gehalten. In Vorbereitung auf die Inbetriebnahme des AKW in diesem Jahr haben sie zusammen mit den Grünen in Schleswig-Holstein am 5. April 1986, drei Wochen vor der Katastrophe von Tschernobyl, zur Demonstration nach Brokdorf aufgerufen. Knapp 1000 Menschen folgten dem Aufruf. An diesem Tag war die Demonstration am Baugelände kein Problem. Mehr noch: der kleinen Zahl gelang es, ungehindert alle vier Tore zum AKW aufzubrechen. Polizei und Wasserwerfer tauchten erst auf, als die Demonstranten bereits weitergezogen waren.

Infolge dieser Aktion beschlossen die BI Pinneberg, die BUU Hamburg und die Grünen in Schleswig-Holstein, aus Anlaß der geplanten Inbetriebnahme Brokdorfs am 13. Juni 1986 für den 7. Juni 1986 zu einer Demonstration aufzurufen, um den Widerstand gegen das AKW weiterhin zu erhalten und auch nach der Inbetriebnahme unter Verwertung von Widerstandserfahrungen in anderen Regionen weiterzumachen. Ein Beratungstreffen hierfür wurde auf den 20. Mai in Hamburg gelegt.

#### Erste Planungen

Und dann kam *Tschernobyl* am 26. April. Nach der ersten Lähmung begannen die Proteste gegen die Atomanlagen. Ein Neuaufschwung der Anti-AKW-Bewegung wurde vorhergesagt. Am Abend des 6. Mai trafen sich in den Räumen der BUU in Hamburg etwa 80 Leute und berieten das weitere Vorgehen. Die Vertreter der GAL gaben die Ansetzung einer Hamburger Demonstration am 13.5. bekannt. Einigkeit über eine Großaktion in Brokdorf konnte hergestellt werden. Uneinigkeit bestand über den Termin: Mehrheitlich sprach sich die Versammlung nach Intervention von Vertretern des BUND Hamburg für den 31. Mai als Termin in Brokdorf aus, da am 7. Juni in Würzburg der bereits seit längerem geplante Umwelttag verschiedener Verbände stattfindet. Nichtsdestotrotz sprach alles weiterhin von einer Großaktion in Brokdorf am 7. Juni. Bis hierhin gab es keinen verantwortlichen Vorbereitungskreis für die weitere Vorbereitung.

Hamburg erlebte mit 35.000 Menschen am 13. Mai die größte Demonstration seit langem. Am Vormittag des 13. Mai trafen sich kurzfristig zusammengetrommelt Leute aus der GAL Hamburg, von den Grünen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, aus den BIs Pinneberg, Lüchow-Dannenberg und der Redaktion Atom/Lüneburg sowie aus dem KB. Einigkeit konnte hergestellt werden, auf eine Großaktion in Brokdorf zu orientieren. Am Abend sollte das Treffen in den Räu-



men der Hamburger BUU im Anschluß an die Demonstration weitere Vorbereitungen diskutieren. Drei Leute übernahmen die Formulierung eines Entwurfs für ein Aufrufflugblatt noch für den selben Abend in der BUU. Etwa 80 Leute fanden sich an diesem Abend ein. Erstmals auch Anti-AKW-Gegner aus Bremen, Göttingen, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg, Pinneberg, Hums, Kiel, Braunschweig und Münster (genauere Anwesenheitsliste siehe Brokdorf-Schnellinfo 1). Ergebnis dieses Abends: Großaktion am 7. Juni um 13 Uhr in Brokdorf, Brokdorf-Aktionskonferenz am 24. Mai in der Hamburger Kampnagelfabrik. Weder gab es an diesem Abend einen Aufruf (der vorliegende Entwurf wurde zur Kenntnis genommen), noch eine Festlegung auf einen Vorbereitungskreis. Umstritten blieb, ob die Brokdorf-Aktion bundesweit propagiert werden sollte oder ob, wie von einigen vorgeschlagen, am selben Tag in Brokdorf und Wackersdorf Großaktionen stattfinden sollten. In Hamburg lag die praktische Vorbereitung weiterhin beim Büro der Hamburger BUU. Als erste Aktivität wurde bundesweit über den Verteiler von BUU und Göttinger Arbeitskreis gegen Atomanlagen das Brokdorf-Schnellinfo 1 verschickt, die Kampnagelfabrik für die Aktionskonferenz am 24.5. angemietet, ein Plakat erstellt, das für die Großaktionen am 7. Juni in Brokdorf und Wackersdorf mobilisierte (mittlerweile hatte die Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-BIs eine parallele Großaktion in Wackersdorf beschlossen, Wert wurde darauf gelegt, daß diese Aktionen zeitgleich und unter der gleichen Stoßrichtung durchgeführt werden, nicht konkurrierend, sondern parallel eine Aktion im Norden, eine im Süden).

Nach wie vor fehlten Strukturen. Es gelang nicht, einen Aufruf über das Plakat hinaus zu verabschieden. Die Grünen legten ein Veto gegen den vorliegenden Entwurf ein, da er eine Passage zu den Formen des Widerstands enthielt, in der auch die Sabotage gegen Atomanlagen als legitim dargestellt wurde. Autonome Gruppen beteiligten sich bis zu diesem Zeitpunkt nur beobachtend an den gemeinsamen Vorbereitungen.

Ein weiteres *Vorbereitungstreffen* fand am 20.5. in der Hamburger BUU statt, in dessen Folge das Brokdorf-Schnellinfo 2 herausgegeben wurde. Neben der Tagesordnung für die Aktionskonferenz am 24.5. wurden folgende organisatorischen Vorbereitungen erreicht: Ein Kinderfest in Wilster am 7. Juni, eine Bootsdemonstration auf der Elbe, der Beginn der Arbeit eines Verkehrsausschusses, erste Vorergebnisse von Sani- und Ermittlungsausschüssen. Auch jetzt gab es noch keinen irgendwie legitimierten Vorbereitungskreis. Ein hierfür angesetztes Treffen sah neben Mitgliedern der GAL, des KB, des Wendlandplenums, der Blockadegruppen und des Hamburger Landesjugendrings einen starken Block von ASTA-Hamburg-Vertretern, Jusos und DKP. Dieses Treffen wurde wegen inhaltlicher Differenzen insbesondere mit der DKP-Position in der Anti-AKW-Frage ergebnislos aufgelöst.

### Die Aktionskonferenz vom 24. Mai

Am 24. Mai fand die gut besuchte *Aktionskonferenz in der Kampnagelfabrik* mit ca. 800 Vertretern aus Norddeutschland, zum Teil aus Hessen und NRW sowie Westberlin statt und endete (fast) ergebnislos. Erst auf der Konferenz selber lagen folgende Papiere vor: Aufrufentwürfe vom ASTA der Universität Hamburg sowie von mehreren Einzelpersonen und einem GAL-Vorbereitungskreis; Positionspapiere des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomanlagen und des Hamburger Wendlandplenums; Vorschläge für einen Aktionsrahmen von der BBA Bremen, dem Wendlandplenum und

Mitgliedern der Grünen aus Hamburg/Schleswig-Holstein und Niedersachsen; ein Brokdorf-Blockade-Aufruf von gewaltfreien Aktionsgruppen. Nach heftiger und zuweilen handgreiflicher Debatte scheiterte die Konferenz ergebnislos. Es gab keine Einigung über einen Aufruf und Aktionsrahmen. Dennoch enigten sich im Anschluß ca. 60 Leute aus BIs und politischen Organisationen auf einen gemeinsamen Aufruf und Aktionsrahmen, der später von ca. 50 BIs, Organisationen und Verbänden unterstützt wurde.

Darüberhinaus gab es diverse Aufrufe von autonomen Gruppen, dem Landesjugendring, dem ASTA, der DKP, dem Aktionskreis Leben/Gewerkschafter gegen Atom, der Hamburger IG Druck und GEW sowie der Hamburger Jungsozialisten.

Trotz der gescheiterten Aktionskonferenz wurde auf dem *Folgetreffen in der BUU* am 27.5. ein Koordinierungskreis gebildet, dem Vertreter der BI Pinneberg, BUU Hamburg, der GAL, des KB, der Hamburger Friedenskoordination, der Blockadegruppen, des Landesjugendrings angehörten. In der Folge wurde der Kreis durch Autonome und den Aktionskreis Leben erweitert. An den weiteren Treffen beteiligt waren auch der Hamburger ASTA und die DKP. Eine zumindest norddeutsche Gesamtkoordination gelang nicht. Absprachen gab es allerdings in der Sani-, Ermittlungs- und Verkehrsausschussarbeit und über die Durchführung der Kundgebung in Brokdorf mit den Grünen Schleswig-Holstein und der BBA Bremen. Dem Hamburger Koordinierungskreis kam daher nicht die Aufgabe einer Demoleitung zu, sondern in seiner Ursprungsrunde die Durchführung der Kundgebung zusammen mit den schleswig-holsteinischen Grünen, eine Mobilisierungsveranstaltung in der Hamburger „Großen Freiheit“, sowie in seiner erweiterten Zusammensetzung die Organisation des Hamburger PKW-/Buskonvois und seiner Ankunft (?) in Brokdorf. Von den autonomen Gruppen nahmen Vertreter des Wendlandplenums die ganze Zeit über als Beobachter an den Zusammenkünften teil, andere autonome Strömungen arbeiteten erst in der letzten Woche vor der Brokdorf-Demo aktiv mit uns zusammen.

Der Hamburger Koordinierungskreis gab am 29.5. das Brokdorf-Schnellinfo 3 heraus, veranstaltete mit Jens Scheer, Lars Hennings, Vertretern der Blockadegruppen und der Kinderinitiativen am 2. Juni eine Pressekonzferenz. Nach Diskussion in der BUU am 27.5. meldete Lars Hennings (Grüne SH) auf dem NWK-Parkplatz direkt am AKW Brokdorf eine Kundgebung an. Die Polizei sagte freie Zufahrt auf den Verkehrswege sowie die Aufstellung von Klothäuschen. Für die Kundgebung konnten als Redner gewonnen werden: Hannes Kempmann, BI Lüneburg-Dannenberg/Grüne; Jens Scheer, BBA Bremen; Vertreter/innen der Blockadegruppen, des AKL und der OOA Dänemark. Absagen bekamen wir von Walter Mossmann, Robert Jungk und Helmut Hirsch, die alle bereits andere Termine hatten (die ersten beiden in Wackersdorf). Am 5. Juni fand in der „Großen Freiheit“ mit 1000 Teilnehmern eine letzte *Brokdorf-Mobilisierungsveranstaltung* in Hamburg statt. Norbert Sack von der BUU Pinneberg stellte die Geschichte des Widerstands gegen das AKW Brokdorf dar, ein Vertreter des Wendlandplenums berichtete über die Erfahrungen im jahrelangen Widerstand gegen das End-/Zwischenlager in Gorleben und die Arbeit im Landkreis, Mitglieder der verschiedenen Vorbereitungsausschüsse informierten über den letzten Vorbereitungsstand, aus dem Publikum wurden im wesentlichen Informationsfragen gestellt.

### Doch noch gemeinsam

Im Laufe des 3. Juni kam es dann in Hamburg zu einer Einigung zwischen den verschiedenen politischen Strömungen. Vorausgegangen waren dem u.a. zwei Treffen der autonomen Gruppen, auf denen diese ihr Vorgehen und ihre Aktionsziele für Brokdorf diskutiert haben. Ergebnis war offenkundig auch, daß Interesse an einem gemeinsamen Vorgehen mit den anderen politischen Strömungen besteht. Als Konsequenz der gemeinsamen Beratungen an diesem Tag wurde festgehalten:

1. Der Hamburger Konvoi wird gemeinsam organisiert und soll geschlossen bleiben. Ziel ist auf jeden Fall, den Zaun des AKW-Geländes und den Kundgebungsort zu erreichen.
2. Bei Sperren sollen keine Durchsuchungen der Teilnehmer zugelassen werden. Umwege, die einem Nadelöhr gleichkommen, sollen nicht gefahren werden.
3. Die verschiedenen beteiligten Gruppen bilden einen Konvoi-Koordinierungskreis. Die Spitze des Hamburger Konvois soll politisch „gemischt“ sein aus Gruppen aller Strömungen, die sich dafür bereit erklären. Vertreter der „gemischten Spitze“ und des Gesamtkonvois beraten an möglichen Polizeisperren das Vorgehen bis hin zu dem Versuch, eine solche Sperre zu überwinden.
4. Wird der Hamburger Zug aufgehalten, gibt es keine Möglichkeit, nach Brokdorf durchzukommen, wird als Möglichkeit erwogen:
  - Abbiegen zu anderen Zielen;
  - Umkehr nach Hamburg und Beteiligung am verkaufsoffenen Sonnabend;
  - Protest in Hamburg am Sonntag, 8. Juni. Möglicher Treffpunkt 12 Uhr, Heiligengeistfeld.

### Der Hamburger Konvoi

*Sonnabend, 7. Juni, um 6 Uhr auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg: Die Aufstellung des Hamburger Konvois beginnt. Er startet um 7.20 Uhr, dazu stoßen später die Busse des AKL, der vor dem Hamburger Gewerkschaftshaus abgefahren ist, und Bergedorfer Busse. Insgesamt umfaßt der Hamburger Konvoi einige hundert PKW sowie etwa 100 Busse, schätzungsweise 10.000 Leute. Doch gelingt bereits bei der Konvoizusammenstellung die „gemischte Spitze“ nicht. Eine viel zu lange PKW-Schlange befindet sich vor den ersten Bussen. Zudem zogen während der Fahrt immer mehr PKW nach vorne, die Busse wurden auseinandergerissen, weil sich entweder PKW dazwischen setzten oder ganze Busteile zum Pinkeln ausscherten und zurückfielen. Der Konvoikordinierungskreis fand sich bis zu einem Kilometer hinter der PKW-Spitze am Lautsprecherwagen wieder.*

*Den ersten durch Polizeisperren bedingten Stop des Hamburger Konvois gab es zwischen Kellinghusen und Hohenlockstedt. Kradmelder berichteten, daß die Zufahrten Richtung Itzehoe auf der B 206 und der nachfolgenden B 77 hinter „Hungrier Wolf“ von der Polizei gesperrt sind. Verabredungsgemäß wurde entschieden, in diesem Fall nicht weiter die Strecke durch Itzehoe zu nehmen, sondern über Hohenasperde und Kaaks weiterzufahren.*

*Der nächste Stop erfolgte kurz vor Hohenasperde. Kradmelder berichteten von einer kleinen Sperre bei Kleve und einer größeren bei St. Margarethen. Die an dieser Besprechung beteiligten Koordinierungsmitglieder entschieden, über Kaaks Richtung Kleve weiterzufahren. Vor Huje sollte dann noch einmal gestoppt werden, um die Meldungen der Kradmelder über den Charakter der Sperren abzuwarten.*





Kradmelder verschiedener politischer Gruppen berichteten vor Huje übereinstimmend: Keine Materialsperrung bei Kleve, drei Einsatzfahrzeuge und eine Gruppe von 30 bis 50 Polizisten; eine weitere Sperre (Container) in Richtung Heiligengeistfeld, auf der Strecke, die zu fahren nicht beabsichtigt war. Andere Kradmelder waren weiter in Richtung St. Margarethen geschickt worden, um die dortige Sperre, von der es hieß, daß sie massiver sei, auszukundschaften. Die anwesenden Koordinierungsmitglieder entschieden, in Richtung Kleve einzubiegen, vor der Sperre zu stoppen und dort das weitere Vorgehen zu beraten.



### Von Kleve zum Heiligengeistfeld

Als die meisten Koordinierungsmitglieder die Zugspitze bei Kleve erreicht hatten, tobte dort bereits die Auseinandersetzung mit der Polizei, die die Leute massiv auf der Straße durch die PKW bis zu den Bussen zurücktrieb und eine Polizeisperre vor den ersten Bussen errichtete — fast zwei Kilometer hinter der Konvoispitze der PKW. (Siehe dazu den gesonderten Bericht zu Kleve). Eine Absprache untereinander war nicht mehr möglich.

In der weiteren Folge beteiligten sich Koordinierungsmitglieder an der Unterstützung der Sanis bei der Behandlung und dem Abtransport von Verletzten (siehe Sani-Bericht). Andere versuchten Verhandlungen mit dem Polizeieinsatzleiter Fleischer aufzunehmen, um eine kontrollierte Weiterfahrt des Konvois zu ermöglichen. Zunächst durften zwei Vertreter die Konvoispitze durch die Polizeiabsperrungen mit dem Motorrad abfahren, da die Polizei behauptete, ein Weiterfahren sei nicht möglich. Ergebnis dieser „Besichtigungsfahrt“: Mit vereinter Kraft lassen sich im Wege stehende Autos beiseiteschaffen und der Konvoi durchziehen. Nach Beratungen wurde entschieden: Wir dürfen nicht umkehren und die ersten einhundert Fahrzeuge und die dazugehörigen Leute im Regen stehenlassen. Deshalb sollte mit vereinten Kräften die Strecke freigemacht werden, um zunächst einen Lautsprecherwagen und die Busse nach vorne zu ziehen. Währenddessen sollten die zerstreuten Fahrzeuge so weit möglich in Ordnung ge-

bracht werden und die Leute quasi in die Mitte des Konvois genommen werden. Verhandlungen mit der Polizei ergaben zunächst, daß sie ihre Ketten an die Kreuzung Kleve/B 431 zurückzogen. Nach Diskussion unter den Demonstranten forderten diese die Leute aus den Bussen auf, zum Schutz für die PKW-Insassen mit vorzuziehen. Die Fahrer der PKW sollten wieder in ihre Autos steigen, um Platz für die mögliche Abfahrt zu schaffen. Es dauerte noch etwa zwei Stunden, bis die Polizei die Sperre an der Klever Kreuzung freigab. Polizeieinsatzleiter Fleischer verzögerte ständig weitere Verhandlungen und beriet sich mit seiner obersten Einsatzleitung. Sein erstes Angebot, die Leute dürften unter „Beobachtung“ der Polizei zu Fuß durch die Sperre, die Autos dürften dann einzeln nachziehen, wurde abgelehnt. Zwischen 17 und 18 Uhr gab die Polizei schließlich die Kreuzung in Richtung Vaale und Sachsenlande frei und zog sich in Sichtweite zurück. Nach Beratung an der Spitze des Zuges und in Bussen war klar: Rückfahrt nach Hamburg, Treffen abends um 22 Uhr in der W 3 und vorsorgliche Bekanntgabe des Treffpunkts Heiligengeistfeld, Sonntag, 12 Uhr. Der Abzug klappte dann relativ gut, immer wieder wurde über Lautsprecher aufgerufen, den Leuten beim Reparieren und Fahrtüchtigmachen ihrer zerstörten Autos zu helfen, Ersatzreifen rauszurücken etc. So weit uns bekannt, klappte dies auch. Ein Teil der Busse am Ende des Zuges aus dem AKL-Konvoi, von der GAL und aus Bergedorf war auf eigene Faust umgedreht und nach Hamburg zurückgefahren.

Ankunft in Hamburg am 7. Juni abends. Überall in PKW und Bussen Empörung und Wut, Enttäuschung über das Ende in Kleve. Die einen wollten gleich noch was machen in Hamburg, Bergedorfer fuhren direkt beim NDR vor und machten dort eine Besetzung. Die anderen wollten Sonntag aufs Heiligengeistfeld kommen. Abends um 22 Uhr Versammlung in der W 3. Ca. 400 Leute waren anwesend, die Mehrheit politisch eher einerseits die Stimmung, es muß jetzt was passieren, andererseits aber auch die Warnung, daß nach der Erfahrung von Kleve man nicht sicher sein könnte, ob die Polizei nicht die derzeitige Situation noch einmal nutzen könnte. In der Diskussion wurden dann alle möglichen Vorschläge gemacht, zum Flughafen zu gehen, um ihn zu blockieren, aufs Heiligengeistfeld zu ziehen, um ihn dort erstmal zu treffen und vor Ort zu beraten, um sich Treffen endete ergebnislos und ohne konkrete Orientierung. Sicher war, daß auch unabhängig von einem Befall Leute aller an der Brokdorf-Demo beteiligten Strömungen zum Heiligengeistfeld kommen würden.

Sonntag, 8. Juni, 12 Uhr. Zeitgleich treffen sich Mitglieder des Vorbereitungskreises im BUU-Büro zur Auswertung der Brokdorfer Ereignisse und zur Vorbereitung einer Pressekonferenz um 14 Uhr, während sich stundenlang Leute versammelten. Kurz vor 12.30 Uhr kommt der Anruf: Die Bullen räumen auf dem Heiligengeistfeld auf. Kurze Beratung: Ein Teil fährt mit Megaphonen zum Heiligengeistfeld, ein anderer macht die Vorbereitung der Pressekonferenz weiter. Das war's.

### Heiner

(Dieser Bericht für die Broschüre des Ermittlungsausschusses ist allein von mir zu verantworten. In der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit war kein gemeinsamer Bericht herstellbar.)



### Diskussionsbeitrag

Über einen möglichen Zusammenhang von taktischem und inhaltlichem Rückzug

## Großaktion und Konvoi — Nein Danke?

„Tschernobyl ist keine Erfahrung für die anerkannten Systembekämpfer, sondern für Hinz und Kunz, vor allem für die Familie Hinz und Kunz“ schrieb Klaus Hartung einen Tag vor der Brokdorf-Demonstration vom 7. Juni in seinem Kommentar „Wider das Bürgerkriegsszenario“ in der TAZ.

Tschernobyl war eine Erfahrung für Hinz und Kunz und für die anerkannten Systembekämpfer. Nicht mehr zunächst einmal. Aber was macht man mit einer solchen Erfahrung? Hinz und Kunz sind betroffen, je näher am Datum des Ereignisses, um so mehr, je weiter weg ... und was dann? Hinz und Kunz, vor allem die Familie, läßt sich aktuell vom linken und alternativen Wissenschaftler gerne sagen, was man denn nach Tschernobyl zu essen habe. Gut. Aber aus verändertem Eßverhalten folgt noch kein anderes Wahlverhalten — siehe Niedersachsen — und erst recht nicht eigenes Handeln, aktives Bekämpfen dieses Staates, der einem die mörderischen Folgen des Atomprogramms aufzwingt. Was also will Schlaumeier Hartung sagen, wenn er Hinz und Kunz gegen die anerkannten Systembekämpfer ausspielt? Letztere stören ihn. Wobei? Bei der Bekämpfung des Systems? Man darf wohl eher vermuten, daß die Gewinnung von Wählerstimmen für die Grünen gemeint ist, die gestört wird. Damit ist er sich einig mit vielen Grünen, die nach Niedersachsen wissen, Brokdorf und Wackersdorf sind schuld an der Nichteinlösung der eigenen Erwartung von gesteigerten Wahlprozenten nach Tschernobyl. Kein Wunder, daß allerorten rund um Wackersdorf und vor und nach

Brokdorf Grüne sich distanzieren, Autonome „Fighter“ nicht mehr von Provokateuren unterscheiden etc. Und wofür? Vielleicht für Ausstiegsszenarien a la Fischer oder mögliche Abwandlungen in rot-grün? Man kann es vermuten, denn die grüne „Erkenntnis“, daß dieses System so einfach nicht zu stürzen ist, hat ja ihre Wahlbeteiligung beflügelt, hat ihren Denkprozeß in Richtung „Realpolitik“ beschleunigt, hat sie auf die Vereinseitigung eines Weges von Gesellschaftsveränderung gebracht, der andere Wege nicht mehr wahrnehmen kann, weil sonst diese Einbahnstraße für sie zur Sackgasse wird und der deshalb die Gesellschaft auch nicht verändern wird, wenigstens nicht grundlegend.

Wie Hartung weiß Harald Schumann einen Tag nach Brokdorf in der TAZ, andere Aktionsformen, andere Demonstrationen müssen her. Und noch einen Tag später meint Martin Kempe in der gleichen Zeitung, eine Denkpause müsse her, denn die Atomkraftwerke und nicht Gewaltszenen an irgendwelchen Bauzäunen müßten Auseinandersetzungsthema sein. Brillanter Gegensatz!

### Rückwärts zum Erfolg?

Legen wir lieber keine Denkpause ein, sondern denken verschärft nach. Warum wohl kommt es zu Gewaltszenen an irgendwelchen Bauzäunen? Weil es das Atomprogramm gibt und Profiteure sowie einen Staat, die es mit allen Mitteln durchziehen wollen. Dieser Staat registrierte nach Tschernobyl nicht nur größere Betroffen-



heit sondern auf dieser Basis auch größere Gewaltakzeptanz in der Bevölkerung. Erstere werde sich mit der Zeit schon legen (bis zum nächstenmal), so kalkuliert man, letztere darf sich auf keinen Fall organisieren. Da der Staat nicht von seinen Zielen abweichen will, setzt er seine Staatsgewalt ein. Repressiv, aber flexibel, wie Brokdorf gezeigt hat: Mal mit Gasgranaten in die Masse, wie am AKW-Gelände; mal mit Straßensperren und Polizeischlachten wie in Kleve; mal mit der Kesseltaktik wie in Hamburg. Wohlgeordnet: so wurde in Brokdorf reagiert. Ganz anders am gleichen Tag in Hamm-Uentrop, ganz anders eine Woche später in Wiesbaden. Und das lag nicht daran, weil in einem Land die CDU regiert (Schleswig-Holstein) und in den anderen die SPD (Hessen und NRW), wie so manches naive rotgrüne Gemüt denken mag. Hamburg hat eben nicht einen durchgeknallten SPD-Innensenator, sondern dort werden die gleichen Ziele verfolgt. Der Staat reagiert überall dort soft, wo er keinen anderen Protest zu befürchten hat, als den, den Hartung, Schumann und Kempe sowie viele Grüne vorschlugen. Und er reagiert vor allem dort repressiv, wo sich die verschiedenen Formen des Protestes vermischen, wo die Distanzierung und Entmischung nicht gelingt, wo er befürchten muß, daß Protest und Widerstand konsequent und entschlossen verfolgt werden und sich zu organisieren beginnen könnten. Das will er verhindern und unterdrücken, nicht einfach nur den Protest — denn das wissen kluge Staatsköpfe, der ist nicht zu verhindern, so lange es das Atomprogramm und Folgen a la Tschernobyl gibt. Er ist aber zu kanalisieren.

Deshalb ist der selbstaufgelegte Verzicht auf Großaktionen wie Brokdorf kein Ausweg, sondern das eigene Mitgraben an diesem staatlichen Kanal, auch dann, wenn es subjektiv meint, Umwege zu finden und den Staat zu überlisten. Eine absurde Vorstellung, auf der einen Seite das TAZ-Bild des übermächtigen Staates zu zeichnen, wie geschehen, um dann auf der anderen Seite das Versprechen abzugeben, mit anderen Aktionsformen den Staat zu erweichen. Die Konsequenzen aus Brokdorf müssen andere sein!

Nein, Brokdorf war im Ergebnis kein Erfolg. Dem Staat ist es gelungen, diese Aktion massiv zu behindern, teilweise zu verhindern. Nur sind deswegen andere Wege nicht besser, und wir müssen diskutieren, daß wir nicht bei einer Einmalaktion stehenbleiben. Brokdorf hatte auch eine ganze Menge positiver Aspekte: Es wird wieder über Großaktionen diskutiert. Es ist ansatzweise gelungen, ein gemeinsames Vorgehen völlig unterschiedlicher Strömungen zu erreichen und dieses zu organisieren. Welch unpolitischer Unsinn, der da aus dem Aufhalten des Hamburger Konvois die Schlußfolgerung zieht, Konvoi Nein danke, weil es immer noch Schlupflöcher für PKW, Busse und Bundesbahn gab, die Leute zum AKW führten. Na klar, wer eine Woche vorher nach Brokdorf gefahren wäre, um dort zu protestieren, der wäre noch besser durchgekommen. Der Wert von Großaktionen als einer Aktionsform unter den vielen, die in der letzten Zeit praktiziert wurden und weiter praktiziert werden müssen, besteht doch nicht darin, am Ende feststellen zu müssen, daß auf anderen Nebenpfaden das AKW leichter zu erreichen gewesen wäre, sondern in der Kombination aus massenhafter Mobilisierung und Aktion, in der gemeinsamen politischen Aktion. Und die sollte in Brokdorf und im politischen Agieren des Staates danach zerschlagen werden. Hätten wir das gleiche Ziel durch unterschiedliche Anfahrten (die ja sowieso schon diesmal praktiziert wurden) zu erreichen versucht, wir hätten die gleiche Härte des Staates an anderer Stelle zu spüren be-

kommen. Deswegen: So wenig wie ich sagen will, goldrichtig, die nächste Großaktion, den gleichen Konvoi, so wenig gilt allerdings der Umkehrschluß. Denn dann landen wir bei unkoordinierten dezentralen Aktionen oder Großaktionen wie in der Friedensbewegung. Darauf einfach zu verzichten, heißt sich eines wesentlichen Mobilisierungsinstruments und politischen Druckmittels in der gemeinsamen Aktion zu berauben. Das ist allerdings eine politische Nulllösung.

### Ein Vorschlag

Was könnten Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen vom 7. Juni sein?

Wir brauchen — und das nicht erst seit dem 7.6. — eine Vielfalt von politischen Aktionsformen, in denen sich die neumobilisierten Menschen aktiv engagieren können, wir brauchen wieder BIs und die Beratung von Aufklärung und Aktion.

Wir brauchen weiterhin Großaktionen, und zwar so lange, wie dieses Mittel überhaupt aktuell anwendbar ist: Es ist für uns nicht einfach beliebig erzwingbar, sondern konjunktur- und stimmungsabhängig. Von Tschernobyl wäre niemand ernsthaft auf die Idee gekommen, man könnte einfach aus Anlaß der Inbetriebnahme des AKW eine solche Brokdorf-Aktion ansetzen. Also muß jetzt das Eisen geschmiedet werden, so lange es noch heiß ist. Das kann für die bevorstehende Inbetriebnahme des AKW Brokdorf bedeuten, einen Tag X festzulegen, zu dem erneut mobilisiert wird. Erfährt man diesen Tag rechtzeitig, ist die Festlegung kein Problem. Sonst beispielsweise am Wochenende darauf. Dabei sind die norddeutschen Sommerferien zu berücksichtigen, schließlich erscheint es wahrscheinlich, daß die aufgeschobene Inbetriebnahme gerade im Sommer erfolgt. D.H. eine erneute Großaktion müßte auf ein laubendes Leute wieder erreichbar sind (was eine kleinere Vorabaktion nicht ausschließt).

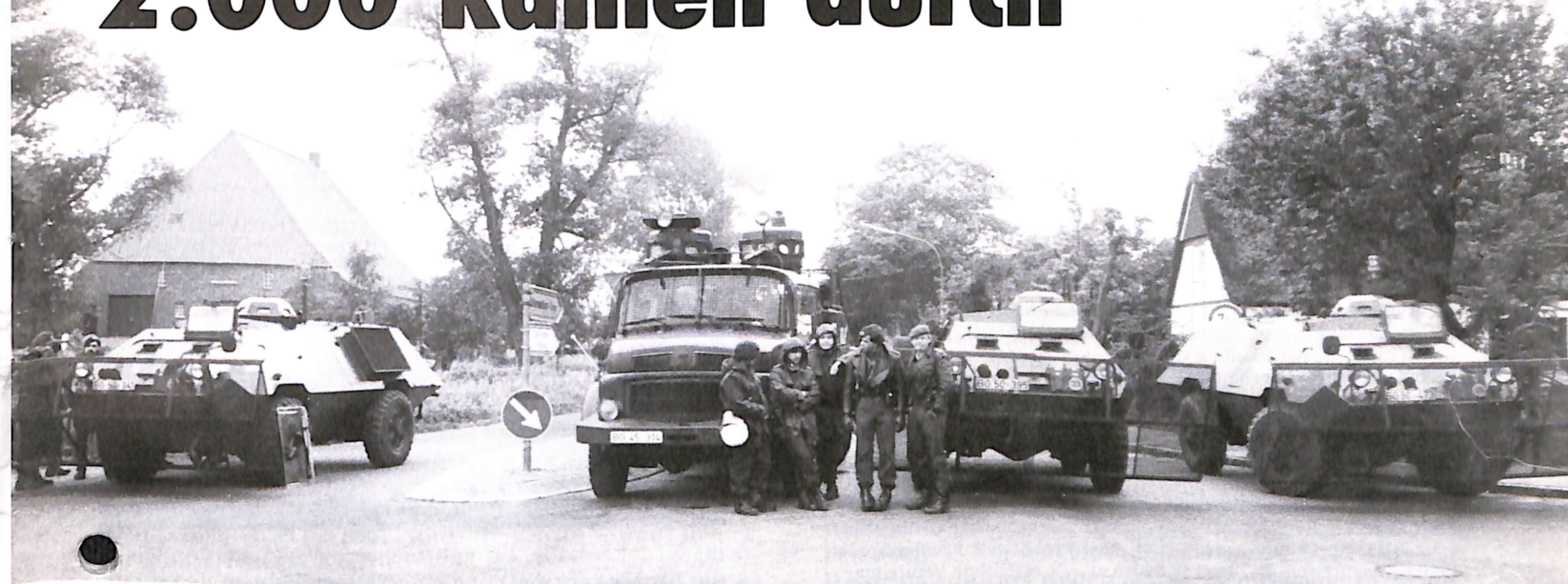
Ob und wie weit die Bereitschaft dafür da ist, müßte in den kommenden Wochen in ausgiebiger Auswertung der Aktion vom 7. Juni erfolgen.

Vielleicht sieht es nicht jeder so, aber aus meiner Sicht war Brokdorf am 7.6. problematisch, weil - über Möglichkeiten und Ziele einer solchen Aktion vorher zu wenig diskutiert wurde; weil es zu wenig Strukturen gibt, in denen gemeinsam diskutiert wird; weil die Organisation und Abstimmung untereinander zu schlecht war; weil zu viele ihre Autonomie hinter der Ablehnung von Strukturen und Demoleitung verbergen und dabei verkennen, daß Großaktionen organisiert und geleitet werden müssen, das hat uns die andere Seite in Brokdorf glänzend vor Augen geführt. Mit möglicherweise dahinterstehenden Ängsten wird man am besten fertig, indem man einen intensiven, in der Bewegung und unter den Beteiligten nachvollziehbaren Streit und Diskussion um Ziele und Vorgehen führt und sich nicht oberflächlich einigt, wo dann hinterher sowieso jeder macht, was er für richtig hält. Da lacht sich die Gegenseite doch kaputt.

Wir haben in einer möglichen neuen Anti-AKW-Bewegung die Chance, anders als in der Friedensbewegung und den in ihr dominanten politischen Kräften, radikale Inhalte und Aktionsformen zu kombinieren und trotz allem nicht auf Breite in der Mobilisierung zu verzichten. Es lohnt, sie zu nutzen. Denn ohnedem stehen die Chancen auch nicht besser.

Heiner M.

## Organisation ist (fast) alles 2.000 kamen durch



Der hier vorliegende Bericht (eines Teils des Verkehrsausschusses) kann die Ereignisse des 7.6. nicht vollständig auswerten. Dazu reicht das bisher vorliegende Material in Form von mündlichen oder schriftlichen Berichten bei weitem nicht aus. Die Auswertung bezieht sich auf AKW-Gegner/innen, die in größeren Gruppen (die Größenordnung schwankt zwischen 150 Leuten bis hin zum Hamburger Konvoi mit 8-10.000 Menschen) angereist sind, und umfaßt ca. 30.000 Demonstranten, wobei diverse Städte und Regionen noch gar nicht erfaßt sind.

Von diesen 30.000 Brokdorf-Fahrer/innen erreichten nur ca. 2.000 das AKW-Gelände rechtzeitig vor bzw. während der Kundgebung. Die nächstgrößere Gruppe von ca. 10-12.000 Demonstrationswilligen (u.a. die Hamburger und Berliner) kam nicht einmal in Sichtweite von Wilster. Über die Hälfte erreichte das AKW-Gelände erst zwischen 14 und 16 Uhr und geriet — teils als Betroffene, teils als Beobachter — in die Räummanöver, bzw. Wasserwerfer- und Gaseinsätze der Polizei.

In den Berichten werden immer wieder bestimmte Bullen-Sperren erwähnt (es gab weitaus mehr), die sehr systematisch alle infragekommenden Anfahrtswege abdeckten. Es gab die Autobahn-Sperre auf der A 23 beim Rastplatz Horst, 2 Sperren auf der parallel verlaufenden B 5 hinter Elmshorn und bei Neuenbrook (kurz vor Itzehoe), die Sperre bei Flethsee/Landscheide (nördlich von St. Margarethen), eine Fußgänger-Sperre auf der Dammfleth-Straße (zwischen Wilster und Brokdorf) sowie mehrere Sperren auf der B 5 zwischen Itzehoe und Wilster bzw. auf der B 431 (die von Norden auf die B 5 trifft). Ein erstes Ziel dieser „offensiven Polizeistrategie“ bestand darin, die Anreise zeitlich zu verzögern, die Demonstranten möglichst lange fernzu-

halten (einige Sperren wurden z.B. ab 13.30 Uhr aufgelöst). Ein wesentlich wichtigeres Ziel war allerdings, daß möglichst keine größeren, geschlossenen Gruppen das AKW-Gelände erreichten. Es ist auch kein Zufall, daß z.B. die Hamburger — die einen Konsens hatten, sich nicht auf Durchsuchungen einzulassen — erst gar nicht in die Nähe von Brokdorf gelassen wurden. Die verschiedenen Konvois unternahmen Ausweichmanöver, was aber die zeitliche Verzögerung immer größer werden ließ, früher oder später landeten sie doch in einer Sperre, bzw. es wurde kurz vor ihrem Eintreffen eine neue Sperre eingerichtet (u.a. durch per Hubschrauber in kürzester Zeit abgesetzte Hundertschaften). Durchsuchenlassen half auch nichts! Mal beschränkte sich das Ganze auf zeitraubende Verzögerungstaktik, mal wurde alles, was nicht niet- und nagelfest war, beschlagnahmt. Fast immer war der Preis die Zersplitterung eines vorher zusammenhängenden Konvois in diverse kleinere Gruppen.

Die Polizei legte es darauf an — wie sich in den Ereignissen am Gelände selbst gut nachvollziehen läßt —, es vor Ort nur mit kleinen, möglichst desorganisierten Demonstranten-Gruppen zu tun zu bekommen, um diese dann problemloser abräumen zu können.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß die AKW-Bewegung heute nicht mehr den Grad an Organisiertheit aufweist, wie vor einigen Jahren und es bestimmt auch an der Arbeit der Verkehrsausschüsse einiges zu kritisieren gibt. Die Berichte bieten Stoff für diverse Diskussionen. Fakt bleibt, daß und wie es der Ordnungsmacht gelungen ist, Tausende von AKW-Gegner/innen massiv an der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts zu hindern und zu Spielbällen ihrer Bürgerkriegsmanöver zu machen.

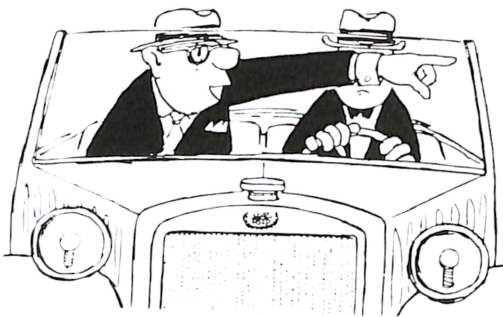


Am Anfang war das Chaos

Erster Akt: Parallel zur Brokdorf-Konferenz in der Kampnagelfabrik am 24.5. wurde am Rande ein Verkehrsausschuß für die Demo gebildet. Seine Zusammensetzung war sehr bunt, allerdings nicht besonders repräsentativ für die verschiedenen Städte, die zur Brokdorf-Demo mobilisieren würden (falls ein solches Ergebnis aus dem Chaos im großen Saal noch zu erwarten wäre). Außer Kiel, Berlin und dem Kreis Steinburg beschränkte sich der Kreis im wesentlichen auf die Hamburger. Arbeitsmotto: Politische Widersprüche hin oder her, wenn wir erst die Anreise festgelegt und geplant haben, ergibt sich der Rest schon von allein. Da auch drei Mitglieder des 81er Verkehrsausschusses anwesend waren, lag es nahe, die damaligen Anfahrtsrouten erneut vorzuschlagen.

Zweiter Akt: Der Hamburger Verkehrsausschuß trifft sich am 27.5. Bis auf die 3 „81er Veteran/inn/en“ sieht mensch nur neue Gesichter. Dafür ist jetzt endlich fast das gesamte politische Spektrum der Hamburger Mobilisierungsszene vertreten. Ergebnis: Es wird nichts an der Planung verändert, und es wird deutlich, daß — trotz aller vorher vorhandenen Widersprüche — die meisten Hamburger Gruppen eine gemeinsame Anreise planen.

Zwischenspiel: Es hat keine konkreten Absprachen über unsere Verkehrsplanung mit dem Koordinationsgremium für die Demo gegeben. Da aber der KO unseren Vorstellungen vertrauensvoll gegenübersteht, ergeben sich daraus keine Konflikte. Der Verkehrsausschuß tappt auch nach wie vor im Dunkeln, welche Gruppen in der BRD überhaupt geneigt sind, unseren Vorstellungen entsprechend anzureisen. Es bietet sich also an, die erweiterte Verbreitung des Hamburger Lokalteils der „taz“ zu nutzen, um unsere Planungen an die Massen zu bringen („taz“ v. 3.6.). Am Mittwoch stellt sich heraus, daß auch andere Menschen sich Gedanken um die Anreise gemacht haben und auf die gleiche Zeitung zur Verbreitung ihrer Information verfallen sind („taz“ v. 4.6.). Nachdem der Szene nun ausreichend Alternativen zur Verfügung stehen, tröstet sich der Verkehrsausschuß mit dem letzten überregionalen Termin.



Dritter Akt: Nachdem die Hamburger am 3.6. die letzten organisatorischen und politischen Querelen ihrer Anreise geklärt haben, kann erfreut festgestellt werden, daß sich offenbar in mehreren Städten Gruppen gebildet haben, um ihre Anreise zu organisieren. Als Diskussionsergebnis — nach tiefem Brüten über Landkarten und Hinweisen über die Straßenqualität von den Kradfahrern und den Experten vor Ort — ergibt sich ein drittes Modell der Anreiserouten, jedenfalls für die beiden Südkonvois.

### Bielefeld:

Ca. 500 Leute machten sich in acht Bussen und in PKW um 4 Uhr auf den Weg. Die Anreise in Niedersachsen lief noch ohne Probleme. Wegen Meldungen über diverse Sperren wurde von der geplanten Route abgewichen. Am Nachmittag wurde nach langwierigen Ausweichmanövern die Sperre auf der Dammfleth-Straße erreicht, wo die Bielefelder ab 15 Uhr den Auflösungsprozeß der Kundgebung beobachten konnten.

### Bremen:

Ein Konvoi aus 60 Bussen und diversen PKW (ca. 5.000 Leute) machte sich um 6 h auf den Weg. Es waren auch Oldenburger beteiligt. Einen ersten Stop gab es in den Harburger Bergen wegen Meldungen über die Autobahn-Sperre bei Horst. Eine Frau wurde von einem Zivi-Wagen beim Aussteigen angefahren und kam



ins Krankenhaus. Es gab mehrere Versuche von Zivi, die zur Verkehrslenkung eingesetzten Fahrzeuge rauszugreifen und per Peilwagen Jagd auf das Konvoi-Radio zu machen. Da PKW in der Folge nicht mehr zur Verkehrsregelung eingesetzt werden konnten, zog sich der Konvoi öfter auseinander. Die Beratung ergab, daß erst einmal weitergefahren wurde (ca. 9.30 Uhr). Hinter dem Elbtunnel erreichten den Konvoi Meldungen von Hamburger Kradmeldern über Sperren im 12 km-Umkreis und direkt um Brokdorf (es wurde bemängelt, daß ein Großteil dieser Infos entweder falsch, übertrieben oder zeitlich unzutreffend gewesen sei) — durch die Baustelle bei Eidelstedt wurde der Konvoi auseinandergezogen. Aufgrund von Kradmelder-Infos verließen sie die Autobahn bei der Abfahrt Tornesch um die Sperre bei Horst zu umfahren, zu dem Zeitpunkt fiel das Radio aus, was die Zugkommunikation zum Erliegen brachte, weil auch die Kradmelder zur Vorerkundung unterwegs waren.

Bei Hohenfelde gelangte der Konvoi wieder auf die Autobahn, indem es einen die Auffahrt blockierenden Sandcontainer umfuhr. Die vorher dort anwesenden Polizeikräfte waren abgezogen worden (im Zusammenhang mit Kleve?). Auf der Autobahn traf man — mit einem schon auseinandergerissenen Konvoi — auf Hannoveraner und Oldenburger, die an der Horster Sperre gefilzt worden waren. Weitere Hindernisse waren in der Folge nur noch vermengte Konvois und fehlende Verkehrsregelung, wodurch drei Gruppen von Bremern entstanden. Die 1. fuhr die Dammfleth-Strecke bis 5 km vor Brokdorf und machte sich auf den Fußmarsch. Der 2. Teil fuhr Richtung Wewelsfleth und traf dort auf den restlichen Teil der schon vor Wilster über die Störstrecke abgebogen war (ca. 14.30 Uhr).

Die Abräumung der Kundgebung war schon im Gange, und über Funk bekam man / frau die Meldung, daß der Rückmarsch nach Wilster angesagt sei. Ein Sammlungsprozeß abziehender Demonstranten mit den Bremern kam nicht zustande, worauf sie sich ab 15.15 Uhr fast alleine vor Ort aufhielten. Es gab zwar Infos über andere Demonstranten — u.a. die Göttinger, die gegen 16.00 Uhr dort eintrafen — auf der anderen Seite des AKWs, aber es blieb als konkrete Aktion nur noch das Anbringen von Transparenten an einigen Masten übrig, was zu einem Wasserwerfer- und Gaseinsatz der Polizei führte (dieser soll, wegen widriger Windverhältnisse, die Ordnungsmacht mehr geschädigt haben als die Demonstranten).

### Bremerhaven:

Die Demonstranten aus Bremerhaven sind um 5.30 Uhr in drei Bussen losgefahren. Sie passierten nacheinander die Autobahn-Sperre bei Horst, die an der Ausfahrt Heiligenstedten und eine dritte kurz vor Brokdorf. Sie erreichten den Parkplatz am AKW schon gegen 12 Uhr und gehören zu den Betroffenen der Ereignisse vor Ort.

### Elmshorn/Pinneberg:

Am ZOB in Elmshorn gab es ein Treffen von 9 Bussen und diversen PKW aus Elmshorn, Pinneberg und Wedel (600-800 Leute). Zusätzlich machten sich mehrere Gruppen von Elmshorn mit dem Fahrrad auf den Weg. Gegen 8.30 Uhr fuhr der Konvoi ab.

Bei Neuenbrook, am Rastplatz, traf er auf eine Polizeisperre, vor der sich bereit ein ca. 500 m langer Stau aufgebaut hatte. Die Sperre bestand aus zwei quergestellten Sandcontainern, ein bis zwei Hundertschaften und einem Wasserwerfer. Die Polizei wollte die Durchfahrt erst nach dem Durchsuchen von jeweils kleinen Gruppen von drei bis fünf Autos freigeben, worauf sich der Eintreffen des Konvois wohl die meisten eingelassen hatten. In der Praxis bedeutete dies ca. alle halbe Stunde zehn PKW. Es gab Versuche per Megaphon, zur Verweigerung der Kontrollen aufzurufen, was aber durch eine immer größere Ansammlung von „Individual-Demonstranten“ und auch wegen Uneinigkeit im Konvoi nicht durchsetzbar war (der Stau reichte bereits bis Steinburg zurück). In einer improvisierten Abstimmung war die Mehrheit für „lieber kontrollieren lassen als stehenbleiben“. Es gelang nur noch auszuhandeln, daß wenigstens die Presse die Durchsuchungen beobachten durfte.

Zwischen 11 und 12 Uhr erreichte auch ein kleiner Buskonvoi der Solidarischen Kirche diese Sperre, der sich nach anfänglicher Weigerung letztendlich auch auf Durchsuchungen einließ. Die Polizei hob die Sperre nach 13 Uhr auf.

Der Konvoi war nach der Sperre völlig auseinandergerissen, von einer gemeinsamen Anreise konnte nicht mehr gesprochen werden. Die Elmshorner erreichten das AKW gegen 14 Uhr — gerade als die Straße geräumt wurde — und die Pinneberger waren um ca. 15.30 am Kundgebungsort — kurz nach der Auflösung derselben. Es gab nur noch die Möglichkeit die Bullenmanöver zu beobachten.

### Göttingen:

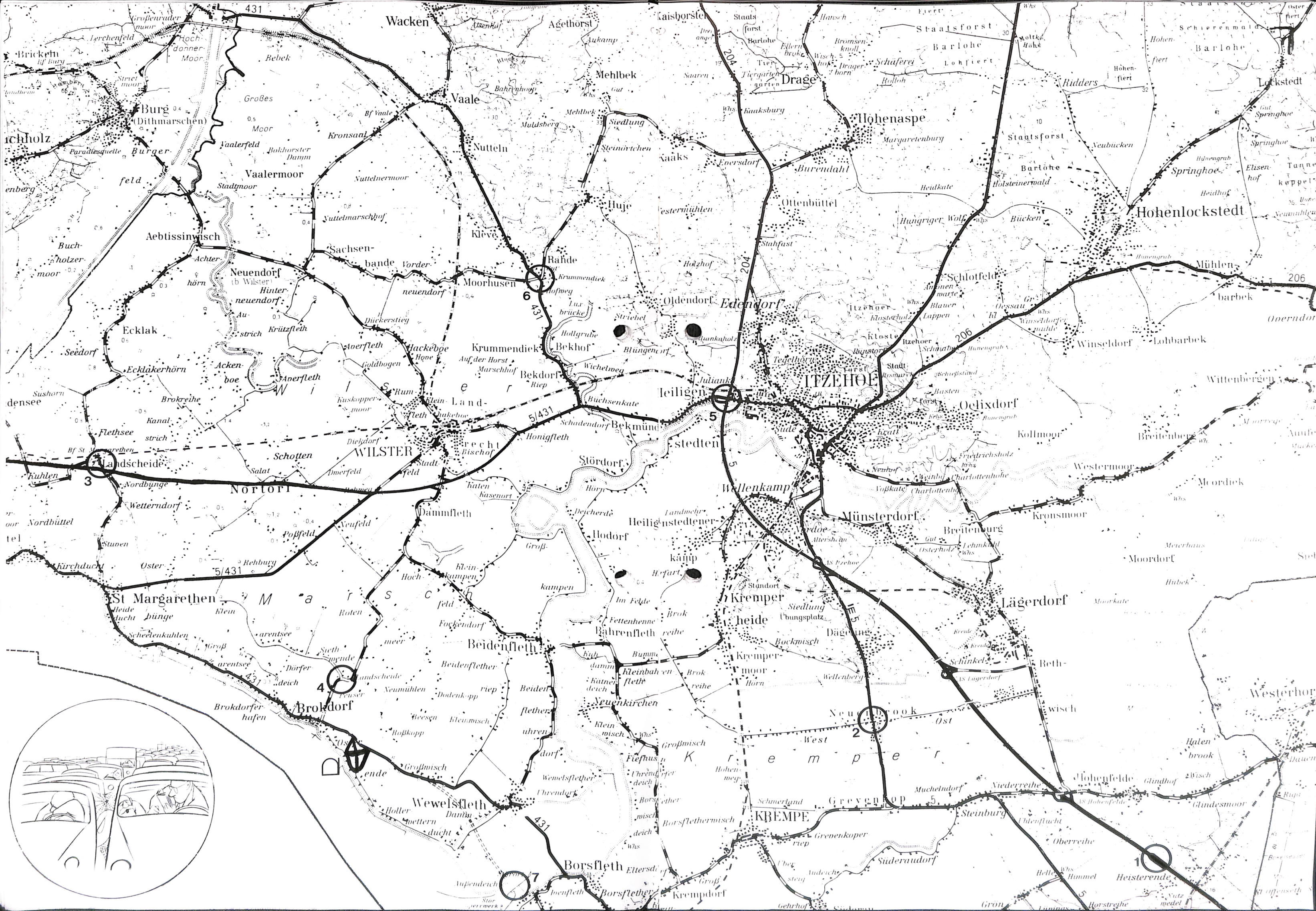
Um Mitternacht machten sich ca. 800 Göttinger Brokdorffahrer / innen in 14 Bussen und einigen PKW auf den Weg. (Laut Protokoll-Buch unserer Verkehrszentrale sollen sie sich gegen 2.30 Uhr in Hannover-Allertal mit den Leuten aus Kassel / Marburg getroffen haben, worauf der Konvoi auf ca. 25 Busse anwuchs. Die Marburger gaben weiter gegen 4 Uhr durch, daß sie aufgrund der Sperre auf der A 23 auf die A 7 und die Hamburger Route ausgewichen seien). Ein anderer Bericht aus Göttingen besagt, daß die Sperre in Horst umfahren wurde und — wegen einer weiteren Sperre bei Heiligenstedten auf die Hamburger Route ausgewichen wurde. Beides deckt sich mit Beobachtungen der Hamburger Kradmelder, die den Göttinger Konvoi gegen 11 Uhr an der — für die Hamburger so verhängnisvollen — Kreuzung in Kleve gesichtet haben.

Die Sperre in Flethsee — genauer vor der Brücke über die B 5 — bestand aus Sandcontainern, 500 Bullen und einem Wasserwerfer. Weil sich ein Großteil der Göttinger nicht auf eine Durchsuchung einlassen wollte, beschlossen sie, die Sperre zu umgehen und sich auf den noch 13 km langen Fußmarsch zu begeben. Nach Passieren von zwei weiteren Sperren erreichten sie ohne Durchsuchungen gegen 16 Uhr das AKW-Gelände, lange nachdem die Kundgebung durch Wasserwerfer- und Gaseinsätzen aufgelöst worden war. Nach dem Beobachten diverser Bullenübergriffe auf abmarschierende Demonstranten und einem mehr oder weniger chaotischen Rückzug wurden in St. Margarethen die inzwischen eingetroffenen leeren Busse erreicht, mit denen man / frau gegen 19 Uhr abfuhr.

Den ca. 150 — in Erwartung des Hamburger Konvois — zurückgebliebenen Göttingern erging es schlecht. Ihre Busse wurden gegen 16 Uhr von SEK und Bereitschaftspolizei umstellt, die sämtliche Personalien aufnehmen und die Busse durchsuchen wollten. Bei einem Verhandlungsversuch wurde ein Bussprecher so schwer zusammengeschlagen, daß er per Hubschrauber ins nächste Krankenhaus transportiert werden mußte. Die Busse wurden vollständig ausgeräumt, alles bis hin zum Butterbrot beschlagnahmt und in Container verfrachtet. Alle Leute wurden zuerst für festgenommen erklärt (incl. Busfahrer), aber nach ca. einer Stunde ließ man sie Richtung St. Margarethen weiterfahren. Einem Braunschweiger Bus, der sich dem Göttinger Konvoi angeschlossen hatte, passierte dasselbe.









## Hamburg:

Die Anreise der Hamburger begann ab 6 Uhr morgens mit dem üblichen Chaos auf dem Heiligengeistfeld. Die Reihenfolge des Konvois war zwar vorher genauestens diskutiert worden, aber die Umsetzung machte doch reichlich Schwierigkeiten. Über 50 Busse hatten den Treffpunkt angefahren, aber leider waren mehr als erwartet leer angekommen (d.h. es hatte kaum dezentrale Sammelpunkte gegeben) und eine Menge Leute suchte ihre Busse, während parallel versucht wurde, dieselben in die richtige Reihenfolge zu bringen. Ca. vier Busse fehlten. Die PKW-Aufstellung machte auch Schwierigkeiten — vor den Bussen sollte eine bestimmte Gruppe fahren, die anderen hinter den Bussen — was kaum einer der nicht verplanten PKW-Besatzungen einsehen wollte etc. Um 7.30 Uhr ging's dann endlich los.

Bis zur Autobahn-Auffahrt hatte sich der Zug schon einigermaßen in die Länge gezogen und immer mehr PKW zogen nach vorne vor, weil viele Busse trotz abgesperrter Kreuzungen nicht bei Rot über Ampeln fahren wollten. Auf der Autobahn mischte sich dann auch noch der Normalverkehr dazwischen. Die „Infrastruktur“ des Konvois bot eigentlich beste Voraussetzungen für eine reibungslose Anfahrt: PKW zur Voraberkundung, eine große Anzahl Kradmelder, mehrere Lautsprecherwagen, zwei über den Konvoi verteilte Funkketten u.v.m. In der Praxis fielen speziell die Busse immer weiter zurück bzw. wurden weit auseinandergezogen, was sich auch bis zur Abfahrt Bad Bramstedt nicht völlig auffangen ließ. (Ein bisher offenbar unterschätztes Problem in der Organisation von Konvois scheint auch im planmäßigen Einlegen von Pinkelpausen zu liegen, da ein ständiges Aus- und Einscheren nach diesem „zutiefst menschlichen Bedürfnis“ jede vorgeplante Reihenfolge durcheinanderbringt.) In der Ortsdurchfahrt Bad Bramstedt wurde das Durcheinander noch größer. In einer Seitenstraße warteten über 20 Busse des AKL, sowie drei Busse der örtlichen AKW-Gegner.

Hinter Kellinghusen fand eine erste Beratung statt. Auf den Zufahrten nach Itzehoe waren Sperren bzw. Kontrollstellen der Polizei gemeldet worden. Es wurde daraufhin entschieden, die Umgehungsstrecke zu fahren. Bei der Ortsdurchfahrt Hohenlockstedt verirrt sich ein Teil des Konvois auf die Strecke Richtung Itzehoe, was aber noch rechtzeitig bemerkt wurde, und eine größeren Anzahl von BGS-Hubschraubern, die über dem Konvoi kreiste, sorgte für einige Aufregung.

In Huje fand eine letzte Beratung statt. Es gab Meldungen über eine Kontrollstelle auf der Kreuzung mit der B 431 Höhe Rahde/Kleve (keine Container und

schwach besetzt). Es wurde — u.a. weil keine Ausweichstrecke ohne Sperren bekannt war — entschieden, auf Sichtweite mit dem Konvoi ranzufahren. Der weitere Ablauf ist an anderer Stelle ausführlichst nachzulesen ...

## Hannover:

Aus Hannover machten sich ca. 900 Leute in drei verschiedenen Gruppen auf den Weg.

1. PKW die schon am Vorabend losfuhren und Frauen die mit dem Zug nach Wilster fuhren. Diese Gruppe erreichte das AKW gegen 14 Uhr.

2. Ein Konvoi von drei Bussen und 14 PKW fuhr gegen 5 Uhr morgens los. Sie erfuhren von der Sperre hinter Elmshorn (Neuenbrook?) und machten einen Umweg über die Dörfer. Bei Wilster wurden sie angehalten und nach ihrer letzten Durchsuchung gefragt, wobei sie pfffigerweise die Elmshorn-Sperre angaben und unbehelligt weiterfahren konnten. Gegen 12.15 Uhr wurde die Fußgänger-Sperre auf dem Dammfleth-Straße erreicht, die ohne Beschlagnahmen passiert werden konnte. Um 12.45 Uhr erreichten sie das AKW.

3. Der Konvoi GABL/BBU (acht Busse) fuhr 6.30 Uhr ab. An der Elmshorn-Sperre (dort sollen bei ihrer Ankunft ca. 2.000 Leute aus Bielefeld, Lüneburg und Uelzen gewesen sein) wurde der Konvoi in drei Gruppen aufgesplittet, die zu unterschiedlichen Zeiten auf die nächste Sperre in Neuenbrook trafen, die allerdings gegen 13.30 Uhr aufgelöst wurde. Die erste Gruppe erreichte gegen 12.15 Uhr die Fußgänger-Sperre hinter Wilster, die zweite parkte gegen 15.00 Uhr in vier km Entfernung vom AKW auf der Südroute (auf welcher?), und die dritte landete zehn km vom AKW entfernt in Wilster.

## Kiel/Neumünster/Lübeck:

Der Nord 2-Konvoi — bestehend aus ca. 2.000 AKW-Gegner/innen — landete in der Sperre Flethsee/Landscheide. (Ein anderer Bericht spricht von einem Ausweichmanöver vor einer Sperre in Vaalermoor über die B 431 und einen Schlenker auf die Hamburger Kradmelder-Beobachtungen über einen Schleswig-Kreuzung am Vormittag passiert haben soll.)

Die Spitze erreichte die Sperre kurz nach 11 h. Die einsetzenden Debatten über das weitere Vorgehen (durchsuchen lassen oder nicht) gaben der Polizei die Möglichkeit, weitere Bullen per Hubschrauber abzusetzen und zwei Wasserwerfer (die Göttinger, die gegen 12 Uhr dort eintrafen, sprechen von einem) aufzufahren. Es wurde versucht, eine Zangentaktik anzuwenden, ein Teil läßt sich durchsuchen und sammelt sich hinter der Sperre wieder, was in der Praxis nicht funktionierte, weil die Leute hinter der Sperre Richtung AKW weitergingen (u.a. weil die ganze Prozedur sehr lange dauerte). Die Erfahrungen mit den Durchsuchungen decken sich mit denen der Göttinger — vom Helm bis zur Wasserflasche landet alles in den Bullencontainern. Ein Teil entschloß sich zum Umgehen der Sperre. Es soll einige Übergriffe auf die Spitze des Demo-Zuges durch Bullen in grauen Overall gegeben haben aber es gibt keine Angaben über Verletzte in den Berichten.

Nachdem immer mehr Leute der Sperre über die Felder auswichen, wurden von den Bullen wieder PKW und Busse durchgelassen, allerdings sehr langsam. Die Kieler sollen sich hinter der Sperre neu gesammelt haben und weitergefahren sein. Eine erste Gruppe konnte gerade noch das Abräumen des Kundgebungsortes verfolgen.

## Lüneburg:

Hier machten sich gegen 7.30 Uhr ca. 150 Leute in zwei Bussen und PKW auf den Weg. Da es keine Voraberkundung gab und auch keine Infos in der Telefonzentrale eingeholt wurden, landeten die Lüneburger gegen 9.30 Uhr in der Autobahn-Sperre bei Horst. Vor ihnen befand sich schon ein ca. zwei km langer Stau — teils Privatverkehr aber auch andere Demonstranten-Gruppen u.a. ein Teil der GABL-Busse aus Hannover.

Die Lüneburger beschlossen, zusammen auf die Sperre zuzumarschieren. An der Sperre ging sofort eine größeren Bullengruppe auf sie los, und es entwickelten sich einige Rangeleien. Man/frau einigte sich im Endeffekt auf eine Rückkehr zu den Bussen und ein Einlassen auf die Durchsuchungen. Diese verliefen dann einigermaßen locker, es wurden lediglich zwei Fahnenstangen beschlagnahmt.

Die Gruppe erreichte gegen 12.30 Uhr die Fußgänger-sperre auf der Dammfleth-Straße und kam gegen 13.30 Uhr am Kundgebungsort an, während der Rede von Jens Scheer.

## NRW:

Da aus NRW keine konkreten Einzelberichte vorliegen — außer dem aus Bielefeld — hier nur eine kurze Zusammenfassung. Aus Köln, Bonn, Dortmund, Münster (mit neun Bussen die größte) und anderen Städten machten sich einzelne Gruppen zwischen 23 und 24 Uhr auf den Weg. Eine gemeinsame Anreise kam nicht zustande.

Nach dem Passieren von 2 oder 3 Sperren — zu größeren Beschlagnahmen kam es offenbar nicht — trafen sich verschiedene Gruppen aus NRW in den frühen Morgenstunden, zwischen 6 und 9 Uhr, am AKW-Gelände und harrten der weiteren Mit-Demonstranten.

## Osnabrück:

Ein Konvoi von fünf Bussen und einigen PKW (ca. 300 Leute) ist gegen 4 Uhr morgens aufgebrochen. (Zwei PKW-Konvois mit einer unbekannten Zahl von Teilnehmern hatte sich schon in der Nacht auf den Weg gemacht. Beide sollen bis zum vorgeplanten Parkraum gekommen sein.)

Der Konvoi verließ die A 23, um die Horst-Sperre zu umgehen. Wegen einer Fehlinformation des Verkehrsausschusses um 7 Uhr (welcher?) landeten sie aber gegen 7.30 Uhr in der Neuenbrook-Sperre. Die Filzerei dauerte bis ca. 9 Uhr, wobei Chlorbrillen, Tücher, Helme, ein Megaphon u.a. beschlagnahmt wurden. Auf der B 5 gerieten sie gegen 9.30 Uhr in den Konvoi von Göttingen/Kassel/Marburg. Der Weg Richtung Wilster war versperrt (Heiligenstedten-Sperre) und weiter nördlich — Höhe Juliankaholz — war gegen 10 Uhr ein Stop durch per Hubschrauber abgesetzte Bullen, die einige Stichproben machten. Gegen 10.30 h ging es weiter.

Um 11.30 Uhr war dann der endgültige Stop bei der Sperre Flethsee/Landscheide. Die Osnabrücker Busse hielten, und die Demonstranten machten sich auf den Fußmarsch um die Sperre herum. Sie umgingen noch eine weitere Sperre bei Großarentsee und ein kleineres Kontingent Bullen bei Brokdorf. Um 15 Uhr war endgültig kein Weiterkommen möglich, weil der Bullenvormarsch beim Kundgebungsort im vollem Gange war.

## Westberlin:

Da es in Westberlin keine Einigung über eine gemeinsame Anreise gegeben hat, ist es schwierig anzugeben,

auszüge aus protokollbuch  
verkehrsausschuß  
Freitag, den 6. Juni 1986

23.50 h: Christoph Columbus (CC) an Gänseblümchen (GB):  
Ab 2.00 h Containersperren, 5 bis 7 Kilometer um Brokdorf. Die Sperren werden in drei Kreisen um das Kundgebungsgelände/AKW aufgebaut werden.  
Codennamen der Bulleneinheiten: Westwind

Samstag, den 7. Juni 1986

0.10 h: CC an GB:

Für 2.00 h sind schwere Straßensperren möglich, bis hin zur Vollsperrung.

0.20 h: BAB 23 Höhe Horst stehen 5 Sandcontainer, allerdings sind es wenig Bullen Richtung Itzehoe.

Richtung Süden viele Bullen — Sperrung?

Ortsausgang Brokdorf Richtung St. Margarethen werden 1 Container und 20 Bullen postiert, in Siethwende 20 Bullen.

4.36 h: CC an GB:

Bei Nordoe auf der rechten Fahrbahnseite werden Steinhäufen von den Bullen bewacht — ansonsten Funkstille.

5.37 h: Mickeymouse fragt nach Informationen für den Konvoi bei Bremen-Stuckenborstel (Osnabrücker).

wieviele Westberliner sich auf den Weg nach Brokdorf begeben haben. Folgende größeren Gruppen sind uns bekanntgeworden:

1. Westberliner, die per PKW bis Freitag in Hamburg ankamen, um sich dem Hamburger Konvoi anzuschließen.
2. Eine größeres Kontingent PKW, die sich ab Freitagabend von unterschiedlichen Sammelpunkten auf die Transitstrecke begeben haben (bzw. wollten),
3. Von der AL gecharterte Busse.

zu 1) siehe Bericht Hamburger Konvoi  
zu 2) Eine Gruppe von 20 PKW wurde bereits am Freitagabend von der Westberliner Polizei aus dem Verkehr gezogen. Ab 19 Uhr gab es dann — in einer gesamtdeutschen Aktionseinheit — Verzögerungsaktionen auf der Transitstrecke für alle, die so aussahen als führen sie gen Brokdorf. Durch eine Filz-Stelle des BGS bei Gudow wurde auch ein größerer Teil der Ausrüstungsmaterialien eingebüßt (mal Fahnenstangen, mal Helme oder Schutzbrillen bis hin zu den gefährlichen Zitronen und Eiern). Eine größere PKW-Gruppe stieß auf die Sperre bei Flethsee. Nach ca. 2-2 1/2 Stunden Verzögerung (Beratung über Vorgehen etc.) begab man/frau sich auf einen Fußmarsch Richtung AKW, das gegen 14 Uhr erreicht wurde. (Der Verbleib anderer PKW-Gruppen aus Westberlin ist uns nicht bekannt, aber einen gemeinsamen Konvoi hat es ab Gudow nicht mehr gegeben.)

zu 3) Die AL hatte 20 Busse gechartert, die sich gegen 1.30 Uhr an drei Punkten in Westberlin trafen. Drei wurden von der Polizei an der Abfahrt gehindert (Begründung: angebliche Straßenkrawalle), ein Busfahrer wurde festgenommen. Zwei weitere Busse wurden bei Kontrollen der Fahrtenschreiber ebenfalls aus dem Verkehr gezogen. Am Grenzübergang Staaken gab es die bereits erwähnten Schikanen in trauter Einheit von BRD- und DDR-Behörden (der letzte Bus wurde um 7.00 Uhr abgefertigt). Vier Busse wichen daraufhin über die Helmstedt-Strecke aus, die ungehindert passiert werden konnte. Sie erreichten als einzige die Region Wilster, einer kam nach St. Margarethen, ein weiterer bis Brokdorf. Von den elf Bussen, die die nördliche Transitstrecke benutzten — die Gudow-Kontrolle blieb auch ihnen nicht erspart — landeten zwei vor der hochgezogenen Klappbrücke hinter Glückstadt. Für den Rest war die Reise an der Autobahnsperre auf der A 23 bei Horst zu Ende, wo sie auf den nebenliegenden Parkplatz umgeleitet wurden.





Die polizeitechnische Lösung:

# Eingasen, verfolgen, von hinten zusammenschlagen

„Kole Feut  
un Nordenwind  
gif en krusen Büdel  
un en lütten Pint.“

Wenigstens Winter war diesmal nicht. Nicht gerade warm, aber eben auch nicht dieses eisigkalte Wetter der vorangegangenen Großdemonstrationen am Bauplatz, der mittlerweile die stationäre Atombombe Brokdorf trägt. Zu Verköhlungen nach unfreiwilligen Bädern in den Gräben der Wilster Marsch kam es deshalb kaum. Der anschließende Rumverbrauch in den Gehöften und Sanistationen rund um das AKW hielt sich folglich auch in Grenzen.

Ansonsten die bekannten Bilder: Eine entfesselte Polizeitruppe, die mit Knüppeln, Kampfstoffen und Wasserwerfern Demonstranten über die Felder trieb. Die Folgen: Platzwunden, Prellungen und Brüche, Augen- und Atemwegsverletzungen, Verbrennungen und außergewöhnlich viele psychische Schocks — der gesundheitliche Preis, den der Atompolizeistaat auf die Demonstrationenfreiheit aussetzt.

In Zahlen: Über 100 Menschen mußten sich wegen schwerer mechanischer Verletzungen, also starkschmerzender Prellungen, Platzwunden und Brüche, in ärztliche Behandlung begeben. Und viele von ihnen, v.a. Menschen mit Augenverletzungen und Hautreizungen, werden auch in den kommenden Wochen noch ärztliche Hilfe benötigen. Die Auswirkungen einer Schneise der Gewalt, die BGS- und Polizeieinheiten durch die Kundgebung und die Konvois, speziell den hamburger, schlügen.

## Ärztliches Attest

Herr T G in 2000 Hamburg, wurde von mir am 10.6. 1986 eingehend körperlich untersucht. Als Folge von angeblichen Schlagverletzungen mit einem Gummiknüppel auf einer Demonstration am 7.6.1986 fanden sich folgende Verletzungen:  
Schwere Prellung mit ausgedehntem, flächenhaftem Hämatom von ca. 8 x 15 cm Größe an der Dorsalfläche des mittleren Unterarmdrittels. In diesem Hämatom deutlich tastbar eine ca. 1,5 cm im Durchmesser große, fluktuierende Schwellung auf der Ulna, einem subperiostalen Hämatom entsprechend.  
Prellung des rechten Schultergelenks mit schmerzhaft eingeschränkter Abduktion und Anteversion.  
Prellungen und subcutanes Hämatom über der rechten Halsseite mit schmerzhaft eingeschränkter Rotationsfähigkeit des Kopfes nach rechts und links sowie schmerzhaft eingeschränkter Reklination.  
Darüberhinaus klagt Herr G seit dem Ereignis über Kopfschmerzen. Aus der Anamnese ergibt sich kein Anhalt für das Vorliegen eines Comotionssyndroms, ein Zusammenhang mit angeblich erlittenen Schlägen auf den Kopf bei Tragen eines Motorradhelms ist nicht auszuschließen.

Hamburg 20, den 10. Juni 1986

- ARZT -  
Tel. 040/  
2000 HAMBURG 19

Die Aufzeichnungen einzelner Arztpraxen, der Sanistationen und uns vorliegende Atteste sprechen eine deutliche Sprache: Gebrochene Schulterblätter, zersplitterte Schulter-, Ellenbogen- und Handgelenke, Prellungen und Platzwunden an Hinterköpfen und Rücken und Nierenprellungen sind alles Verletzungsbilder, die durch Knüppelschläge auf fliehende, am Boden liegende oder sich schützende Menschen entstehen. Die Arztberichte entlarven die Polizeipropaganda: nicht gegen angeblich frontal angreifende Chaoten verteidigt



sich die Staatsmacht, sondern greift Menschen aus einer Kundgebung heraus an, verfolgt sie und schlägt sie von hinten zusammen.

Beispiele: Eine 20jährige Patientin mit Platzwunde am rechten Hinterkopfbereich und Verdacht auf Bruch des linken Kleinfingers. Die Demonstrantin hatte vergeblich versucht, ihren Kopf mit den Händen vor einem Schlag zu schützen.

Ein 23jähriger Patient wehrt den ersten Schlag ab — schwere Prellung des Ellenbogengelenks, Verdacht auf Knochenbruch. Im Fallen erwischt ihn der zweite Schlag links am Hinterkopf — Platzwunde, 6 cm lang. Er wird festgenommen und erhält in den folgenden 7 Stunden keine ärztliche Hilfe. Erst nach seiner Freilassung kann er eine Praxis aufsuchen.

In wilder Flucht durch die parkenden Autos des Hamburger Konvois gerät eine 22jährige Demonstrantin in's Straucheln. Sie stürzt und bleibt mit ihrem rechten Arm zwischen zwei Karosserien hängen. Das nachsetzende Sondereinsatzkommando rollt über sie hinweg, ein Schlag trifft den Ellenbogen ihres eingeklemmten Armes — komplizierter Bruch.

## Flächendeckendes Haudrauf

Drei Fälle von über einhundert. Brutal, abschreckend, angsteinjagend. Und darum genau geht es: Eine angeheizte Polizei mit über Jahre hinweg verfestigten Feindbildern wird losgelassen zum flächendeckenden Haudrauf. Unterstützt mit Kampfstoffen, deren Gesundheitsschädlichkeit selbst regierungsoffizielle Gutachten nicht verleugnen können. Wen kümmert es in den Ministerien und Einsatzstäben, wenn da tausende von Menschen hustend, heulend und spuckend über den Kundgebungsplatz stürzen, wenn alte und junge Menschen mit Atemnot und asthmatischen Anfällen im Kampfstoffnebel zusammenbrechen? Nein, das ist beabsichtigt, das ist eine umfassende Kriegserklärung an die Bürger. Gas läßt sich nicht gezielt oder gar „verhältnismäßig“ einsetzen, es trifft alle, und es soll alle treffen. Die polizeitechnische Lösung — den Protest gegen den Atomwahn einfach ersticken. Da kommt es nicht einmal drauf an, ganze Polizeizüge aus dem CS rauswollen, weil die „Kollegen“ keine Luft mehr bekommen.

## Mit Selbsthilfe die Abschreckung auffangen

Zweieinhalbtausend Augenspülflaschen waren allein in Hamburg in den Wochen vor der Demonstration verkauft worden. Für alle Konvois hatten sich Sanis gefunden, die ihre Züge begleiteten. Viele Menschen mit medizinischen Berufen hatten sich eine Ersthilfetasche gepackt und kümmerten sich um ihre Freunde, BIs und diejenigen, mit denen sie auf der Demo zusammenkamen. Vor Ort hatte der Saniausschuß für mobile und feste Sanistationen gesorgt. Niedergelassene Ärzte im Landkreis hielten ihre Praxen geöffnet. Das Deutsche Rote Kreuz hatte sich auf seine Grundsätze besonnen und beteiligte sich innerhalb und außerhalb des Sperrkreises am Rettungsdienst. Rot-Kreuz-Helfer mit Atemschutzgeräten und Augenspülflaschen bewegten sich geübt im CS-Nebel, obwohl sie so etwas noch nie erlebt hatten. Patientendaten wurden nicht erhoben, Auskunftsbegehren der Polizei nach Namen von Verletzten nicht stattgegeben. Eine Erfahrung, die hoffen läßt, daß das DRK bei inneren Konflikten seine Neutralität einzuhalten lernt.

Das alles ergab ein medizinisches Netz, das den körperlichen Folgen der Polizeiangriffe Selbsthilfe entgensetzte. Überall war Wasser zum Augenspülen zur Hand und knisterten die Verbandpäckchen in den Jackentaschen. Zumindest auf dieser Ebene konnte die innere Abschreckungsdoktrin unterlaufen werden.

## Organisierte Gewalt ...

Die Folgen geben trotzdem zu Sorgen Anlaß. Auffallend viele Demonstrationsteilnehmer/innen tragen nämlich neben körperlichen Blessuren auch psychische Folgen des Polizeieinsatzes. Einige blieben äußerlich völlig unverletzt, erlitten aber durch den staatlichen Gewaltausbruch einen psychischen Schock. Blaß, sprachlos, verängstigt saßen sie in den Stationen, Praxen, Fahrzeugen auf der Heimreise oder noch Stunden später in den Polizeizellen. „Ich wache nachts schweißbedeckt auf und kann mich nur erinnern, daß ich von Brokdorf wüst geträumt habe“, berichtet ein junges Mädchen. Ein anderes bekommt das Zittern, wenn in der Nähe ein Martinshorn ertönt. Ein junger Mann klagt noch zehn Tage später über Schlafstörungen. Es sind körperliche Ausdrücke der hilflosen, entwürdigenden Situationen. Es sind Einzelbilder, die in ihrer Gesamtheit vergleichbar sind mit den Langzeitfolgen von Vergewaltigungen, Verfolgung, Haft und Folter. Die Ursache heißt „organisierte Gewalt“. Und sie greift tiefer als im Augenblick erkennbar: Wieviele Menschen gehen mittlerweile nicht mehr zu Demonstrationen, aus purer Angst? Bewußt oder unbewußt.

Asthmakranke können mit dem gesundheitlichen Risiko eines CS-Einsatzes noch bewußt umgehen. Anfallsranke kennen ihre Grenzen. Behinderte wissen, worauf sie sich einlassen wollen. Und schon diese zahlenmäßig nicht kleine Gruppe von Mitmenschen wird von den derzeitigen Polizeikoncepten um ihr Demonstrationsrecht gebracht. Wieviele mehr mögen es sein, denen die Courage ausgetrieben wurde?

## ... setzt Alpträume

„Ich fühlte mich in den folgenden Tagen ziemlich alleingelassen. Alle haben sie auf den Nachbereitungstreffen darüber gesprochen, wie es jetzt weitergehen soll. Solidarität mit den Festgenommenen wurde bekräftigt. Aber niemand hat mich gefragt, wie es mir geht, wie ich mich gefühlt habe“, berichtet ein junges Mädchen, das am Kundgebungsplatz im CS-Nebel zusammenbrach, kurzzeitig das Bewußtsein verlor und später im Sanibus aufwachte, als gerade eine Horde Po-

lizisten daran vorbeistürmte. Das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber einer gewalttätigen Macht ist ihr unter die Haut gekrochen.

Wir stellen eine vorsichtige Behauptung auf: Wenn es nicht gelingt, neben den politischen Strukturen der Anti-AKW-Bewegung — wie jeder anderen natürlich auch — persönliche, an jedem Einzelnen teilnehmende Netze zu knüpfen, dann geht das staatliche Gewaltkonzept voll auf. Dann reichen auf Dauer Wut und Oppositionsgeist nicht aus, der Repression standzuhalten und dahinter das politische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

## Saniausschuß zur Brokdorf-Demo 1986



## Aufruf

Wer nach dem CS-Einsatz am AKW-Brokdorf unter länger anhaltenden Beschwerden litt oder noch leidet, möge sich bitte mit uns in Verbindung setzen. Wir sammeln diese (auf Wunsch auch anonymisierten) Berichte und Verlaufsatteste, weil wir selber dadurch für die Soforthilfe lernen, und weil wir Euch weiterhin mit Ratschlägen zur Behandlung zur Verfügung stehen wollen.

Atteste und Berichte über andere Verletzungen, beispielsweise durch Wasserwerfer, Knüppel oder Hunde, interessieren uns ebenfalls.

Für uns in diesem Umfang neu sind auch die zahlreichen psychischen Schocks im Verlauf der Demo. Hierüber Berichte oder Anfragen zu erhalten, wünschen wir uns ganz besonders, um darüber weiter Gedanken anzustellen.

Adresse: Sanitärgruppe Hamburg, c/o BI Umweltschutz Unterelbe, Weidenstieg 17, 2 Hamburg 20.





## Polizeigewalt gegen Sanis

Ein voller Schlag: Innerhalb weniger Minuten wurden in Kleve ein halbes Dutzend Demosanis aus dem Hamburger Konvoi festgenommen. Bereitschaftspolizisten, deren Amoklauf durch die parkenden Fahrzeuge schon etwas nachgelassen hatte, zertrümmerten gezielt die Seitenscheiben eines Sanifahrzeuges. Drinnen herrschte Gedränge: Auf engstem Raum hatten Sanis mit bereits Verletzten Schutz gesucht, plötzlich saß die ganze Gesellschaft im Splitterregen der zerberstenden Glasscheiben. Sämtliche Insassen mußten das Fahrzeug verlassen und wurden mit vorgehaltener MP festgenommen. Nur gegen hartnäckigen Widerstand der umstehenden Beamten war es möglich, die Verletzten halbwegs erstzuversorgen.

Ein Versehen der Einsatzkräfte ist ausgeschlossen: Deutlich war das rote Kreuz mit geballter Faust und verbundenem Daumen rundum am Fahrzeug angebracht.

Das gleiche Bild bei einem weiteren Fahrzeug, in dem Sanis den Konvoi begleitet hatten: Frontscheibe zer schlagen, Insassen festgenommen, Behandlung von Patienten unterbunden.



Der Vorfall ist nicht außergewöhnlich: Zunehmend geraten Ersthelfergruppen bei Demonstrationen unter gezielte Maßnahmen der Polizei: Da werden in Wackersdorf Ärzte daran gehindert, mit ihren Fahrzeugen an das Kundgebungsgelände vorzufahren, da werden Wasserflaschen zum Augenspülen beschlagnahmt, da erhalten Sanis erst recht die Hücke vollgehauen, wenn sie in den Bereich polizeilicher Maßnahmen geraten, und da wird sogar ein Verbandplatz des Roten Kreuzes von Hubschraubern mit CS unter Beschuß genommen.

Ähnliche Bilder in Brokdorf: Ein gezielter Flachschieß mit einer neuen CS-Patrone prallt unter einer fahrbaren Station auf, in der gerade ein Verletzter versorgt wird. Im Nu ist die Luft vollgenebelt. Wen kann

es wundern: Wer international geächtete Kampfstoffe gegen die eigene Bevölkerung einsetzt, der kümmert sich auch nicht um minimale Rücksichten gegenüber Verletzten und deren Helfer/innen. Hauptsache, das Feindbild stimmt: Wer sich um die medizinische Hilfe bei Demonstrationen kümmert, der muß zur Logistik der Gewalt zählen, denn verletzt werden ja nur Demonstranten, die Straftaten begehen.

Knallhart deshalb auch am Hamburger Heiligengeistfeld das Vorgehen gegen anwesende Sanis: Wer rund um den Kessel auftauchte, mußte sofortige Übergriffe befürchten. Und einen im Kessel mehrere Stunden eingeschlossenen, gekennzeichneten Sani erwischte es böse: Die ganze Zeit über hatten Beamte schon auf ihn hingewiesen, ihre Gesten ließen Ungutes erwarten. Als er dann an der Reihe war, abtransportiert zu werden, führten ihn zwei Beamte um die Ecke des Bunkers zu einer von außen nicht einsehbaren Stelle und zwangen ihn, sich für die Durchsuchung breitbeinig an die Wand zu stellen. Unter perversen Kommentaren wurde ihm dann von hinten der Hoden gequetscht. „Bist doch Sani, kannst Dir doch selber helfen ...“.

Folgerichtig nach dieser Logik auch die Konsequenzen für die in Kleve festgenommenen Sanis: Unter dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs wurden sie

abtransportiert und müssen einen vermutlich harten Prozeß befürchten.

Und daß sich die Polizeiführung mit Behinderungen vor Ort nicht zufrieden gibt, erwies sich in den Tagen nach der Demonstration: Beim örtlichen Rettungsdienst stellte die Ordnungsmacht das Ansinnen, die Daten verletzter Demonstranten, die das DRK versorgt hatte, mitgeteilt zu bekommen. Vergeblich, glücklicherweise.

Für die Bezahlung der Reparaturrechnungen an unseren Fahrzeugen wie den anderen, die in Kleve unter die Knüppel gerieten, bitten wir Euch, Spenden auf das entsprechende Konto (siehe Spendenaufruf in dieser Dokumentation) einzuzahlen.

## Distanzwaffen: Neue Generation

Am AKW Brokdorf kamen am 7. Juni 1986 im Laufe des Nachmittags CS-Projektile zum Einsatz, die bislang erst polizeiintern vorgeführt worden waren. Es handelt sich um Kampfstoffpatronen, Herstellerbezeichnung: TP 70/8, mit 40 mm Kaliber und einer Reichweite von ca. 120 m im direkten Flachschieß. Die Patronen sind zusammengesetzt aus einem Treibsatz und einer Metallhülse, aus der fünf Sekunden nach Abschluß 24 Gramm CN oder CS freigesetzt werden. Das Gesamtgewicht beträgt ca. 175 Gramm, das Geschos ist mit einer Kunststoffschicht umkleidet. Die hohe Ausgangsgeschwindigkeit von 75 Metern pro Sekunde bewirkt eine starke Wucht beim Aufschlag. Nach einer polizeiinternen Studie der Polizeiführungsakademie Wiltrup bei Münster sind bei jedem 200. Körpertreffer derartiger Patronen schwere Verletzungen der Augen und der Halsschlagader möglich.

Verschossen wird die TP 70/8 mit der „Mehrzweckpistole 1“ (MZP 1) der Waffenschmiede Heckler & Koch. Die ursprünglich als Bundeswehr-Signalpistole konzipierte MZP 1 setzt sich seit 1985 für bleifreie Distanzwaffen in den Arsenalen der Polizei und des BGS durch. Leichte Handhabbarkeit und eine Palette verschiedenartiger Geschosse bieten gegenüber dem bisherigen Sammelsurium von Waffen und Projektilen technische Vorteile. Neben dem in Brokdorf eingesetzten

CS-Geschos gibt es weitere Kampfstoffpatronen sowie Signal-, Nebel- und Blitz-Knall-Geschosse. Auch zwei Gummigeschoßarten sind serienreif. Zur Markierung von einzelnen Demonstranten oder Gruppen wurde überdies eine Farbpatrone entwickelt, um auch farblich die „Guten“ von den „Bösen“ unterscheiden zu können.

Nach einem anfänglichen Dementi seiner Behörde erklärte ein Sprecher des Kieler Innenministeriums, daß in Brokdorf eine Mehrzweckpistole zum Abfeuern von Kampfstoffpatronen des beschriebenen Typs eingesetzt wurde. Das 1985 bei der Bereitschaftspolizei Eutin eingeführte „Transportgerät für Reizstoffe“ befindet sich aber nicht in der Erprobung und sei keine Distanzwaffe. Die Patronen dürften nicht waagrecht, sondern nur im „Bogenwurf“ abgeschossen werden.

Beim Vorrücken der Wasserwerfer am Kundgebungsort setzten die Polizeieinheiten die CS-Patronen in die Fluchrichtung der Demonstration ein und trieben die Menschenmenge dann direkt in den entstandenen Kampfstoffnebel. In mehreren Fällen kam es außerdem zu gezielten Schüssen auf Personengruppen und ein Fahrzeug der Demosanis.

**Saniausschuß zur Brokdorf-Demo 1986**



### Spendenaufuf

Im Rahmen der Auseinandersetzungen gegen die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf am Sonnabend, den 7.6.86 in Kleve und Brokdorf und am Sonntag den 8.6.1986 in Hamburg sind Kosten entstanden oder werden noch auf uns zukommen, die die unmittelbar Betroffenen nicht alleine tragen sollen. Die Kosten sind durch medizinische Versorgung, juristische Betreuung, Reparatur oder Ersatz beschädigter Autos usw., durch Vorbereitung und Koordination (Verkehrsausschuß, Ermittlungsausschuß, Sanitätsausschuß usw.) entstanden.

Einschätzungen und Auseinandersetzungen um unsere gemeinsamen zukünftigen praktischen Schritte stehen an. Die praktische Solidarität mit den Verletzten, politisch Verfolgten und materiell Geschädigten ist Bestandteil unseres Kampfes. So ist bereits unmittelbar nach den Auseinandersetzungen in Kleve in verschiedenen Bussen spontan über 1000 DM gesammelt worden.

**Autonome Koordinierungsstelle, 9.6.86**  
Spendenkonto BUU Rechtshilfe, Vereins- und Westbank Hamburg, BLZ 200 300 00, Konto 11/18413, Stichwort: Brokdorfsolidarität



# Brokdorf am 7. Juni 1986



Die Bremerhavener Demonstranten — in drei Bussen um 5.30 Uhr abgefahren — hatten, nachdem sie drei Straßensperren, die erste bei Horst (Autobahn), die zweite an einer Ausfahrt und die dritte kurz vor Brokdorf — passiert hatten, um kurz nach 12.00 Uhr den Parkplatz neben dem AKW erreicht.

Da die genehmigte Kundgebung dort erst um 13.00 Uhr beginnen sollte, begab ich mich auf den Weg entlang der Südseite des AKW zum Elbufer. Das AKW glich einer Burg. Uneinnehmbar: Breiter Graben, hoher Zaun, darauf Stacheldrahtrollen. Tor 1. Hinter dem Tor Stacheldrahtrollen in 5 m Tiefe, so daß die dahinter stehenden Polizisten mit Helm und Schild gerade abgezogen wurden. Die Besatzung bestand aus Hunderten von bewaffneten Polizeibeamten, gepanzerten Wasserwerfern, Einsatzgruppen und Beobachtern, die auf den Dächern des AKW verteilt waren.

An der Südostecke war — geschütznähe — eine Wasserkanone montiert, deren Sprühregen auch noch den Kundgebungsplatz erreichte — wie sich später herausstellte. Eine andere Wasserkanone war auf einem Wirtschaftsgebäude im SW-Bereich installiert, auf dem Dach eines Gebäudes mit rauchgeschwärzten Fenstern, ziemlich hoch und deshalb von besonderer Reichweite.

Mit mir gingen viele Demonstranten, um sich mit diesen bürgerkriegsähnlichen Gegebenheiten vertraut zu machen, die noch dadurch unterstrichen wurden, daß bis zu acht Hubschrauber in wechselnder Höhe in der Luft unterwegs waren, überwiegend die großen und lauten (im Vietnamkrieg bekannt gewordenen) „Chopper“.

Am Tor 2 ließ sich folgende Situation feststellen: Es war teilweise geöffnet und von Polizei mit Schild und Helm hermetisch abgeriegelt. Die Beamten standen in mehreren Reihen. Demonstranten unterhielten sich mit Leuten der ersten Reihe. Die Nässe auf dem Weg ließ vermuten, daß hier am Vormittag schon aus Wasserwerfern gespritzt worden war. Jedoch war der Zustand

zwischen 12.15 und 12.30 friedlich.

Auf dem Elbedeich hatten sich Hunderte von Demonstranten eingefunden. Dorthin begab ich mich, weil man von dort das Geschehen — sozusagen aus der Vogelperspektive — übersehen konnte. Vom Parkplatz kamen Hunderte von weiteren Bürgern in Richtung Deich. Es war ein buntes Bild wegen der Verschiedenartigkeit der Bekleidung und der vielen Transparente. Drachen standen darüber im Wind. Ich zählte später bis zu dreißig.

Nun sah ich, daß sich hinter Tor 2 eine Kolonne von Wagen formierte: Wasserwerfer 1 (W), Wasserwerfer 2, Wasserwerfer 3, dahinter ein gelber Schwer-Lkw mit Sand und einem Bauwagen im Schlepp. Wasserwerfer 1 verließ das Werkstor, umgeben von einer Phalanx mit Helm und Schild geschützter, mit Knüppeln, Gaspatronen und ? bewaffneter Polizisten. Der höhere Polizeiführer auf dem Dach links gab durch den Lautsprecher Befehle zum Abrücken aus dem AKW. Die Situation wurde dadurch sofort gespannt, den

1. Es war kein Grund — außer der einer sorgfältigen Vorausplanung — ersichtlich, warum ausgerechnet in diesem Zeitpunkt dieser Konvoi in Bewegung gesetzt werden mußte.

2. Es war klar, schon wegen der Verstopfung auf dem Wege zum Kundgebungsplatz, daß der Weg durch Polizeieinsatz und Polizeiwaffen freigeschossen werden mußte.

3. Es war klar und absolut im voraus berechenbar, daß die „Chaoten“ (offizieller Sprachgebrauch) sich nunmehr mit den „Banditen in Uniform“ (inoffizieller Sprachgebrauch neben „Bullen“ und den üblichen an die Nazizeit angebundenen Schimpfwörtern) anlegen würden.

Das ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Der weitere Verlauf war folgender: Überwiegend junge Leute, teilweise verummt, setzten und stellten sich in die Fahrtrichtung, die der Wasserwerfer 1 nehmen wollte.

Darauf der Polizeiführer laut vernehmlich vom Dach (sinngemäß; der Vorgang ist mit Sicherheit tonbandmäßig oder schriftlich aufgenommen):

„Sie behindern die Abfahrt, Sie handeln rechtswidrig! Wenn Sie nicht räumen, wird vom Wasserwerfer und ... (mir als Fachausdruck nicht geläufig, möglicherweise der Wasserstrahl in Bodenhöhe am vorderen Fahrzeugteil des Wasserwagens) Gebrauch gemacht. Dieses ist die erste Aufforderung! Es ist 12.32h!“

In demselben Stil kamen je weitere zwei Minuten später die zweite und die dritte Aufforderung. Sie waren eine Kriegserklärung an das merkwürdige Häufchen vor dem Wasserwerfer. Nur wenige blieben übrig und setzten sich vor das Fahrzeug, als der „Krieg“ mit einer Salve aus den beiden Wasserrohren eröffnet wurde.

Die Menge quittierte das schrittweise Ausrücken der Polizeikader — ich schätzte sie durch flüchtiges Zählen auf dreihundert Beamte — mit wachsendem Ärger. Die Rufe reichten von „Das ist ja die reine Provokation!“ über „Was soll das bloß!“ zu „Schweine“, „SS“, „Nazis“! Die Wasserwerfer fetzten nun die Ungehorsamen aus der Fahrbahn. Danach wurden die vor dem Werfer 1 Sitzenden mit starkem Strahl in den Rücken geschossen, bis sie umfielen oder wichen. Zwei Unentwegte wurden schließlich fast ohnmächtig zur Seite gezogen (man hätte die mit Wasser schwer Geprügelten ohne weiteres vorher wegtragen können). Damit war der Weg frei. Unter Steinwürfen und Johlen konnte nun der Konvoi Meter für Meter an Boden gewinnen. Die Wasserwerfer voran, davor die balettartig nach den Befehlen des Polizeioberführers trippelnden, hier und dort aufschließenden Polizisten zu Fuß, dann der gelbe Sand-Lkw, der Bauwagen und ein abschließender Panzerwagen (wieder in grün).

Die Empörung war groß (s.o. 1., 2., 3.). Sie steigerte sich noch, als aufgrund der geworfenen Steine und anderer Gegenstände der Oberführer vom Dach aus rief: „Sie werfen mit Steinen und anderen Gegenständen! Das ist gesetzwidrig! Bei weiteren Verstößen wird Gas gegen Sie eingesetzt!“ Der Konvoi hatte etwa hundert Meter zurückgelegt, als Wasserwerfer 1 und 2 damit begannen, Reizgas mit Wasser vermischt zu „schießen“.





Während Wasserwerfer 1 gezielt auf die „Chaoten“ im Schußfeld hielt, hatte W 2 sich nicht nur die Steinerwerfer als Ziel ausgesucht (diese mußten naturgemäß, um in Reichweite zu kommen, den Deich herunterlaufen und nach dem Wurf zurücklaufen). W 2 hielt reichlich und hoch hinauf in die Demonstranten, so daß dort alle ihr Quantum Reizgas abbekamen.

Obwohl die Begifteten schnell über die Deichkappe liefen — mit dem Rücken zum Sprühwasser — war die Wirkung des Reizgases schnell zu spüren, bei mir zweimal recht intensiv, besonders in den Augen. (Das war aber gar nichts gegen die Reizgasattacke später auf dem Parkplatz während der Kundgebung, sozusagen nur ein Vorgeschmack).

Neben mir waren gerade drei Mann — nach dem Zeichen „NDR“ auf der Kamera Reporter — mit dem Filmen beschäftigt. Sie warteten auf recht rar einschwebendes Signalfeuerwerk (rot und grün), das aus einer Baumgruppe im SW-Bereich kam und farblich sehr viel effektvoller schien als die infolge Mangels an Wurfgegenständen doch recht eingeschränkten Würfe mit Steinen und Flaschen. W 2 traf sie bei diesem Versuch recht wirkungsvoll, und sie begaben sich hinter die Deichkappe zurück, um dort die mitgebrachten Gasmasken anzulegen, die ihnen die weitere Ausübung ihres Berufes erlauben sollte. Ich konnte mir und einigen anderen wegen der giftigen Staats-Gewalt Weinenden mit vorsorglich am Vortage erworbenem Ophtopur helfen; manche wurden von Helfern mit destilliertem Wasser behandelt. Die Mehrzahl der Begifteten blieb unversorgt.

Inzwischen hatte die Kundgebung verhältnismäßig pünktlich begonnen. Der Konvoi hatte innerhalb einer knappen Stunde die etwa dreihundert Meter bis zur Sau des AKW zurückgelegt.

Dann trat eine Kampfpause ein, die ich benutzte, an der Phalanx der Polizeibeamten (tränenenden Auges) vorüberzuschreiten, um zur Kundgebung zu gelangen. Was

mir entgegenblickte — unter Helm und überm Schild — waren die Blicke verängstigter junger Leute in ihrer seltsamen Montur, die sich nach meinem subjektiven Eindruck eher als Opfer, denn als Speerspitze und Sieger fühlten.

Es war gar nicht leicht, sich den Weg zu bahnen. In der Kampfpause, die nur gelegentlich von einem Geplänkel Rauchgeschloß (mit Reizgas) werfender Polizisten hinter Zaun und Graben und Zurückwerfen durch mit Applaus bedachte junge Leute unterbrochen wurde, diskutierten die Demonstranten mit den überwiegend schwarz gekleideten Steinwerfern — ohne viel Erfolg.

Inzwischen schwebten dreißig Drachen über dem Geschehen, die Hubschrauber kamen z.T. herunter, um sie in Fetzen zu reißen. Aus der Wasserkanone im SW-Bereich kam unaufhörlich Wasser — schwere Arbeit für die oben schwenkende Bedienung — und der Konvoi machte sich (W 2 hatte nach Angaben aus dem Lautsprecher 2.000 l verschossen und mußte aus dem Sicherheitsgraben auftanken) zum Angriff nach Osten bereit.

Es war nur auf den Wiesen neben dem durch demonstrierende Bürger verstopften Weg möglich, schnell zum Orte der Kundgebung zu gelangen, weil sich die Menge auf dem Weg befand und nur langsam zurückgehen konnte, inzwischen auch seitlich durch fahrende Wasserwerfer hinter dem Zaun des AKW beschossen — allerdings mit Wasser ohne Reizgas.

Wo hinter dem Zaun Polizei mit Helm und Schild erschien, war sie das Ziel schlecht gezielter Steine und Steinchen oder von Dreckwürfen von „Chaoten“, ebenso wie die Wasserkanone auf dem Gebäude mit den rauchgeschwärzten Fenstern ohne Erfolg beworfen wurde.

Die Reden auf dem Parkplatz wurden durch Hubschrauberlärm sozusagen in Stücke gerissen. Ab und zu



geriet die auf dem Weg im Süden langsam zurückweichende Menge in Trab, weil der Konvoi wieder eine Etappe zurücklegte, nach meinem Eindruck mit vermehrtem Einsatz von Reizgaswurfgeschossen.

Außerdem wurde eine weitere Wasserkanone hinter dem Zaun der AKW etabliert, die in gerader Richtung über den Graben Wasser in die Demonstranten schoß. Diese gingen weiter nach Süden zurück oder gelangten über die Wiesen zur Kundgebung.

Dieser Wasserwerfereinsatz wurde von Steinwerfern als besonders beliebtes Ziel behandelt, ebenso wie die plötzlich auftauchenden fahrbaren Wasserwerfer hinter dem Zaun.

Das Ende der Veranstaltung kam um 14.45 Uhr (Ende der genehmigten Kundgebung 15.00 Uhr bei normalem Verlauf), und zwar wie folgt: Der Konvoi, Wasserwerfer, Sand-Lkw mit Bauwagen und Polizeiphalanx, hatte sich inzwischen, d.h. in weiteren 1 1/2 Stunden, auf dem S-Weg herangearbeitet und war nun im SO-Bereich am Parkplatz angekommen. Nach meiner Vermutung entspricht dies dem „Timing“ des Einsatzplanes. (Solche pflegen Alternativcharakter zu haben, d.h. der Oberkommandierende entscheidet sich aus bestimmten Gründen für die eine oder die andere Lösung.)

Was nun geschah, war nicht nur überraschend, sondern auch eindeutig *ungesetzlich*. Während Hubschrauber die durch Lautsprecher übertragene Rede unhörbar machten, wurden plötzlich im SW-Bereich des Parkplatzes dutzendweise Reizgaspatronen geworfen, so daß im Nu eine starke Giftnebelentwicklung stattfand, die wegen des Windes mehr oder weniger alle der Kundgebung Zuhörenden traf.

Ich habe zunächst nach dem vorher gesehenen Rezept daran gedacht, die in drei Meter vor mir liegenden fünf oder sechs Räucherbomben in Richtung Polizei zurückzuwerfen. Das war aber infolge der starken Giftnebelentwicklung völlig unmöglich. Ich wandte mich um und sah in entsetzte, tränende Augen der weit über 100 Zurückweichenden. Als bald begannen die Betroffenen auch zu würgen. Mir ging es genauso. Das Reizgift machte das Atmen unmöglich, denn es bildet sich im Rachenbereich reichlich Speichel als Gegenreaktion des Körpers, den man entweder verschlucken kann (mit der Konsequenz, sich zu erbrechen) oder ausspuckt.

Die Veranstaltungsleiter behielten die Ruhe und verhinderten so eine Panik: Sie richteten erstens an die Teilnehmer der Kundgebung die Aufforderung, sich einzuhaken (das Solidaritätsgefühl wirkt in solchen Momenten offenbar angstdämpfend) und aus dem Bereich der Gifteinwirkung zurückzugehen, dann im langsamen Demonstrationsszug auf Brokdorf.

Zweitens wurden die in Reih und Glied am Parkplatz stehenden Polizeibeamten mehrfach aufgefordert, auf dem Platz nicht weiter vorzurücken. (In der Verlautbarung aus dem Hauptquartier des AKW machte Journalist Franke etwas später bekannt, die Kundgebung sei um 15.15 Uhr (!) freiwillig (!) abgebrochen worden, und erst danach hätte die Staats-Gewalt sich der ungenehmigt Demonstrierenden angenommen.)

Nachdem es einige Minuten anders aussah, hielt die Polizei ein und blieb, ohne weiter Reizgas anzuwenden, stehen.

Die Teilnehmer der Kundgebung gingen, wie von den Leitern der Kundgebung empfohlen, langsam auf Brokdorf zurück. Es waren sehr viele dabei, deren Gesicht die Behandlung mit Reizgas erkennen ließ. Wenn Franke u.a. angegeben haben, daß etwa 10.000 den Platz der Kundgebung erreichen konnten, dann haben



an der SO-Ecke des Parkplatzes nach meiner Schätzung rd. 2.000 Reizgasverletzungen erlitten, darunter auch Kinder (deren Eltern so unvorsichtig waren, polizeistaatliche Maßnahmen bei einer solchen Demonstration auszuschließen).

Zurück in den Bussen wurden wir zwischen 17.00 und 18.30 Uhr aus einem Kilometer Entfernung noch Zeugen einer Endlösung, die nach unseren gerade gesammelten Erfahrungen schlimm gewesen sein muß. Sie wird überwiegend die von der genehmigten Veranstaltung durch Straßensperren abgehaltenen Bürger betroffen haben, die deshalb später eintrafen: Unaufhörlich stiegen weitere Reizgasnebel hoch. Reizgaspatronen — wie auch immer abgeschossen — zischten in Spiralen durch die Luft. Die Wasserwerfer waren im pausenlosen Einsatz und am Himmel paradierten die Chopper ...



# Stören vor dem nächsten Störfall

Brokdorfblockaden vom 5.-7. Juni



Nachdem wir nach Tschernobyl erst einmal eine Woche „zum Luft holen“ brauchten, haben wir uns — das Zeitungsmachen hinten anstellend — in den Strudel der Aktionsdiskussionen und -planungen geworfen.

Nach einer „Entsorgungsaktion“ mit verseuchtem Gemüse am Hamburger Rathaus im Rahmen der Demo am 13. Mai luden wir im gewaltfreien Spektrum zu einem Beratungstreffen zur Brokdorfdemo ein. Wie alle standen auch wir vor dem Problem kaum vorhandener Strukturen (sprich Gruppen) und der geringen Mobilisierungszeit bis zum 7.6. Für die Brokdorfdemo formulierten wir als Ziel, Massenprotest und Widerstandshandlungen miteinander zu verbinden, wobei letzteres gerade dadurch eine neue Qualität bekommen sollte, daß sie breiter als bisher politisch getragen werden.

Konkret schlugen wir auf der Hamburger Brokdorfberatungskonferenz zwei Aktionen vor:

1.) *Demontage des Zaunes in Brokdorf*, und zwar nicht als Einzelaktion, sondern politisch und praktisch von der gesamten Demo als gewaltfreie (Menschenverletzung unsererseits ausschließende) Aktion getragen. Der Vorschlag enthielt eine Menge provokativer Utopie, löste eine Menge Staunen aus („Gewaltfreie wollen an den Zaun“), und konnte sich in dem im Desaster endenden Streit zwischen Autonomen und GAL keine Basis erobern. Problematisch war an dieser gewagten Idee vor allem, daß sie anfangs unseren zweiten (realistischeren) Vorschlag zur Blockade in Brokdorf ziemlich an den Rand gedrückt hat.

2.) *Totalblockade des AKW-Geländes* im Vorfeld der

Demo. Nach dem Chaos der Brokdorfkonferenz entschieden wir uns, nun selber den Startschuß für einen Widerstandsaufbruch zu geben. Bis zum geplanten Blockadebeginn waren kaum noch zehn Tage Zeit und bereits ein großer Teil der Bewegung hatte sich mit Kopf und Fuß bereits vollständig auf den 7.6. eingestellt. Dies verhinderte unser eigentlich vorrangiges Ziel, nämlich eine politisch breit getragene Blockade zu organisieren; positiv hebt sich davon nur die Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam (BUF — unabhängige Friedensgruppen), Bremen, ab.

Alte Kontakte in die Wilstermarsch wurden wieder angeknüpft, Busse, Schlafplätze und Essensversorgung mußten organisiert werden. Überregional wurden Anlaufstellen in verschiedenen Städten zusammengeleitet, Aktionsvorbereitungen und -trainings durchgeführt, hinzu kam das „Übliche“, wie die Organisation von Pressearbeit, Sanitätären und Rechtsanwälten.

Am Donnerstag, 5. Juni morgens, ging es dann los, mit erheblich weniger Leuten als von uns geplant und erhofft: Etwa 35 Blockierer sammelten sich zum Blockadebeginn 5 vor 12 mittags am Eingangstor des AKW-Geländes.

Die Bedingungen für eine erfolgreiche Blockade waren eigentlich ausgesprochen schlecht. Zu der geringen Teilnehmerzahl (am Freitag wurden wir 70) kam das naßkalte Wetter. Außerdem öffnete die Polizei das zweite Tor am Deich und ließ den Verkehr flexibel je nach „Kräfteverhältnissen“ mal hier, mal dort längs

fahren. Um so erstaunlicher, daß es uns immer wieder gelang, Tiefpunkte von Sinnlosigkeit und Ohnmacht zu überwinden und als aktiver Störfaktor in den umfangreichen Bauverkehr einzugreifen. Niemand kann mehr erzählen, wie oft er oder sie von der Polizei weggetragen werden mußte. Es war oft eine Gratwanderung, daß die Blockade nicht zum bloßen Ritual und zur Mahnwache wurde, was wir durch Hartnäckigkeit und aktives, flexibles Herangehen zu vermeiden versuchten. Besonders hervorzuheben sind die Nachtblockaden gegen den auch nachts stattfindenden meist Polizeiverkehr. Einzelne aus der Wilster Marsch besuchten uns Blockierer und überhäufte uns mit Tee, Kaffee, Schmalzbrot und Schokolade.

Begleitet wurde die Blockade mit einer für unsere Verhältnisse einmalig guten Pressearbeit. Die Öffentlichkeit im Vorfeld der Demo gab auch der Blockade einen gewissen Schutz vor Polizeiübergriffen. Mit dem Näherkommen des Demoterminals wurde aber auch die Polizei nervöser und härter (ruppigeres Räumen, über 20 Leute wurden mehrere Stunden festgenommen).

Zur Demo hin konzentrierte sich die Blockade zunehmend gegen den gewaltigen Polizeiaufmarsch, der auf das Gelände gebracht wurde. Auch als am Samstag Mittag die Polizei mit Wasserwerfern am Deich aus dem Gelände herausrückte, waren es die Blockierer, die sich dort davor setzten, um das Vorrücken der Polizei zu stoppen. Dies gelang wegen der geringen Beteiligung nur eine begrenzte Zeit und die Polizei begann, von dieser Seite aus die Demo auseinanderzutreiben, womit die Situation gewaltsam eskalierte. Notwendig wäre es unserer Meinung nach gewesen, daß sich mehr Menschen auf einen offensiven und gewaltfreien Schutz der Demo vorbereiten. Hätten sich die Tausenden, die zu dem Zeitpunkt bereits am Gelände waren, mit an der Blockade des vorrückenden Wasserwerfers beteiligt, dann hätte eine reale Chance bestanden, die Situation

vor Ort und politisch erst recht zu unseren Gunsten zu entscheiden.

Ergebnis unserer Auswertung ist, daß unsere Fähigkeit zur Kommunikation und Entscheidung während der Aktion der Größe der Gruppe gerade angemessen war, es aber bei mehr Teilnehmern sicherlich erhebliche Probleme gegeben hätte. Die Konsequenz ist, daß die meisten der Blockierer weiterarbeiten wollen, um zukünftige Aktionen besser vorbereitet durchführen zu können. Bisher vier Bezugsgruppen haben sich als Netzwerk Gewaltfreier Aktionsgruppen zusammengeschlossen. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen gefestigt werden. Ein erster Schritt ist die Initiierung eines Anti-AKW-Plenums in Zusammenarbeit mit den Wendlandgruppen. Notwendig finden wir auch, daß AKW-Inis und Friedensinis zusammenkommen und die Chance genutzt wird, eine jeweilige Ein-Punkt-Borniertheit zu überwinden.

Und wie geht es weiter?

In der Diskussion sind bisher bei uns folgende Vorschläge:

- regelmäßige Aktionstage in Hamburg mit Besuchen, Blockaden, Besetzungen bei Firmen, Betreibern und politischen Stellen,
  - Strobo- und Giro-blau-Kampagnen,
  - Großaktion zum Herbst mit Blockade einer oder mehrerer AKW-Standorte (Stade).
- Wichtig finden wir, daß die verschiedenen Aktionen und Ansätze nicht getrennt nebeneinander stehen, sondern in einer Kampagne gegen das Energieversorgungssystem (AKWs und Waldsterben) sich gegenseitig ergänzen und stärken.

Kontakt: Redaktion Graswurzelrevolution, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/390 92 22

J.St.







Auf der Kreuzung bei Kleve, rund 20 km vor dem AKW, wird die erste Sperre der Polizei gemeldet: Sie bestehe aus wenigen dort postierten Polizeibeamten. In der Beratung der Demonstrationskoordination wird entschieden, an die Sperre vorzufahren. In den Absprachen vor der Demonstration ist festgelegt worden, daß sich dann Demonstrant/inn/en aus den vorderen Fahrzeugen und anderen an der Demonstration beteiligten Gruppen vor der Sperre versammeln, ein gemeinsames Vorgehen beschließen und durchführen sollen, um eine Weiterfahrt zu erreichen.

Die Polizei hat nach der Aktion als ihre Konzeption öffentlich gemacht, keine Materialsperren im weiten Umkreis des AKW aufzubauen, damit die Sperren nicht lange vorher erkennbar seien, um die Demonstrant/inn/en nicht zum Rückfahren in die Städte zu veranlassen.

In Kleve war ein Trupp Polizei beim Gut Krummensiek einquartiert worden, seit 11 Uhr morgens besetzt ein Trupp Polizei die Kreuzung bei Kleve „zur Verkehrskontrolle“. Vorher haben aus Richtung Norden Anreisende die Straße passieren können. Erst bei Eintreffen des Konvois stürmen die letzten Polizisten aus der Eckkneipe auf die Straße. Um 12.10 Uhr erhält der Polizeitrupp die Anweisung, den Hamburger Konvoi bis zum Eintreffen polizeilicher Verstärkung dort aufzuhalten. Bei Eintreffen des Konvois treffen die ersten Verstärkungen von niedersächsischen Polizeibeamten per Hubschrauber ein. Insgesamt werden später mit 18 Hubschraubern niedersächsische und SEK-Beamte herangeführt, ein weiterer Polizeizug kommt aus Richtung St. Margarethen.

Zu Beginn des Konfliktes, um 12.17 Uhr, gibt der mitfilmende Polizeihubschrauber an das Lagezentrum und an die Journalisten die Meldung heraus, daß die Demonstranten eine Maschinenpistole geklaut haben und ein Beamter schwer verletzt worden sei. dpa schickt ganz brav diese Falschmeldung über den Ticker in die Nachrichten.

An der Sperre, an die der Konvoi zweispurig herangefahren ist, kommt es erst gar nicht zu der großen Versammlung der Demonstranten, sondern gleich zur ersten Konfrontation. Dabei werden von der Polizei beim ersten Fahrzeug die Scheiben eingeschlagen, die Polizisten werden von den Demonstrant/inn/en dort mit Knütteln vertrieben. In sicherem Abstand von den Demonstrant/inn/en, am hinteren Teil der Kreuzung, postiert sich eine Polizeikette, die vereinzelt mit Steinen und Leuchtkörpern beworfen wird. Als genügend Verstärkung eingetroffen ist, rückt die Polizei mit Trupps hintereinander knüppelnd gegen einen Hagel von Steinwürfen etc. vor. Ein wild aufgeheizter randalierender Polizeihaufen schlägt sich dann anschließend über einen Kilometer lang durch Demonstrant/inn/en und Autos.

Die Demonstrant/inn/en hätten eine Maschinenpistole der Polizei in ihren Reihen, sie hätten einen Polizisten in Brand gesteckt und zwanzig Beamte schwerverletzt, das konnte man später immer wieder von den Bullen zur „Begründung“ ihres Vorgehens hören. Es sei für die Beamten „um Leben und Tod“ gegangen, erklärte später der Polizeieinsatzleiter im Fernsehen. Die Beamten hätten sich dabei ausgesprochen besonnen verhalten, selbst ein möglicher Schußwaffengebrauch wäre angemessen gewesen.

Im vorderen Teil des Zuges werden bei jedem Auto die Scheiben demoliert und ein oder auch alle vier Reifen zerstochen. Was der erste Trupp übrig gelassen hat, erledigt der nachrückende Trupp oder das SEK, das mit aufgesetzten Gasmasken anrückt. Nur ein mitfahrendes Taxi bleibt dort unversehrt, weiter hinten wird schon mal eine Reihe von Fahrzeugen verschont. Insgesamt rund 100 Fahrzeuge sind auf diese Weise bearbeitet worden, darunter auch zwei Fahrzeuge auf dem Parkplatz vor der Kneipe, die gar nicht zum Konvoi gehören. Auch Sanifahrzeuge werden demoliert. Beim Sanibus schlägt ein Beamter die Heckscheibe mit der Maschinenpistole ein, obwohl sich darin Verletzte befinden.



den. Die ganze Sanigruppe wird erst einmal abgeführt. Über hundert Verletzte und Schwerverletzte sind die Folge, die Polizei schlägt brutal auf Flüchtende ein, auf den Feldern hinter der kleinen Ortschaft wird Hasenjagd gemacht. Über die Hälfte der rund fünfzig dort Festgenommen ist schwerverletzt. Später sind im Fernsehen Bilder zu sehen, wie ein Betriebsratsmitglied von Gruner + Jahr ohne jede Gegenwehr abgeführt wird, wobei sich immer wieder neue Beamten knüppelnd auf ihn stürzen, er zu Boden geht, aber auf ihn eingeschlagen wird. Festgenommene werden über die Fahrbahn geschleift, während andere Beamte auf sie einknuppeln. Einer Demonstrantin werden kopfüber hängend die Kleider heruntergerissen, ein halbes Dutzend schlägt drauf. Einzelne, die sich in Fahrzeuge geflüchtet hatten, werden herausgezerrt und anschließend zusammengeschlagen. Als später auf einer Bahre eine Schwerverletzte vorbegetragen wird, möchten viele Bullen am liebsten immer noch einmal draufhauen. Übereinstimmend berichten die dort Gewesenen, daß man um sein Leben gefürchtet hat. Es gibt überhaupt nur wenige Ausnahmen, wo dort nicht bei Festnahmen drauflos geschlagen worden ist. Die Polizei, die während des Vorrückens aus den hinteren Reihen weiter beworfen wird, gibt an, daß bei dieser Aktion sieben Polizisten schwerverletzt worden seien. Einer davon wollte allerdings im Übereifer unbedingt durch den Jägerzaun des Bürgermeisters durchrennen, um dort noch eine Demonstrantin festnehmen zu können, wobei der Zaun und er selbst zu Bruch gingen.

Unmittelbar hinter dem Ort bleiben auf dem „Schlachtfeld“ zwei ausgebrannte Fahrzeuge liegen. Deutlich sichtbar auf dem Dokumentationsfilm der Polizei hat es ursprünglich hinter dem Fahrzeug gebrannt, einzelne Demonstranten werden daran gehindert, mit dem Löschen zu beginnen. Die alarmierte Feuerwehr, die ganz nebenbei auf dem Gut stationiert ist, erscheint

erst nach 10 Minuten, sie stellt es ihren Leuten frei, ob sie löschen wollen. Die Polizei, die sich dahinter mit Gasmasken versammelt und mit einer Pepperfog dort Chemical Mace versprüht, obwohl die Demonstranten längst geflüchtet sind, rät anfangs vom Löschen ab. So



kann sich der Brand in den Fahrzeugen ausbreiten und „erstaunlicherweise“ auch um die Fahrzeuge, wo ein kleiner Flächenbrand zu beobachten ist und wo es anschließend mörderisch nach Benzin stinkt. Als die Feuerwehrleute ein Übergreifen des Brandes auf das nächste Reetdach nicht mehr ausschließen können, wird schließlich der Brand gelöscht. Im vorderen Teil haben längst ein gemischter Trupp und ein Videoteam der Polizei mit den Ermittlungen und Durchsuchungen der Fahrzeuge begonnen, es werden viele Fahrzeuge, ihre verklebten Nummernschilder und das Abkleben durch die Polizei gefilmt. Utensilien aus den Fahrzeugen werden in Plastikbeuteln eingesammelt. Anschließend filmt das Videoteam die dann erst beginnenden Löscharbeiten.



Inzwischen ist die Randal-Truppe der Polizei vor den ersten Bussen zum Stehen gekommen, und die Lage beginnt sich zu beruhigen, als sich gerade die

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG  
BEHÖRDE FÜR INNERES  
POLIZEI

Den 1986

Dienststelle \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_

Ar \_\_\_\_\_ **Polizeirevier**  
2000 Hamburg

G

Betreff: Vorfall vom 7.6.86

Sehr geehrte:

Bei der Polizei Hamburg werden zur Zeit gegen Sie / Ihren Sohn / Ihre Tochter \_\_\_\_\_ wegen Kennzeichenmißbrauch (Kennzeichen verdeckt!!) Ermittlungen geführt.

Sie / Ihr Sohn / Ihre Tochter haben/hat auf Grund der Bestimmungen des § 163a Strafprozeßordnung das Recht, zu den Beschuldigungen Stellung zu nehmen. Dabei soll Ihnen/Ihrem Sohn/Ihrer Tochter Gelegenheit gegeben werden, die vorliegenden Verdachtsgründe zu belegen, entlastende Tatsachen vorzubringen und ggf. deren polizeiliche Sicherung zu beantragen.

Aus diesem Grunde werden Sie gebeten, am bis zum .86 um \_\_\_\_\_ Uhr mit Ihrem Sohn \_\_\_\_\_ mit Ihrer Tochter \_\_\_\_\_ mit diesem Schreiben und Ausweispapieren Führerschein bei der Dienststelle Hamburg Polizei vorzusprechen.

Sollte Ihnen der Termin zeitlich nicht zusagen, werden Sie gebeten, sich mit der angegebenen Dienststelle fernmündlich in Verbindung zu setzen.

Im Fall eines unentschiedenen Ausbleibens zu dem angegebenen Termin müssen Sie mit einer Ladung zur Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft rechnen. Die Staatsanwaltschaft kann ggf. Ihre zwangsweise polizeiliche Vernehmung anordnen. Sie werden im übrigen darauf hingewiesen, daß Ihnen das Recht zu Anhörung nur einmal gewährt zu werden braucht und kein Anspruch darauf besteht, nur durch den Staatsanwalt oder den Richter vernommen zu werden.

Hochachtungsvoll

Polizei

Demonstrant/inn/en vereinbarungsgemäß in Richtung Sperre in Bewegung setzen wollten. Bei den Bussen wird von den Bullen noch eine Durchsuchung verlangt, die aber verweigert wird. Nach längerem Chaos und Verhandlungen mit der Polizei beginnt diese mit dem Rückmarsch, zwei Trupps ziehen sich zum Gut Krummensiek zurück, der Rest bewacht wieder die Kreuzung. Zahlreiche Demonstrant/inn/en, auch aus den Bussen, gehen gemeinsam nach vorn und sehen dort das „Schlachtfeld“. Jedem ist klar, die Demonstration ist hier mit brutaler Gewalt beendet worden. Die Autos sollen beseite gerückt werden, damit die Busse nach vorne ziehen können, viele Autoinsassen dort sind kaum zu beruhigen, weil sie befürchten, daß die Busse ohne sie abfahren. An der Sperre wird von der Polizei freier Abzug gefordert, die allerdings lange Zeit nicht auf eine Kontrolle aller Fahrzeuge verzichten will. Im hinteren Teil beginnen die Reparaturarbeiten, kaputte Scheiben werden verklebt, es werden per Mund zu Mund und Lautsprecher Ersatzreifen gesucht und eine erste Sammlung durchgeführt. Die demolierten Fahrzeuge sollen in die Mitte genommen werden. Es kommen erste Meldungen, daß im hinteren Teil des über Kilometer langen Zuges zahlreiche Fahrzeuge und Busse schon abgedreht sind, es wird eilig, wenn vorne der Trupp nicht allzu klein und schutzlos werden soll. Nachdem die Polizei freie Abfahrt zugesichert und die Kreuzung frei gemacht hat, nachdem bis auf wenige Ausnahmen die Fahrzeuge instand gesetzt worden sind, beginnt die Abfahrt im Konvoi Richtung Norden nach Hamburg. In den Bussen und über Lautsprecher wird dazu aufgefordert, sich am nächsten Tag um 12 Uhr auf dem Heiligengeistfeld zu versammeln, aus Protest, weil niemand aus dem Hamburger Konvoi bis zum AKW in Brokdorf und nicht einmal in die Nähe davon gelangen konnte.



## Bericht von Walter Hasselbring Betriebsrat bei Grunar + Jahr

Am Morgen des 7.6.1986 verließen wir, d.h. eine kleine Gruppe von sechs Personen, drei Frauen und drei Männer, je drei in einem Auto, den Sammlungsort Heiligengeistfeld in Richtung Brokdorf. Es war 7.15 Uhr. Wir befanden uns am Ende des ersten Drittels des PKW-Konvois.

Im Verlauf der Fahrt wechselte unsere Position innerhalb des Konvois ständig, entweder durch verkehrstechnische Situationen oder aber, weil nach einigen Kilometern in Zweierreihen gefahren wurde und weil oft Fahrzeuge ausscherten und anhielten.

Daß wir sehr weit vorne sein mußten, bemerkten wir erst etwa 4 Kilometer vor Kleve, als wir den Lautsprecherwagen, der den Konvoi anführte, in einer langgezogenen Kurve vor uns sahen.

Wir beschlossen, uns langsam zurückfallen zu lassen, weil wir etwaigen Auseinandersetzungen in jedem Fall aus dem Wege gehen wollten.

Zeit genug schien noch zu sein, schließlich war Brokdorf noch weit entfernt und der NDR meldete ständig, Polizeikontrollen befanden sich etwa zwei Kilometer vor Brokdorf.

Einige hundert Meter vor der Ortschaft Kleve hielt der Konvoi plötzlich. Wir stiegen aus dem Auto, um uns die Beine zu vertreten und zu sehen, was los ist. Recht undeutlich vernehmen wir vom Lautsprecherwagen, daß es in Kleve eine Polizeisperre gäbe. Ein Kradmelder habe etwa 20 Beamte gesehen. Alle PKW wurden aufgefordert, einen Sprecher zum Lautsprecherwagen zu schicken, um die Situation zu beraten.

Diese Aufforderung drang gerade noch bis zu uns durch, so daß die Nachfolgenden kaum noch Informationen über die Situation hatten.

Am Lautsprecherwagen wurde beschlossen, langsam an die Polizeisperre heranzufahren, um vorort durch Gespräche und Verhandlungen die Weiterfahrt nach Brokdorf zu erreichen. Bei einem derart geringen Polizeiaufgebot rechnete auch niemand mit Schwierigkeiten. Gleichzeitig war allerdings bekannt, daß zwei weitere Kradfahrer von der Polizei festgehalten wurden. Wir fuhren weiter, und nach wenigen Metern stoppte der Konvoi erneut. Meine Begleiter stiegen wie die mei-



sten anderen aus, um zu sehen, was geschah. Ich selbst blieb im Auto, weil es eine Absprache gab, daß jedes Fahrzeug mit einer Person besetzt sein sollte, um es be-



weglich zu halten. Von unserem Standpunkt konnten wir die Polizeisperre nicht einsehen, weil sie sich hinter einer scharfen Kurve befand (an einer Kreuzung, wie ich später feststellte). Ich war noch nicht fertig damit, mir eine Zigarette zu drehen, als die ersten Demonstranten an unserem Auto vorbei zurückkrannten. Sekunden später kamen meine Begleiter. Sie klopfen auf das Autodach und schrien: „Komm raus, sie kommen.“

Im selben Moment sehe ich die ersten weißen Helme, 20 oder 30 Meter vor mir. Ich blieb im Auto. „Das ist das sicherste, ich muß drinnen bleiben, dann passiert mir nichts“, denke ich. Einzelne Polizisten kommen am Auto vorbei, verfolgen Flüchtende und schlagen mit ihren langen Holzknüppeln im Vorbeilaufen auf die Motorhaube. Ich sehe andere Polizisten, die bei den vorn stehenden Autos Scheiben zertrümmern. Ich schaue zurück und sehe, wie ein Polizist einen Gegenstand in einen etwa 4 Wagen hinter mir stehenden VW-Bus wirft, der daraufhin anfängt zu brennen. „Ich muß raus aus dem Auto“ ist jetzt mein Gedanke. Ich gerate in Panik, versuche die Autotür zu öffnen. Doch die flüchtenden Demonstranten machen mir das zunächst unmöglich. Schließlich gelingt es mir auszusteigen. Doch es ist zu spät. Sofort werde ich von hinten gepackt, von zwei Polizisten wohl, und bekomme mit einem Knüppel einen Schlag in die Rippengegend. „Ich habe nichts gemacht, ich habe nichts gemacht“, rufe ich, hebe die Hände hoch und hoffe, daß sie mich festnehmen und nicht mehr schlagen. Das passiert aber nicht. Ich werde weiter geschlagen, und zwar von vorbeirennenden Polizisten. Zu jedem Hieb gibt es auch einen Spruch: „Du langhaarige Sau, du Schwein, du Terrorist.“ Sie treffen mich überall, in die Rippen, auf die Schultern, auf die Arme und auf die Beine.

Ich sehe, wie andere Polizisten die Autos demolieren, auf Scheiben, Scheinwerfer und Kotflügel mit Knüppeln einschlagen. Ich werde immer noch nicht verhaftet oder in Gewahrsam genommen, sondern weitergereicht.



Neue Schläge mit Knüppeln auf den Rücken, auf die Beine, auch Fußtritte. Ich sehe, wie links und rechts von den Autos jeweils ein Polizist die Reifen zersticht. Vor diesem Polizisten zwei andere, die sie mit Schildern decken. Jetzt sind es allmählich weniger Polizisten, die mir entgegenkommen und auf mich einprügeln, plötzlich ein Schlag von hinten auf den Kopf. Mein Schädel scheint sich in zwei Teile zu spalten, meine Knie werden weich, ich falle hin. Mir wird schwindelig, und ich höre „verreck doch du Sau“.

Sie heben mich wieder auf und schleppen mich zu ihren Autos. Ich werde an einen VW-Bus gestellt, Beine breit, Arme ans Dach. Schnell noch ein Griff in die Genitalien, endlich darf ich mich hinsetzen, auf die Straße. Ich weiß nicht, wo das ganze Blut herkommt, aber es ist da, überall. Ich habe das Gefühl, jetzt bist du durch. Ich lasse alles mit mir machen. Ich gebe meine Personalien an. Dabei hatten die längst die Jacke gefilzt und den Personalausweis gefunden. Ich sitze vor dem VW-Bus und bin froh, am Leben zu sein. Plötzlich sehe ich 5 oder 6 Meter neben mir einen Demonstranten, etwa 18 bis 20 Jahre, und einen Polizisten. Der Demonstrant sagt etwas zu dem Polizisten, was ich nicht verstehen kann. Im selben Moment liegt der Demonstrant durch irgendeinen Ramboangriff schon auf dem Bauch. Mindestens 5 Minuten lang hat der Polizist alle Griffe an diesem Jungen ausgeführt, die irgendwelche Schmerzen hervorriefen. Ich konnte es schließlich nicht mehr mit ansehen und auch nicht mehr mitanhören.

Schließlich kommt der Polizeiarzt und legt mir an Ort und Stelle einen Kopfnotverband an. Ich soll aufstehen und mit ihm zum Krankenwagen gehen. Ich gehe hinter ihm her zu einem VW-Bus, der schon voll ist mit verletzten Demonstranten, sodaß ich keinen Platz mehr finde. Zusammen mit einem anderen verletzten Demonstranten aus Berlin, etwa 17 Jahre, mit einer Kopfverletzung und einer schweren Handverletzung (ein Polizist hatte ihn auf die Hand getreten und dabei war ihm von einer auf dem Boden liegenden Glasscherbe ein Finger zerschnitten worden), werde ich in einen VW-Passat-Kombi gebracht. Mit diesem Wagen fahren wir hinter dem VW-Bus her ins Krankenhaus Itzehoe. Es ist etwa 13.15 Uhr.. Im Krankenhaus bricht der Junge zusammen.

Ich werde geröntgt. Kopf, Rippen und linkes Bein. Die Wunde am Kopf wird mit 6 Stichen genäht.

Von einer Krankenschwester erhalte ich eine Telefonnummer in Itzehoe, die ich anrufe. Ich werde von einem jungen Mann mit dem Auto abgeholt und zum Bioladen in Itzehoe gefahren. Dort halten sich mehrere Anwälte auf. Von dort werde ich weiter zum Verkehrsausschuß gefahren. Mit mir zusammen warten noch andere Verletzte. Eine Frau reinigt notdürftig mein blutverklebtes Haar. Dabei entdeckt sie eine weitere kleine Wunde am Kopf, die im Krankenhaus nicht entdeckt worden war.



Unter den Verletzten beim Verkehrsausschuß befindet sich auch eine Frau, deren Schultergelenk und Ellenbogen gebrochen sind. Ich warte im Verkehrsausschuß etwa bis 19.00 Uhr und werde dann zum Bahnhof Itzehoe gefahren, wo ich mit dem Zug nach Hause fahre. Seit Montag, den 8. Juni bin ich in ärztlicher Behandlung wegen der beiden Kopfverletzungen und der Prellungen und Blutergüssen an Armen und Beinen und Rippen. In den ersten Tagen nach der Demonstration hatte ich bei jeder Bewegung Schmerzen. Jetzt sind die Schmerzen in den Rippen noch stark beim Aufstehen und Hinsetzen. Außerdem habe ich Schmerzen an den Stellen, wo Arme und Beine geprellt sind.



## Betroffenenberichte



Ca. 16.00 Uhr wurde dann vom Einsatzleiter der Befehl gegeben, daß sich das Rambovolk zurückzieht. Damit begann der 1 km-Marsch des Entsetzens. Am Anfang wunderte man sich über vereinzelt zersplitterte Windschutzscheiben und umgefallene Motorräder mit zerbeultem Tank. Dann aber mehrten sich die Tatsachen: total kaputte Sani-Busse, ausgeräumte, von innen verwüstete PKW, aufgestochene Reifen, auf den PKW-Dächern liegenden Schläuche, im Sand liegende Butterbrote, Autos ohne Scheiben, ausgetrennte Scheinwerfer, herausgerissene Lautsprecher und Radios, zerstreute und zerfetzte Kleidungsstücke etc. Je näher man der Kreuzung kam, desto mehr verstärkte sich das Bild der Vernichtung. Der erste ausgebrannte PKW tauchte auf.



Da mein Wagen ziemlich weit vorn stand, schnürte sich meine Kehle von Schritt zu Schritt weiter zu. War mein Wagen der andere ausgebrannte, wieviel Scheiben waren noch in Ordnung, wieviel Reifen sind platt? Sie haben mich mit einer kaputten Windschutzscheibe und einer abgetretenen Nummernschildbeleuchtung „verschont“. Dafür aber ihren Haß in anderer Form auslassen, indem sie 3 Liter Flüssigseife über alle Klamotten und Sitze gossen, die Heckklappe öffneten, den Inhalt des Kofferraums auf die Straße schmissen oder auch mitnahmen, wie z.B. eine Tasche mit Wasser und anderen persönlichen Dingen, hinter das Auto meinen Ersatzbenzinkanister stellten, seinen Inhalt hinter das Auto gossen. (...)



Die an dem Konvoi teilnehmenden Gruppen hatten vereinbart, daß sie sich und die Autos nicht durchsuchen lassen wollten und von der Polizei errichtete Sperren, wenn möglich, überwinden wollten. Sie wollten die vom Verkehrsausschuß für den Hamburger Konvoi festgelegte Route fahren. (...) Um ca. 12.00 Uhr tauchte in Kleve eine Polizeisperre auf, die als überwindbar betrachtet wurde. Es wurde bis an die Sperre herangefahren. (...) Nach kurzer Zeit kam die Meldung, daß wir es nicht schaffen würden, die Sperre zu überwinden, weil die Polizei sehr schnell „Nachschub“ herbeigeschafft hatte. Immer mehr Hundertschaften rückten nach. Plötzlich wurde ein schwer am Kopf getroffener Mann blutüberströmt von einem Demonstranten zum Sanibus gebracht, der auf unserer Höhe in der zweiten Reihe stand. Ich hatte selbst eine Sanitasche dabei. Der Verletzte gab an, er wäre von einem Polizisten mit Holzknüppel am Kopf getroffen worden. Er wurde von den Demosanis versorgt. Ich ging zurück zu unserem Auto, setzte mich hinein und überprüfte nochmal kurz meine Sanitasche. Plötzlich kamen die Demonstranten panikartig teils innerhalb der Autoschlängen, teils außerhalb, von der Sperre zurückgelaufen. Ich konnte den Wagen wegen des Gedrängels nicht mehr verlassen und war im Nu von Holzknüppel schwingenden Polizeibeamten umringt. Die Polizisten schlugen wahllos gezielt auf Fensterscheiben, Karosserie, Scheinwerfer der vor dem Auto, in dem ich saß, befindlichen Fahrzeuge ein, zerstachen Reifen, und einer von ihnen schlug die Heckscheibe unseres Autos ein. (...) Kurz danach nahm mich einer der Beamten, ein großer Mann mit Schild und langem Holzknüppel und Messer am Unterschenkel, allein „in Gewahrsam“, packte mich an meiner Jacke hinten im Genick und am Oberarm und stieß mich vor sich her in Richtung Sperre. Die ganze Zeit stieß er Flüche aus wie „Wir werden es euch schon zeigen, ihr Verbrecher, ihr Gesocks. Mit uns macht ihr das nicht, ihr Säue.“ Die mir entgegenkommenden, nachströmenden Polizisten schlugen gezielt auf mich ein. „Du Fotze, du Schlampe, du Sau“, hörte ich oft. Einer schlug mir mit voller Wucht auf den Oberarm, einer unter mein Kinn, der nächste stieß mir seinen Holzknüppel in den Bauch, ein anderer schlug mir gegen die Beine. (...) Ich hatte meine Sanitasche dabei und wollte zu einem Demonstranten, der scheinbar bewußtlos dalag. Der Beamte hielt mich unter erneuten Flüchen fest. (...) So wurden wir nach Wilster gekarrt, wo in einer Schule gleichzeitig die Einsatzzentrale war. Auf einem großen Korridor wurden wir gezwungen, uns auf den Bauch, Gesicht zur Wand, auf den kalten Steinfußboden zu legen. Ein Gefangener mit Kopfverletzung sollte sich zur Leibesvisitation an die Wand stellen, Gesicht zur Wand und die Hände ins Genick legen. Er konnte die Arme nicht heben, weil er, wie er sagte, am Schultergürtel durch Schläge der Polizei erheblich verletzt sei. Da wurde von den Beamten mit Schlagstöcken „nachgeholfen“. Sie schlugen ihn unter die Oberarme. Der verletzte Gefangene schrie vor Schmerzen. Wir protesierten lautstark. (...) Wir wurden alle ED-behandelt. Einer Frau, die sich geweigert hatte, hatten mehrere Beamte fast die Finger gebrochen beim Abnehmen der Fingerabdrücke. Sie kam mit blauen, verschwollenen Fingern zurück, von denen einige auch bluteten. Sie war zum Fotografieren im Würgegriff festgehalten worden. (...)



Ich versuche, die Verletzte in einem Bus in Sicherheit zu bringen, mit der Befürchtung, daß sie gleich schocken kann. Es gelingt, während die erste Horde Bullen die Demonstranten prügelnd durch die Autoreihen treibt, dabei auch viele Scheiben zerhaut, Leute aus den Autos zieht, die noch drin sitzen geblieben sind. Dabei gehen sie wie Bestien gegen alles vor, was im Wege ist. Weit ausholend dreschen sie in Scheiben, auch wenn noch vereinzelt Menschen in den Autos sitzen. Das Glas splittert nach allen Seiten. Die Menschen werden herausgezerrt, aber nicht festgenommen, sondern unter Hieben den anderen Demonstranten hinterhergetrieben, obwohl sie ganz unbeteiligt im Auto saßen. Vorher wurden ihnen die Zündschlüssel weggenommen (und zwei Mal in die Gegend geschleudert). Leute schreien und bluten, schützen mit den Händen den Kopf gegen die Schläge. Festgenommene werden beim Abführen brutal geprügelt. Einer kommt uns entgegen, der von 3 Bullen auf den Boden entlanggeschleift und dabei geschlagen wird. Dies alles ereignete sich auf dem kurzen Fußweg vom Klever Hof zum Ortsausgang. (...) Inzwischen kam ein weiterer Trupp Bullen, der noch gezielter bis dahin heil Gebliebenes an den Autos zertrümmerte, sich auch an Verteilerdeckeln, Benzinschläuchen von Motorrädern und Reifen zu schaffen machte. Inzwischen waren die Demonstranten schon weiter weggetrieben, außer denen, die in Richtung Sperre abgeführt oder weggeschleift wurden. (...) Ich sehe, wie ca. 6 Bullen (hauptsächlich in grauen Kampfanzügen, vielleicht 3 davon mit irgendwelchen schwarzen Kästen in der Hand) um und hinter einem beigen VW-Bus zusammenstehen. (...) Während dieses Weges bis zum Klever Hof sieht man die entsetzlich zugerichteten Autos, noch vereinzelt Bullen, die durch die kaputten Scheiben Gepäck und Anderes zerwühlen und auf die Straße schleudern. Manche machen sich an den Motoren zu schaffen. Als wir zum Klever Hof kommen, kommt uns ein neuer Trupp Bullen entgegen, diesmal mit Gasmasken und „Pepper-Fog“ ausgerüstet. Sie stürmen auf den Konvoi zu, aber ich kann nicht sehen, was sie machen.



(...) Ich fahre in dem Hamburger Konvoi Richtung Brokdorf.

12.00 Ich fahre ziemlich an der Spitze des Konvois.

12.10 Ich höre Bruchstücke des Polizeifunks mit. Der ungefähre Wortlaut war: „Es handelt sich um eine Konvoi mit 30 PKW und 50 Omnibussen. ... eine Einschüchterung der Demonstranten ...“ — „Aber was nützt es, wenn der Konvoi gestoppt ist, dann sind ja immer noch die ganzen Menschen, was dann?“ — „Massive Unterstützung wird nachgezogen.“

12.30 Ich gucke das erste Mal wieder auf die Uhr. Ich lasse mir die Dienstnummer der uns bewachenden Typen geben: 7718 und 0139. Auf Nachfrage verweigern sie die Angabe der Einheit.





Ich gehöre zu denjenigen, die ziemlich zu Anfang in Kleve festgenommen worden sind. Zusammen mit 36 anderen Gefangenen versuchte die Polizei uns zunächst nach Itzehoe in den Knast zu deportieren; ihr Vorhaben scheiterte jedoch daran, daß ein entgegenkommender Demonstranten-Konvoi die Straße versperrte. Die Wannen waren zur Umkehr gezwungen und fuhren nun Richtung Wilster.

In Wilster wurden wir, nach einer nochmaligen Durchsuchung nach Geschlecht getrennt in Klassenzimmer gesperrt. Von hier aus ging es einzeln zum Verhör und der bekannten ED-Behandlung. Schließlich trafen wir uns in einem anderen Klassenzimmer wieder. 35 Leuten von uns wurde gesagt, daß gegen sie ein Verfahren wegen Landfriedensbruch, bzw. schwerem Landfriedensbruch eingeleitet wird. Um 22 Uhr wurden wir schließlich entlassen.

Bei meiner Verhaftung wurde ich zu Boden gestoßen und mit Knüppeln und Fußtritten traktiert. Diverse Durchsuchungen, die Beförderung von einem Ort zum anderen verliefen so, daß es zusätzlich zu blauen Flecken und auch zerfetzten Öljacken kam. Die Atmosphäre war gespannt und voller Aggressivität. Die Schule in Wilster war anlässlich der Brokdorf-Demo zu einem Mehrzweckbau geworden: was für die Schüler eine Befreiung vom Unterricht bedeutete, war für Polizei intensiver Einsatz. Neben der Beherbergung der Einsatzleitung fungierte die Schule an diesem Tag auch als Knast. Unser Empfangskomitee dort begrüßte uns mit gezogenem Knüttel. Das geringste Zögern bei der Ausführung polizeilicher Anordnungen löste unmittelbar deren gewalttätige Reaktion aus. So wurden, beispielsweise Leuten die zur Durchsuchung auf dem Boden liegen mußten auf die Hände getreten.

Unser zwangsweiser Aufenthalt in der Klassenzimmer-Massen-Zelle wurde von einem knüttelbewaffneten Bullen durch die offene Tür beobachtet. Wir sollten auf dem Boden sitzen und uns nicht bewegen. Eine Anweisung, die kaum erklärbar sein dürfte, zumal 1/3 der Leute von uns verletzt war, von daher freie Bewegungsmöglichkeit einige Erleichterung bedeutet hätte. Stattdessen wurde jedes Zuwiderhandeln unsererseits durch schreiendes Schnauzen unterbunden.

Anfänglich war unsere Stimmung trotzdem recht gut. Wir erzählten uns vom Verlauf der Abfahrt, den Festnahmen und tauschten Erfahrungen aus dem Widerstand aus. Doch nach und nach ging uns der Stoff aus, die unangenehme Situation zu überspielen. Das Bedrohliche und Ungewisse unserer Situation schlich sich langsam ein. Wir wurden zunehmend bedrückt.

Da hörten wir von draußen: „1, 2, 3, laßt die Gefangenen frei“. Der Platz vor der Schule war voll mit Kindern. Ihre Solidarität kam bei uns total gut an. Sogar die Schwerverletzten standen am Fenster und winkten den Eltern- und Kinderinis zu. Die Polizei war ziemlich verwirrt, 10 von ihnen rannten vor die Schule und postierten sich mit Kampfanzug, Schild, Knüttel und MP vor die Kinder. Aber auch nachdem die Kinder wieder abgezogen waren blieb die Stimmung gut und draußen warteten schon die PKWs, die uns nach Hamburg bringen wollten.



1. Ich kann die Möglichkeit nicht ausschließen, daß sich hier Gewalttäter zwischen den Demonstranten befanden.

2. Daß sich diese Gewalttäter aber gegenseitig die Wagen demolieren und zerstrümmern, erscheint mir nicht vorstellbar.

3. Wenn die Polizei Maßnahmen zur Festnahme ergreift, so doch nach meiner Vorstellung und der rechtsgültigen Auffassung und der Art, daß sie die gewalttätigen Personen dingfest macht, nicht aber deren Sachen, in diesem Falle Autos, zerschlägt und auch noch mit Fahrzeugen der anderen, friedlichen Teilnehmer genauso übel verfährt. Denn woher ist ersichtlich, daß genau diese 100 oder 90 Fahrzeuge bis zu einer willkürlich gezogenen Linie mit Gewalttätern besetzt waren, und zwar durchgehend?



Am 7.6. nahm ich mit dem Motorrad an dem Konvoi teil. Ich fuhr ca. 300 m hinter der Demo-Spitze, als der Zug an der Polizeisperre in Kleve zum Halten kam. Ich blieb bei meinem Motorrad. Als ich bemerkte, daß eine Polizeikette auf der Straße und den Feldern beiderseits der Straße vorrückte und dabei auf Demonstrationsteilnehmer einschlug, wendete ich das Motorrad und versuchte zurückzufahren. Da die Straße aber sehr eng war, konnte ich nicht durchkommen und blieb zunächst auf der Maschine sitzen bzw. stand über der Maschine. Mittlerweile rückte die Polizeikette vor. Hinter mir — d.h. hinter der Maschine — standen noch 3 bis 5 Leute, als ich schräg von hinten, noch auf der Maschine sitzend, von zwei Polizisten mit dem Knüttel geschlagen wurde.



Polizeiterror gegen AKW-Gegner/innen

## 800 Menschen einen Tag eingekesselt

Nachdem am Sonnabend die Mehrheit der Hamburger Brokdorffahrer von der Polizei schon auf der Hinfahrt blockiert worden war, sollte am Sonntag eine spontan angesetzte Protestdemonstration gegen diese Einschränkung des Demonstrationsrechtes stattfinden. Sammelpunkt war an der Feldstraße/Heiligengeistfeld, ab 12 Uhr.

Als sich gerade einige hundert Demonstranten eingefunden hatten, zogen plötzlich von drei Seiten Polizeiketten auf und schlossen innerhalb von fünf Minuten einen dichten Einkreisungsring um rund 800 Menschen, die am Fuß des Bunkers an der Feldstraße standen. Ohne eine einzige Aufforderung, die Versammlung aufzulösen, wurde der Kessel geschlossen, den Festgesetzten wurde trotz Nachfrage nicht begründet, weshalb sie festgehalten wurden. Eine Betroffene beschreibt die Verwirrung zu diesem Zeitpunkt folgendermaßen (sozusagen stellvertretend für alle anderen soll sie hier zu Wort kommen): „Ich war völlig verwirrt und konnte das alles nicht fassen, weil wir ja überhaupt nichts gemacht hatten, wir standen ja grade mal 10 Minuten versammelt.“

Laut Innensenator Lange waren die Eingeschlossenen „Gewalttäter“, „polizeibekannte Sympathisanten der RAF“, „Leute aus der Hafenstraße und sogenannte Autonome“. In Wirklichkeit handelte es sich um einen völlig wahllos herausgegriffenen Querschnitt durch die politische Landschaft, überwiegend aus dem „gemäßigten“ Spektrum — nichts anderes als ein kleines Abbild der Brokdorffahrer vom Vortag. Die nachgeschobene Begründung, von den Eingeschlossenen seien Gewalttaten ausgegangen, ist eindeutig unwahr. Es gab am Sammelplatz der Demonstranten (Heiligengeistfeld)

auch rein gar nichts, gegen das Gewalt sich hätte richten können. Fast alle Augenzeugen betonten ausdrücklich, daß es absolut keine Gewalt oder sonstige Straftaten gegeben hat.

Bereits nach etwa zehn Minuten wurde von einigen der Eingeschlossenen mit dem Versuch begonnen, in Verhandlungen mit der Polizeiführung einen freien Abzug zu erreichen. Gegen 14 Uhr war Einsatzleiter Kelling endlich bereit, mit Sprechern der Eingeschlossenen zu reden. Er wiederholte allerdings nur die offizielle Begründung des Polizeieinsatzes und wollte die Forderung nach freiem Abzug lediglich „zur Kenntnis nehmen“. Kurz nach diesem Gespräch wurde der Kessel durch eine weitere Polizeikette noch enger gezogen. Ausserdem rückte eine BGS-Einheit in voller Montur als „Verstärkung“ an.

Innensenator Lange und Staatsrat Rabels ließen sich verleugnen, als von GAL-Abgeordneten und einem Rechtsanwalt versucht wurde, sie zu erreichen. Es folgte später die Aufforderung der Polizei an die Eingeschlossenen, das Gelände einzeln zur Personalienfeststellung zu verlassen. Etwa 40 Menschen folgten dieser Aufforderung. Gegen 16 Uhr begann die Polizei damit, jeweils kleine Gruppen von Eingeschlossenen zu greifen und in BGS-Mannschaftswagen zu über 20 verschiedenen Polizeiwachen in und um Hamburg zu verfrachten. Aus sachlich nicht erklärbaren Gründen ging das jedoch so langsam und stockend, daß gegen 20 Uhr immer noch gut die Hälfte der Demonstranten im Kessel waren und die letzten erst gegen zwei Uhr nachts abtransportiert wurden.

Die Enge des Kessels zwang die Demonstranten, stundenlang dicht gedrängt zu stehen. Erst ab etwa 17



Uhr war es wenigstens erlaubt, eine Toilette aufzusuchen — nach Durchsuchung und unter Bewachung, also auch dementsprechend schleppend. Es sind nur die wenigsten, die mußten, auch drangekommen.

Dies brachte die Eingeschlossenen in absolut menschenunwürdige Situationen, da sie teilweise in aller Öffentlichkeit und vor den Augen der blöde feixenden Polizisten ihre Notdurft verrichten mußten. Ganz besonders ekelhaft waren diese Situationen für die Frauen, die sich ja bekanntlich nicht einfach nur den Hosenschlitz aufmachen können, um dann lospinkeln zu können. „Die Gefangenen wurden gezwungen, vor den Augen ihrer Wärter im Gefangenenlager unter freiem Himmel ihre Notdurft zu verrichten, gezwungen, stundenlang, im eigenen Dreck auszuharren und sich dann noch höhnische Rufe anzuhören wie: „Das stinkt hier!“

Verpflegung durch die Polizei gab es während der ganzen Zeit nicht. Am Abend wurde immerhin unter dümmlichen Polizeisprüchen („Warum haben die sich denn ihre Verpflegung nicht gleich mitgebracht?“) das Hineinbringen von Essen und Getränken zugelassen. Dies auch erst nach langen Verhandlungen, unter aktiver Beteiligung des GAL-Abgeordneten Hermann. Zumindest bis 23 Uhr weigerte sich die Polizei, zu den noch Eingeschlossenen wärmere Kleidungsstücke und Decken durchzulassen. Begründung: Die „Gewalttäter“ könnten damit ihr Aussehen verändern!

Wer endlich aus der Einkesselung abgefahren worden war, hatte immer noch mehrere Stunden auf irgendeiner Polizeiwache vor sich. Leute, die vor der Fahrt zu den Wachen fragten, wohin sie gebracht würden, bekamen teilweise Antworten wie: „Von mir aus am liebsten gleich nach Neuengamme oder Dachau.“

Auf den verschiedenen Wachen selbst war die Behandlung unterschiedlich. Langte auf der einen Wache eine einfache Leibesvisitation, mußten sich die Frauen auf anderen Wachen splitternackt ausziehen.

Auf den meisten Wachen konnten die Leute nur unter starken Behinderungen telefonieren, teilweise auch erst sehr, sehr spät und immer nur einer zur Zeit. Wenn besetzt war, kam der nächste dran, ein zweites Mal gab es meist nicht. Auf anderen Wachen — den wenigsten allerdings — durften die Leute umsonst mehrere Gespräche führen. Auf einer Wache gab eine Polizistin den Gefangenen sogar die Ermittlungsausschussnummer bekannt, in vielen Fällen durfte dieser allerdings überhaupt nicht angewählt werden. Die Beamten wählten in vielen Fällen für die Betroffenen. In mindestens einer Wache durfte überhaupt nicht telefoniert werden. Die Aussage eines Mitgefangenen — er machte auch eine Dienstaufsichtsbeschwerde — macht das Prekäre dieser Situation besonders deutlich: Nach anderthalbstündigem Verlangen, telefonieren zu dürfen, verlangte er, den Revierführer zu sprechen, „der angeblich das Telefonverbot verhängt hatte. Der Mann stellte sich mit dem Namen Wagner vor und blieb dabei, daß ich nicht telefonieren dürfe. Zur Begründung sagte er, man wisse noch nicht, was gegen mich vorliege (das weiß ich selbst auch nicht) und wie lange man mich festhalten wolle. Diese zwei Begründungen stellen eine Verhöhnung jeder Rechtsstaatlichkeit dar. Da auch am Nachmittag keine Telefoniermöglichkeit gegeben war, bin ich auf diese Weise insgesamt 15 Stunden lang spurlos von der Bildfläche verschwunden, ohne meiner hochschwangeren Freundin Nachricht geben zu können und ohne mit einem Anwalt Kontakt aufnehmen zu dürfen.“

Nicht viel anders sah es beim sonstigen Verhalten der Polizisten aus. Gab es einzelne korrekte Polizisten, so

waren die in der Minderheit und die üblen eher die Regel. In der Landespolizeischule Hamburg-Alsterdorf z.B. wurde eine Frau blutig geschlagen, weil sie sich von einem Polizisten nicht anfassen lassen wollte.

Wozu dieses Vorgehen der Polizei und letztlich der politischen Führung? Alle vorgetragenen Begründungen sind selbst als Lügen ungewöhnlich schwach. Es hätten „Erkenntnisse vorgelegen“, daß ein großer Teil der eingeschlossenen Demonstranten „militante Gewalttäter“ oder gar „terroristisches Umfeld“ seien, behauptet Innensenator Lange. Falls das jemals wirklich geglaubt worden war, hätte maximal eine Stunde ausgereicht, um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Letztlich hat es selbst die Polizei bei keinem einzigen der rund 800 Einkesselten für machbar gehalten, ihn vor den Hafttrichter zu bringen.

Weitere Begründung, ebenfalls von Senator Lange: Man habe „Erkenntnisse“ gehabt, daß die geplante Demonstration gewalttätig werden würde und habe die Demonstranten an der Durchführung dieser Absicht hindern müssen. Also Vorbeugehaft von 9 bis 15 Stunden aufgrund von Spekulationen über den möglichen Demonstrationsverlauf. Angesichts der Tatsache, daß bis in die Nacht hinein mehr Demonstranten außerhalb der Polizeiabsperungen standen als im Polizeikessel, und daß gerade durch das brutale Vorgehen der Polizei militanter Widerstand vor den Absperungen hervorgerufen wurde, ist diese Begründung mehr als seltsam. Im übrigen vermag keine der offiziellen Begründungen zu erklären, warum zur Erreichung des angeblich polizeitaktischen Zwecks Hunderte von Menschen eng gedrängt im Freien stehend unter unwürdigen Bedingungen 6, 8, 10 und mehr Stunden festgehalten werden mußten.



Fototermin am Heiligengeistfeld

Dies stellt sich somit als reine Racheaktion dar, von Innensenator Lange und Bürgermeister Dohnanyi gebilligt und politisch gewollt wohlgermerkt. Einige der Polizisten kamen denn auch mit Sprüchen wie „Das ist die Rache für Brokdorf“ und „Heute wollen wir Blut sehen“, „Wir waren gestern 60 Verletzte, ihr werdet heute mindestens das doppelte ... und darauf freuen wir uns“. Und es ist bezeichnend für die Lage an diesem Tag, daß nach einem Knüppeleinsatz durch die Polizei gegen den Kessel mindestens sieben Leute ins Krankenhaus oder in ambulante Behandlung mußten: zwei Männer wegen schweren Verletzungen an den Händen (möglicherweise Brüche), zwei Männer und eine Frau wegen Kopfverletzungen (Platzwunden), eine weitere trug eine Verletzung über dem Auge davon, jeweils durch Knüppelschläge. Eine Frau, die durch die

chemische Keule starke Augenverätzungen erlitt, wurde zunächst nicht aus dem Kessel gelassen. Vorausgegangen waren ständiges Zusammenziehen der Polizeikette und gegen 17 Uhr der recht mutige Versuch der Eingeschlossenen, durch Gegenandrängen wenigstens das bißchen Platz zu erhalten, das sie brauchten, um nicht vollkommen verkrampft stehen zu müssen.

Der Anti-AKW-Bewegung sollte hier außerhalb der Legalität eine Lektion erteilt werden. Zugleich war dies ein Test, was in diesem Land „geht“. Nach der Presseberichterstattung vom Montag danach hatten denn auch viele die Befürchtung, es sei dem Hamburger Senat mit der sonntäglichen Aktion gelungen, den Spaltplatz und die Frustration schon in den Ansätzen einer wiedererstarkenden Anti-AKW-Bewegung zu verankern.

Im Laufe der nächsten Tage zeigte sich jedoch eine — wenn auch oft lauwarme — Kritik in Teilen der Presse, und in der Öffentlichkeit mehrten sich ablehnende Stimmen.

Vor allem die Demonstration am 12.6. gegen die Polizeieinsätze des Wochenendes zeigte: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren!



### Außerhalb des Kessels „Rechtsgrundlage ist die Polizei“

Ein Teil der Demonstranten war rechtzeitig aus den zur Einkesselung anrückenden Polizeiketten entkommen oder traf erst später in der Feldstraße ein. Es entwickelten sich kleinere Auseinandersetzungen an den äußeren Polizeiabsperungen. Ab etwa 14.30 Uhr ging die Polizei zum offensiven Einsatz auf der Feldstraße über, der später auf das gesamte Karolinenviertel ausgedehnt wurde. Zeitweise wurde dieses regelrecht von der Polizei besetzt und abgeriegelt.

Immer wieder führte die Polizei wilde Knüppeleinsätze in die angrenzenden Straßen bis zum Schulterblatt durch, auch Zuschauer wurden bis in Hauseingänge verfolgt und zusammengeschlagen. Auch hier — wie bei den Einkesselten — entluden sich Aggressionen und Sadismus der Bullen auffallend häufig gegen Frauen. Auch für Pressewirksamkeit wurde von der Polizei gesorgt: Zwei Scheiben der Haspa am Schulterblatt, in denen etwa fußballgroße Löcher prangten, schlugen Beamte ganz ein, um sie dann fotografieren zu lassen.

Bis gegen 18 Uhr bestand immer noch Blick- und (per Megaphon) Rufkontakt zu den Eingeschlossenen. Nach einem kleinen Versuch gegen 18 Uhr, die Polizeiketten von innen und außen zu durchbrechen, trieb die Polizei die Demonstranten außerhalb des Kessels zurück und

rückte auf der Feldstraße vor. Es folgten weitere Knüppeleinsätze gegen Demonstranten, die aus Solidarität mit den Einkesselten um die Polizeiabsperungen ausharrten sowie gegen Zuschauer. Das Karolinenviertel war zeitweise von der Polizei völlig abgesperrt, selbst für Krankenwagen zur Versorgung von Verletzten. Gegen Mitternacht kam es zu härteren Auseinandersetzungen. Anlaß war eine Demonstration von etwa 30 Taxifahrern, die mit ihren Autos in der Feldstraße aufgefahren waren und lautstark die Freilassung der letzten noch Festgehaltenen forderten. Bei einem heftigen Knüppeleinsatz der Polizei wurden bei mehreren Autos (mindestens 3) die Scheiben eingeschlagen, anderen wurden Türen und Motorhauben zerbeult. Erstmals griff zu diesem Zeitpunkt auch das MEK ein und rückte bis auf den Neuen Pferdemarkt vor. Kurz nach Mitternacht wurde ein Demonstrant festgenommen, der angeblich einen Molli auf Polizisten geworfen haben soll. Kurz darauf wurde mit eben diesem Molli eine Hausdurchsuchung begründet. Noch um 1.30 Uhr am Montag früh stürmten 2 Züge der Polizei prügelnd in die Schanzenstraße und ins Schulterblatt, wo sich etwa 80 Zuschauer/Demonstranten gesammelt hatten. Neben dem Knüppel wurde auch Chemical Mace aus nächster Nähe eingesetzt.

Bei diesen Einsätzen rund um das Heiligengeistfeld wurden mindesten 22 Menschen festgenommen und eine unbekannte Zahl von Leuten verletzt.

### Gesamtbewertung

Aus dem Bericht der Polizeipressestelle geht hervor, daß insgesamt am Sonntag in Hamburg 1.855 Polizeibeamte im Einsatz waren, davon 600 aus anderen Bundesländern. Beobachtet wurden rund um die Feldstraße Einheiten aus Unna, Bochum, Bremen, Uelzen, Braunschweig und vom BGS. 1.200 Polizisten waren nach Presseberichten allein im Bereich des Kessels Feldstraße/Heiligengeistfeld eingesetzt. Zehn Polizisten sollen verletzt worden sein. Der Polizeibericht meldet insgesamt 838 Ingewahrsamnahmen und 22 Festnahmen, allerdings nur 15 eingeleitete Ermittlungsverfahren. Davon 7 lediglich wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. Eine magere Ausbeute! (Zu Frank siehe S. 47) Bemerkenswert ist auch, daß der Polizeibericht unter den „zahlreichen gefährlichen Gegenständen und Waffen“, die im Kessel auf dem Heiligengeistfeld „sichergestellt“ wurden, ganze 11 Helme nennt. Bei rund 800 Eingeschlossenen „militanten Gewalttätern“!

Ähnlich verhält es sich mit anderen „gefährlichen Waffen“, die von der Polizei vorgeführt wurden. Beispielsweise 12 Tränengassprühflaschen, alle gefunden bei Frauen, die sie als Selbstschutz gegen Männergewalt mit sich führen (was ja unter anderen Umständen sogar von der Kripo empfohlen wird!). Ebenso werden 6 Messer aufgeführt, die wiederum ausschließlich bei Frauen gefunden wurden.

Einige Journalisten, die sich vermutlich selbst für liberal halten, beklagten in den ersten Tagen, daß das Vorgehen der Polizei am Bunker „unverhältnismäßig“ gewesen sei, da die Trennung von friedlichen Demonstranten und „kriminellen Gewalttätern“ nicht sauber genug gelungen sei. Indirekte Schlußfolgerung: mit den „Gewalttätern“ hätte die Polizei ruhig so menschenverachtend umspringen dürfen, nur „Unschuldige“ hätte es nicht treffen dürfen. Die Kritik dieser Leute ging aber völlig daneben, wenn sie der Einsatzleitung der Polizei und der politischen Führung Hamburgs einen taktischen Fehler unterstellt. Daß völlig wahllos ein be-





Kommentar überflüssig

liebiger Querschnitt von Demonstranten eingekesselt und stundenlang interniert wurde, entsprach politischer Absicht. Dahinter stand offenbar folgende Einschätzung des Senats und der Polizeiführung: Die Tschernobyl-Demonstration in Hamburg vor wenigen Wochen habe gezeigt, daß auch bei großen Teilen der friedlich agierenden Demonstranten eine erhebliche Akzeptanz gegenüber den „militanten Gewalttätern“ vorhanden sei. Daher wird dem seit Jahren als non-plus-ultra einer intelligenten Polizeitaktik gepriesenen Versuch, die „Gemäßigten“ von den „Radikalen“ zu trennen, derzeit keine große Chance eingeräumt.

Schlußfolgerung: Durch unterschiedsloses Draufschlagen auf alle Teile des demonstrierenden Spektrums sollte vor allem bei den „Friedlichen“ Panik erzeugt werden, um sie entweder von künftigen Demonstrationen fernzuhalten, oder sie wieder auf Distanzierungskurs gegenüber den „Militanten“ zu zwingen. In diesem Zusammenhang verdient die Tatsache Erwähnung, daß bereits im Einsatzbefehl der Polizei für diesen Tag um 11.30 Uhr angeordnet war, die Demonstranten auf dem Heiligengeistfeld einzuschließen. Politisch verantwortlich für den Gesamteinsatz der Polizei am Sonntag war, wie schon erwähnt, Langes direkter Stellvertreter, Staatsrat Rabels. Es haben also an diesem Tag nicht ein paar mittlere Polizeifunktionäre verrückt gespielt, sondern es wurde ein politischer Auftrag ausgeführt, dessen letzte Verantwortlichkeit bei Donanyi zu suchen ist. Ob ihre Rechnung allerdings aufgegangen ist, bleibt zu bezweifeln. In einem Rechtsstaat mit funktionsfähiger und selbstbewußter demokratischer Presse wäre jetzt jedenfalls mindestens ein Rücktritt fällig.

## Berichte: Aus dem Kessel

„Ich war auf dem Heiligengeistfeld eingeschlossen. Da ich abends um 8 Uhr meine 10jährige Tochter von Freunden abholen mußte und nicht abzusehen war, wann wir abgeholt wurden, fing ich gegen 15.15 Uhr an, mich um meine ‚Befreiung‘ zu kümmern. Ich schaltete einen Vermittler mit ‚nem Button von der GAL ein, der mit einem höheren Polizisten verhandelte.“

Dieser lehnte es ab, sich dafür einzusetzen, daß ich in eine nähergelegene Wache komme. Mit dem nächsten Transport wurde ich nach Alsterdorf verfrachtet, wo mir, einer anderen Mutter und einer 17jährigen Frau, die ihre Mutter anrufen wollte, stundenlang ein Telefonat verweigert wurde.

Um 21.30 Uhr endlich wurden wir zu zweit zu einer Telefonzelle geleitet, wo man der anderen Frau (bei ihren Kindern war besetzt) einen nochmaligen Anruf verweigern wollte. Da bin ich ganz energisch geworden und es klappte. Gegen 23 Uhr bin ich nach Leibesvisitation (splitternackt ausziehen) in die Turnhalle zu den Männern ‚entlassen‘ worden, da meine Personalien noch nachgeprüft wurden (hatte Perso nicht dabei). Inzwischen kam der nächste Transport incl. Frauen noch dazu. Wir beschlossen, den Ermittlungsausschuß anzurufen, was uns auch wieder erst nach zähen Verhandlungen gestattet wurde. Ein Typ von uns und ich wollten zusammen gehen, das wurde verboten und so ging nur ich mit zwei Polizisten — einer um 20, einer um 30 — zur Zelle. Der ältere pöbelte ständig, sagte, ich könne sicher nicht mal ‚Politik‘ schreiben, außerdem würde er gern mit uns machen, was wir mit ihnen machen, ‚Mollies schmeißen, Steine schmeißen‘. Im übrigen sei er sauer, daß er noch Dienst tun müsse, aber jetzt kriege er erst die richtige Power, wenn wir müde würden, würden sie — die Bullen — munter. Als Frau sähe ich ja schon reichlich verbraucht aus, ich solle doch mal in den Spiegel gucken (ich bin Jahrgang 33 und habe einen Sohn in seinem Alter). Auf dem Rückweg zog mich der jüngere Bulle plötzlich unsanft an der Schulter und sagte: ‚Hier gehts lang.‘ Ich sagte: ‚Fassen Sie mich nicht an!‘ und schüttelte ihn ab. Das war das Stichwort für den Älteren: Er schlug im wahrsten Sinne des Wortes seine Pranke auf meine Schulter, ich versuchte, mich loszureißen, er drückte mich gegen einen Maschenstrauch, ich schrie um Hilfe. Lauter Bullen kamen angerannt, es griff natürlich keiner ein. Im Flur verlangte ich — völlig außer Atem — Namen und Dienstnummer des Beamten. Seine Antwort: Er zertrümmerte mich wutschnaubend in die Turnhalle, wo alle ca. 30 Demonstranten das Gerangel und seine Brutalität also mitkriegten. Sein Vorgesetzter, den ich sprechen wollte, kam nicht. Mein Mund war blutverschmiert.

Auch als ich ‚entlassen‘ wurde, verweigerte man mir Namen und Dienstnr. des Beamten. Sein Vorgesetzter, den ich schließlich zu fassen kriegte, gab mir stellvertretend seine Nummer und Namen und sagte, falls ich Anzeige erstatten wolle, solle mein Anwalt sich an ihn wenden und erführe dann den Namen des Beamten. Als ich diese Zusage schriftlich haben wollte, wurde mir das natürlich verweigert.“



„... Insgesamt waren die Bullen total prügelfeig. Ein Mann setzte sich z.B. demonstrativ vor unsere erste Kette, genau vor die Bullen, um seine Gewaltfreiheit zu demonstrieren. Er wurde nur mit den Füßen weggetreten. Ich bin ein paarmal an das Ende gegangen, wo die Bullen Leute rausgriffen. Wie ich das gemerkt habe, hab' ich einen eingehakt, der geholt werden sollte und nicht raus wollte. Wir haben uns ganz doll festgehalten, aber irgendwann mußte ich ihn loslassen, da auch niemand andres mehr mit festhielt und ich sonst mit rausgezogen worden wäre. Was ich beobachten konnte, da war es so, daß die Bullen die Leute völlig willkürlich rausgriffen. Ganz im Gegenteil zu ihrer Drohung wußten sie überhaupt nicht, wen sie holen wollten.“

Gegen 19 Uhr konnten wir Frauen das erste Mal auf die Toilette. Ich wäre als siebte drangewesen. Zwei Buletten führten immer eine Frau zur Zeit auf Clo, deshalb dauerte es sehr lange. Mein Problem war, daß ich, von dem Moment an, wo ich wußte, ich könnte auf Clo, es kaum noch aushalten konnte. Als ich an der Reihe war und rauswollte, sagten die Frauen ‚Nein‘ und gingen ohne Erklärung weg. Keine von uns wußte warum, die Schlange hinter mir war mittlerweile sehr lang geworden. Die Bullen lästerten aufgrund unserer Beschwerde nur dumm rum. Da ja einige von uns ziemlich doll verletzt waren, lagen blutige Verbandsbinden auf dem Boden rum. Während wir nun warteten, daß wir endlich auf Clo können, kamen von den Bullen solche



... beim Hungern und beim Essen ...

Sprüche wie ‚Oh, guck mal, da liegt eine Binde‘, dann guckten sie uns hämisch an und lachten. Ich fand das sehr erniedrigend, zumal ich wußte, daß etliche Frauen aufgrund ihrer Regel sehr dringend auf Clo mußten. Nach einiger Zeit hat es eine Frau hinter mir nicht mehr ausgehalten. Sie wollte von den Bullen, daß sie die Frauen holen, und die Bullen meinten nur, die hätten jetzt Feierabend (Grinsen). Die Frau fragte, ob sie die Bullen anpissen sollte, wobei nur der Spruch kam ‚Mach doch‘ (Grinsen). Sie zog ihre Hose runter, die Bullen wichen zurück und lachten sie aus. Sie hat sich wieder angezogen, und durch die Bullenkette in Richtung Clo gedrängt, wurde aber ‚draußen‘ von etlichen Bullen aufgehalten. Nach einigen Debatten führte sie dann ein Bulle zum Clo. Weinend kam sie in unseren ‚Kessel‘ zurück. Ich bin dann zu einem Bullen hin und habe ihn aufgefordert, daß er jetzt ganz im Ernst und ohne irgendwelche dummen Sprüche sich darum kümmern soll, daß wir jetzt endlich auf Clo können. Er wollte sich wieder rausreden. Nach einiger Zeit hat sich dann ein Zugführer eingeschaltet und über Funk zwei neue Frauen angefordert. Ich weiß nicht, wie lange die-

ses Theater gedauert hat, auf jeden Fall ist etliche Zeit vergangen, bis endlich die zwei neuen Buletten da waren. Ich bin dann aus dem Kessel raus und zwischen zwei Buletten auf Clo gebracht worden, dort wurde ich von oben bis unten abgetastet und konnte endlich auf Clo. Kurz darauf kamen die ersten beiden Buletten aus dem HHA-Gebäude raus, sie hatten Pause gemacht (nach sechsmal Frauen zum Clo bringen!).

Ca. eine halbe Stunde später habe ich mitbekommen, wie die Männer versuchten, auf Clo zu ‚dürfen‘, denn bisher durften nur wir Frauen. Die Bullen ignorierten das Anliegen der Männer total. Ich gab dem Mann den Rat, die Bullenschilder anzupinkeln, so hätten wir Frauen das Recht auf Clogang durchgesetzt. Wie der Mann seinen Reißverschluß öffnen wollte, zog der Bulle vor ihm sofort seinen Knüppel.“



An den  
Ersten Bürgermeister  
der Freien und Hansestadt Hamburg  
Rathaus

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit Abscheu und Empörung habe ich zu Beginn dieser Woche in den Medien Bilder gesehen, die zeigten, wie Menschen von der Polizei zusammengetrieben und bewacht wurden. Den dazugehörigen Berichten war zu entnehmen, daß diese Menschen zwölf Stunden und länger wie Vieh in einem Pferch gehalten wurden, bevor man sie zu einer Revierwache der Polizei abtransportierte. Sie wurden gezwungen zu stehen, erhielten keinerlei Verpflegung, konnten ihre Notdurft nicht verrichten und waren schutzlos Wind und Wetter ausgesetzt.

Als siebzehnjähriger Schüler habe ich 1942 erleben müssen, wie vor meiner Schule, dem Wilhelm-Gymnasium, der heutigen Staatsbibliothek und dem danebenliegenden Logenhaus in der Moorweidenstraße jüdische Mitbürger von der Polizei zusammengetrieben wurden. Auch sie mußten stundenlang stehen, erhielten keine Verpflegung, konnten ihre Notdurft nicht verrichten und waren schutzlos Wind und Wetter ausgesetzt. Auch dieser Platz war von Polizei (und einigen wenigen SS-Männern) umstellt. Nach stundenlangem Warten wurden diese jüdischen Mitbürger dann in die Vernichtungslager abtransportiert.

Als Rektor einer Haupt- und Realschule schäme ich mich, Beamter eines Senats zu sein, dessen eines Mitglied, dazu noch als Sozialdemokrat, durch sein Verhalten Erinnerungen an Deutschlands schwärzeste Zeit wachwerden läßt.

Hochachtungsvoll ...“







### Berichte: Rund um den Kessel

„Gegen 14.15 Uhr waren wir am U-Bahnhof Feldstraße. Zu diesem Zeitpunkt flogen keine Steine usw., die Lage erschien ruhig. Steine flogen erst, nachdem die Polizisten ohne Vorwarnung auf Gruppen von Demonstranten losliefen und dabei auch Demonstranten wahllos verprügelten. Sie holten auch Unbeteiligte aus Hauseingängen (Feldstraße) und verprügelten diese. Erst dann, provoziert durch unbegründet harte Polizeieinsätze, flogen Steine.“

Gegen 16 Uhr standen wir vor der Toilette der U-Bahn Feldstraße. Aus dem Kessel kam ein Polizei-Jeep. Fünf Leute setzten sich vor ihn. Sofort, ohne Vorwarnung, stürmten aus der äußeren Polizeikette etwa 10 bis 15 Polizisten raus. Sie schlugen und traten die fünf Leute, welche vor dem Wagen saßen. Bei diesem Einsatz wurde ich geschlagen und zu Boden geworfen. Von dem Polizisten, welcher mich schlug, versuchte ich die Dienstnummer zu erfragen. Er schlug sein Schild gegen mich, so daß ich bald wieder hinfiel, und er schrie, ich solle verschwinden. Dann versuchte ich die Dienstnummer des Polizisten von dem Einsatzleiter dieser Aktion zu erfahren. Dieser schlug mich auch mit seinem Schild zur Seite. Er sagte zu mir: „Hau ab, sonst bekommst du auch von mir ein paar in die Schnauze!“ Ich war vorher keineswegs aggressiv, ich stand den Polizisten beim Prügeln nur im Weg.

Gegen 22 Uhr war wieder solch ein Prügeleinsatz der Polizei! Diesmal wurden etwa 40 Demonstranten etwa vor der Tankstelle (Shell) von etwa 50 Polizisten prügeln über das Heiligengeistfeld gehetzt. Die Demonstranten hatten lediglich 2 Transparente („Seit 8 Stunden gefangen, laßt die Leute frei“). Außerdem riefen sie: „Eins, zwei, drei, laßt die Leute frei.“

Die Demonstranten waren vollkommen friedlich. Der Einsatz erfolgte ohne Warnung, ohne Aufforderung, auseinander zu gehen. Diesmal schlugen die Polizisten aus Niedersachsen. Die Hamburger Polizisten, mit denen wir schon eine Zeitlang diskutierten, fanden diesen Einsatz zum großen Teil auch bedeutend zu brutal.

Resultat der vielen Diskussionen war, daß die Polizisten sich wieder nur auf Befehle zurückziehen. „Wer nichts abbekommen will, soll nicht auf Demos.“ Sie wären ja auch beworfen worden und geben nur die Steine in Form von Prügeln zurück. Sogar ein 3-Sterne-Polizist vertrat die Meinung, wenn man ihn in Brokdorf bewirft, darf er in Hamburg schlagen. „Auf Demos kommen sowieso nur Chaoten hin, da trifft man mit dem Knüttel immer den Richtigen.“

Erschreckend waren auch die Räumungsaktionen im Karolinenviertel. Polizisten stürmten in Eingänge und schlugen sich durch ganze Straßenzüge.

Am Freitag habe ich per Anwalt Strafanzeige gegen Polizei und Senator Lange gestellt.“



„Wieso wurde meine 22jährige Tochter gegen 0.30 Uhr in einem fremden Stadtteil, in dem in letzter Zeit morgens zwei junge Frauen ermordet worden waren, auf die Straße gesetzt, ohne ihr ein Telefongespräch mit ihren Eltern zu ermöglichen?“

(Aus der Eingabe einer Mutter an die Hamburger Bürgerschaft vom 9.6.1986)

„.... Die folgenden Ereignisse irritierten mich derart, daß ich im nachhinein nicht in der Lage bin, die Vorkommnisse exakt zu beschreiben. Nur bruchstückhaft sind mir einige Szenen besonders deutlich in Erinnerung geblieben.“

Während ich noch zwischen Polizeisperre zwischen Hochbunker und U-Bahn stand, ging die Polizeikette aus für mich völlig unerfindlichen Gründen gegen auf der Straße stehende Menschen mit Schlagstöcken vor. Die Art der Vorgehensweise der Polizei schien mir, als würden im Zaum gehaltene Hunde auf ihre Opfer losgelassen: Die Polizisten schienen bereits nervös, als sie in der Kette standen; als der Befehl zum Einsatz kam, trommelten sie rhythmisch zum Laufschrift mit den Knütteln auf ihre Schilder und prügeln dann wahllos auf Menschen, die in der entstehenden Panik nicht so schnell laufen konnten wie die anderen — sie trafen vor allem Frauen und ältere Menschen.

„Um 0.30 Uhr wurde ich von Polizeibeamten zu einem Fahrzeug und damit nach Alsterdorf gebracht. Dort warteten wir mit 6 Frauen und 3 Männern eine dreiviertel Stunde im Wagen. Ein Kommentar eines Polizisten war: „Wie seid ihr bloß als Kinder noch aus den Mülltonnen entwischt.““

Es wurde, aus für mich verständlicher Angst, eine Barrikade quer über die Feldstraße zwischen U-Bahnhof und Jet-Tankstelle gebaut, die später von der Polizei geräumt wurde. Als die Polizei die Barrikade stürmen wollte, sah ich etwa 5 bis 10 Personen, die Steine gegen heranströmende Polizisten warfen — angesichts der vorherigen Polizeieinsätze eine für mich verständliche Reaktion der Verzweiflung und Ohnmacht. Die steinewerfenden Personen begannen jedoch erst, nachdem die Polizei zum wiederholten Mal gegen die auf der Straße stehenden Menschen vorgegangen war. Es war eindeutig, daß die Polizeibeamten hierzu provoziert hatten. Die Steine selbst flogen bereits, als die heranstürmenden Polizisten noch weit außerhalb der Wurfreichweite waren, dieser oder jener Stein, der traf, prallte an den Schilden der Polizisten ab — angesichts der Entfernung wäre wahrscheinlich auch ohne Schutzschilde kein Personenschaden angerichtet worden. Die steinewerfenden Personen flohen frühzeitig.

Während der Erstürmung der Barrikade durch die Polizei hielt ich mich im Bereich der Jet-Tankstelle auf, um nicht auch unter die Schlagstöcke zu fallen. Während ich mich dort aufhielt, beobachtete ich einen Angestellten der Jet-Tankstelle, der mit einem Holzknüttel Personen bedrohte. Als ich ihn daraufhin bat, er möge doch die Gewalt nicht noch forcieren, bedrohte er mich ebenfalls mit dem Holzknüttel und meinte, er habe ein Recht dazu. Ich entfernte mich von ihm.

„Während der mehr als 3 Stunden im Polizeitransporter (und 7 Stunden im Kessel) bestand für uns immer noch keine Möglichkeit, eine Toilette zu benutzen. Als der Wagen bereits vor der Revierwache stand, dauerte es ca. 30 Minuten, in denen uns dies mit Sprüchen wie „Das interessiert mich überhaupt nicht“, „Ich muß gar nichts!“, „Piß doch auf den Boden und leck es selbst wieder auf“ verweigert wurde.“

Kurz danach rannten vier Polizeibeamte an mir vorbei. Offenbar verfolgten sie jemanden. Als sie zurück kamen, sprach ich sie an, indem ich sie bat, sich doch zu beherrschen und die Gewalt nicht zu eskalieren. Daraufhin beschimpften sie mich, bedrängten und bedrohten mich mit ihren Knütteln, einer von ihnen schlug zu, aber ich konnte rechtzeitig zur Seite springen, so daß mich der Hieb nicht mit voller Wucht traf. Ich lief weg und wurde nicht weiter verfolgt. Als die Barrikaden abgeräumt wurden, beteiligte sich auch der oben genannte Jet-Angestellte am Abbau. Er fuhr mit einem Gabelstapler auf der Straße herum. Plötzlich sprang er

In der Polizeischule Alsterdorf betonte ein Polizist gegenüber Demonstrantinnen, solche Aktionen würden sie noch öfter wiederholen. Darauf eine Frau zu diesem Polizisten: „Ihr könnt dann noch mehr Frauen in den Bauch treten.“ Antwort: „Leute wie ihr dürftet sowieso keine Kinder bekommen.“

vor meinen Augen aus dem Gabelstapler und nahm einen Mann, der in der Nähe stand, in den „Schwitzkasten“. Während er ihn zu den nächststehenden Polizisten schleppte, rief er immer wieder: „Der ist jetzt dran.“ Als dieser Mann dann verhaftet wurde, drängte ich mich durch die Beamten, um ihm meine Visitenkarte zuzustecken, falls er bei einer späteren Gerichtsverhandlung einen Zeugen brauchen sollte. Wenig später wurde ich selbst von Polizeibeamten festgehalten, die mich aber freiließen, nachdem sie meine Personalien notiert hatten.

Kurz nach diesen Ereignissen traf ich einen ehemaligen Arbeitskollegen und ging mit ihm in ein Schnellrestaurant in der Marktstraße essen. Dort konnte ich die Terrorisierung der Bewohner des Karolinenviertels miterleben. Wieder und wieder rannten Polizeiketten



schlagstockschwingend durch die Marktstraße. Einige der zum großen Teil ausländischen Anwohner konnten sich ebenfalls in das Schnellrestaurant retten. Nach einiger Zeit der Ruhe wollten wir so schnell wie möglich das Karolinenviertel verlassen, um nicht auch verprügelt zu werden. Wir wurden jedoch an drei Straßen nicht wieder hinaus gelassen, obwohl wir beteuerten, wir wollten uns aus dem unmittelbaren Bereich der Polizeieinsätze entfernen. Erst am Ausgang in Richtung Messegelände gelang uns ein Entkommen.

Auf der Feldstraße hatten sich noch weit mehr Menschen eingefunden, als zu der Zeit, in der wir zum Essen gingen. Um uns zu informieren, was aus den Menschen im Polizeikessel geworden ist, gingen wir zu der Polizeikette zwischen Hochbunker und U-Bahn. Die Demonstranten standen noch immer dicht zusammengepfercht in dem Kessel. Zwei Männer, die den eingeschlossenen Menschen Essen und Trinken bringen wollten, wurden nicht durchgelassen. Dem einen von ihnen wurden von einem Polizisten die Brote aus der Hand geschlagen.

Plötzlich prügelte, für mich völlig unverhofft, eine Polizeikette, die sich inzwischen längs des U-Bahnhofs aufgestellt hatte, auf die Menschen, die mit mir vor der Kette standen, ein. Die Beamten waren, im Gegensatz zu den anderen Polizisten, nur mit Kampfanzügen wie Soldaten gekleidet. Ihr Vorgehen war noch brutaler als ich es vorher bei den anderen Einsätzen erlebt hatte. Auf der Flucht suchte ich Schutz zwischen zwei parkenden Autos, wurde aber dort von vorn und hinten bedroht, so daß ich zunächst keine Möglichkeit hatte, mich der Polizeigewalt zu entziehen. Derart in die Enge getrieben, sah ich keine andere Möglichkeit als einen

der beiden auf mich einprügelnden Polizisten mit Gewalt zur Seite zu drängen, um zu entkommen. Da die Polizeibeamten blindwütig auf mich einschlugen, trafen sie nur die Autos mit ihren Schlägen. Ich erhielt erst einen Schlag, als ich mich an dem einen der Beamten zur Flucht vorbeidrängte.

Hierauf verließ ich den Ort der Demonstration um 18.30 Uhr."



(...) Die eingekesselten Demonstranten starteten einen Sprechchor mit der Parole: „Straße frei!“. Vereinzelt stimmten Personen auf dem Hügel mit mir ein. Nach den ersten Rufen lösten sich ungefähr 20 Polizisten aus dem äußeren Ring des Kessels und liefen drohend auf den Hügel und auf uns zu. Einige schlugen provozierend mit ihren Schlagstöcken auf ihre Schilde. Ein Polizist sagte mir, ich solle abhauen.

Ich blieb stehen, schrie immer lauter die Parole „Straße frei!“. Unmittelbar vor mir standen drei Polizisten mit hochgehaltenen Schilden. Ein Polizist schubste mich mit seinem Schild zurück. Sein Kollege rief ihm zu: „Hau ihr eins in die Fresse“. Ich versuchte mich zu schützen, indem ich meinen Helm in beiden Händen festhielt und als Puffer zwischen meinem Bauch und dem Schild hielt. Dabei ging ich langsam rückwärts und schrie weiter die Parole. Der Polizist vor mir hob seinen Schlagstock und schlug mir fest übers Gesicht, wobei der Schlag meine Brille traf. Der Schlag ging über das rechte Auge, von der rechten Stirn runter zum rechten Wangenknochen. Die Brille, die mit Sportbügeln versehen ist, war stark verbogen, hielt aber den Hauptschlag vom Auge ab.



Hamburgs Polizisten — „engagierte Demokraten“ (Innensenator Lange am 20.6.1986)



## Stellungnahme des Senats zu den Vorgängen auf dem Heiligengeistfeld in Hamburg am 8. Juni 1986

1) Die Atom-Katastrophe von Tschernobyl hat die Sorgen vieler Menschen über die Bedrohung, die von Kernkraftwerken ausgeht, außerordentlich verstärkt. Vielen Menschen in der Bundesrepublik liegt daran, durch Demonstrationen deutlich zu machen, daß der Ausstieg aus der Kernenergie notwendig ist. Der Staat hat die Pflicht, diese Demonstrationen zu ermöglichen.

Die Katastrophe von Tschernobyl hat leider zugleich die Bereitschaft einiger gefördert, zum Mittel der Gewalt zu greifen. Auch einige derer, die bis dahin keine Kompromisse mit Gewaltbereiten eingegangen waren, haben sich nun zu gemeinsamen Aktionen bereit erklärt. Auf den jüngsten Demonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf gab es dafür schlimme Beispiele. Gewalt aber darf nicht sein.

2) Der Senat sieht die Auffassung bestätigt, daß die Behinderung friedlicher Teilnehmer am 7. Juni zum Zielort Kernkraftwerk Brokdorf zu gelangen, insbesondere nach dem Ereignis von Tschernobyl zu einer verständlichen Emotionalisierung der Teilnehmer geführt hat, so daß die bereits am 7. Juni bekannt werdende Absicht von Teilnehmern dann in Hamburg am 8. Juni eine Ersatzdemonstration vorzunehmen wahrscheinlich war.

3) Der Senat hält den Eindruck der Polizei am 8. Juni, auf dem Heiligengeistfeld entstehe ein gefährliches Gewaltpotential für vertretbar. Die Tatsache, daß auch bewaffnete Teilnehmer dieser Ansammlung in kleinen Gruppen am Ort eintrafen, die sich dort offenbar auch für einen gewaltsamen Verlauf der Ansammlung umzogen, erlaubte eine solche Einschätzung.

4) Der Senat geht nach jetzigem Informationsstand davon aus, daß die Polizei ihr Handlungskonzept am 8. Juni bis kurz vor 12.00 Uhr offengehalten hat.

Der Einsatzleiter traf um 12.15 Uhr nach Einsicht vor Ort die Entscheidung, daß ein solches Gewaltpotential nicht ohne großen Schaden für die Stadt am Ort zerstreut werden dürfte, weil die Gewalttäter in der Ansammlung dann erfahrungsgemäß in kleinen Einzelgruppen randalierend und zerstörend durch die Stadt ziehen würden. Dieselbe Einschätzung hatte die Polizei hinsichtlich einer „einschließenden Begleitung“ dieser nicht angemeldeten (und daher in ihren Zielorten auch nicht prognostizierbaren) Ansammlung. Aus diesen Überlegungen entschied die Polizei sich für eine örtliche Einschließung.

Der Senat hält Einschließungen in außergewöhnlichen Situationen für zulässig, wenn den rechtsstaatlichen Abwägungsgeboten genüge

getan wird. Dies hat die Polizei aus ihrer Sicht bejaht. Die Entscheidung über die Einsatzkonzeption muß den jeweils verantwortlichen Stellen der Polizei bzw. dem Innensenator überlassen bleiben, wenn den Verantwortlichen ein zweckmäßiges Verhalten vor Ort und unter schnell wechselnden Bedingungen möglich bleiben soll.

Der Senat hält die Entscheidung für eine Einschließung unter Berücksichtigung früherer Hamburger Erfahrungen, bei denen mit sehr negativen Ergebnissen anders verfahren wurde (z.B. Demonstration Februar 1981 Schmilinsky-Straße — Atlantik-Hotel) aus der Sicht der Polizei prinzipiell für vertretbar.

Der Senat ist der Auffassung, daß einer Einschließung generell zunächst die Aufforderung zur Zerstreuung vorangehen muß. Wenn allerdings das Gewaltpotential so einzuschätzen war, wie dies aus Sicht der Polizei der Fall war, bestand angesichts der genannten Erfahrungen auch keine Pflicht zur Aufforderung zur sofortigen Auflösung der Ansammlung, weil dies aus Sicht der Polizei die Entwicklung von Gewaltpotential in der Stadt bedeutet hätte.

5) Von der Entscheidung zur Einschließung bis zur letzten Entlassung eingeschlossener Demonstranten vergingen über 15 Stunden. Der Senat hält eine solche Frist auch unter Berücksichtigung der besonderen Umstände am 8.6.86 im Ergebnis nicht vertretbar. Einer der Gründe für diesen langen Zeitablauf war aus Sicht der Polizei eine Unterschätzung der Zahl der eingeschlossenen Personen. Zwar können unter bisher unbekannten Bedingungen auch Fehleinschätzungen über die Zahl der Eingeschlossenen und über den Bedarf an Personal, Fahrzeugen und Unterkünften erklärbar sein. Aber durch diese Fehleinschätzung ist es auch zu unangemessenen Beeinträchtigungen von nicht gewalttätigen Demonstranten gekommen. Bei künftigen Ansammlungen muß dies durch verbesserte Planung und Ausführung unter allen Umständen vermieden werden.

6) Der Senat stimmt der Auffassung der Polizei zu, daß angesichts der Einschätzung eines gewissen gewalttätigen und/oder Gewalt tolerierenden Potentials die Entlassung einzelner Teilnehmer bereits auf dem Heiligengeistfeld ein Risiko für die einschließende Polizei darstellen konnte, weil mit Angriffen der Freigelassenen im Rücken der Polizei zu rechnen war.

7) Der Senat hat die Tatsache zahlreicher Beschwerden von Teilnehmern über ihre persönliche Behandlung zur Kenntnis genommen. Er wird Sorge dafür tragen, daß allen Beschwerden nachgegangen wird.



Der Senat weiß, in welcher schwieriger Lage gerade die Polizei bei derartigen Einsätzen ist und wie ungeheuerlich die Beschimpfungen und körperlichen Angriffe sind, die Polizisten auf solchen Einsätzen ertragen müssen. Der Senat weiß, daß die Hamburger Polizei in aller Regel auch unter derartigen Umständen ihre schwere Pflicht erfüllt und erkennt dies auch an.

Der Innensenator wird angesichts der schwieriger gewordenen Bedingungen bei Demonstrationen die Polizeiführung veranlassen, die Einsatzkräfte durch regelmäßige Weiterbildung zu stets konsequentem und verhältnismäßigem Vorgehen weiterhin zu befähigen.

8) Das Demonstrationsrecht muß ein unverletzbares Grundrecht bleiben. Auch die friedlichen Teilnehmer an Demonstrationen sind gefordert, das Demonstrationsrecht gegen Übergriffe von Gewalttätern schützen zu helfen. Gewalttäter müssen isoliert bleiben.

Auch alle Maßnahmen der Polizei müssen so getroffen werden, daß sie keine Solidarisierungen friedlicher Teilnehmer mit Gewalttätern bewirken.

9) Der Senat wird bis zum 30.6.1986 einen abschließenden Bericht vorlegen.



## Abteilungsbefehl

### Lage

Mit Aktionen autonomer Gruppen ist am 08.06.86 zu rechnen. Eventuell treffen sie sich in der Mittagszeit auf dem Heiligengeistfeld.

In dieser Phase ist die Abt. PD Mitte unterstellt.

Mit Aktionen am Flughafen ist zu rechnen. Dort wird die Abt. PD Ost unterstellt.

### Auftrag

Die Abteilung

— schließt die Versammlung auf dem Heiligengeistfeld ein und

— gewährleistet nach Auflösungsverfügung kontrollierten Einzelabmarsch der Teilnehmer.

### Einzelaufträge

Absperrung gemäß Skizze

— Absperrung erfolgt schlagartig auf Stichwort.

— Bereitstellungsräume: FD 91 Helgoländer Allee, FD 92 Budepaster-/Paulinenstr., FD 93 Holstenglacis, FD 94 Ost-West-Straße

Bereitstellungsräume werden nach „flüchtiger“ Bereitstellung

verlassen. Kräfte haben sich auf sofortiges Absitzen vorzubereiten.

— Lagebedingt wird entschieden, ob die Hundertschaften mit 1, 2, 3 oder 4 Zügen vorgehen.

FD 9012 klärt auf. Insbesondere ist festzustellen:

— wo genau findet die Versammlung statt  
— Zusammensetzung, Anzahl, Ausrüstung

### Befehlsstelle

verbleibt in der FD 9

### Kommunikation

4-m-Kanal 425 (Mitte)

4-m-Kanal 435 (Ost)

### Anfahrt zu den Bereitstellungsräumen

FD 91/94 über Mundsburg, An der Alster, Glockengießer Wall, Ost-West-Straße, dort im Bereich Domstraße warten!  
FD 92/93 Rothenbaumchaussee, dort im Bereich Johnsallee warten.

# Polizeigewalt gegen Taxen

Sonntag, spät abends, noch eine Stunde bis Mitternacht: die jetzt noch Einkesselten stehen beinahe 12 Stunden. Sie, wie auch alle umstehenden Beobachter sind nervlich ziemlich am Ende. Die Polizei feiert nach ihren Brokdorferfolgen erneut einen Sieg gegen die Grundrechte und Menschenwürde. Daß auf der Feldstraße und dem Heiligengeistfeld „etwas los ist“ kann Taxifahrer/innen nicht verborgen bleiben. Kolleginnen oder Funkerinnen geben über Funk durch, daß die Feldstraße immer noch gesperrt ist. Die Kampfmontur der Polizei oder auch die Barrikadenreste machen zweifelsfrei klar, daß die Sperrung was mit einer Demonstration zu tun haben muß. Einige Fahrerinnen und Fahrer waren am Samstag in Brokdorf oder eben nur in Kleve, Polizeieinsätze und Polizeisperren sind noch frisch in Erinnerung.

Anstatt wie üblich sich zur Kaffeepause zu verabreden, bittet ein Fahrer, schlicht entsetzt von der Einkesselung, ohne genau den Demo-Anlaß zu kennen, interessierte Kollegen, sich in der Feldstraße zu treffen.

Ohne Vorbereitung und Absprache sammeln sich et-

wa 20 Fahrzeuge. Viele interessierte Fahrer/innen sind am Stadtrand unterwegs und bekommen nicht rechtzeitig mit, was wir tun. Nach einigen Minuten tauchen die ersten neugierigen Polizeifahrzeuge auf. Davon beunruhigt, fahren die ersten Taxen los Richtung Feldstraße.

„Ein Zeichen wollten wir setzen. Ein blechender Konvoi, der symbolisieren wollte: Laßt die Menschen dort frei, wir sind bereit sie abzuholen.“ So einer der „Urheber“ der Aktion. Auf dem Weg von der Weidenallee zur Feldstraße schließen sich weitere Wagen an. Am Pferdemarkt angekommen, schalten die ersten ihre Alarmanlagen ein. Dröhnendes Hupen in Intervallen, Aufblinken von Scheinwerfern und Blinkleuchten dutzendfach. Damit hatte niemand gerechnet. Auch wir nicht. Zwei Fahrzeuge anderer Funkgesellschaften schließen sich an, auch zwei Privatfahrzeuge. Es dauert einige Minuten, bis die Umstehenden begreifen, was hier abgeht. Dann nur noch Erleichterung, Jubel und einige Freudentränen.

Mindestens 100 m entfernt von den Einkesselten, erreichen unsere akustischen und optischen Signale die

Polizeiopfer. Deren positive Reaktion bekommen wir erst hinterher vermittelt.

Lange reagiert die Polizei gar nicht. Circa 40 Taxen stehen im Block auf dem Neuen Kamp. Die Fahrer/innen stehen neben ihren Fahrzeugen. Wären wir „nackt“, also nur als Menschen erschienen, wären wir ebenfalls hilflos im Polizeigriff gewesen.

Nach zwanzig Minuten erschien dann die uns zuge dachte Hundertschaft, wir erklären gerade den für diese Hundertschaft verantwortlich aussehenden Polizisten, daß wir jetzt abziehen werden. In den Wagen sitzend, die ersten beiden Wagen wollen gerade in die Sternstraße abbiegen, erleben wir, wie mit Stiefelritten, Knüppelprasseln und Schutzschildern die Polizei — ihre kurze Ohnmacht rächend — durch die Wagenreihen läuft. Nur: Auch hierdurch verstummen unsere Alarmanlagen nicht. Die Einschüchterung jedoch wirkt. Mit drei zerstörten Frontscheiben, einer eindrucksvoll zerstörten Heckscheibe und etlichen Beulen versehen, löst sich der Konvoi auf.

Wie schon vor der Aktion fahren einige Taxen auch den Rest der Nacht zu den Polizeiwachen, um dort die Freigelassenen abzuholen und kostenlos nach Hause zu bringen.

Unerwartet und einmütig vereinbaren am nächsten Nachmittag circa 25 der Fahrer/innen, einen Taxenkonvoi zur Demonstration am 12.6. zu organisieren.

Unter hohem Zeitdruck und in Erwartung von Repressionen seitens der Wirtschaftsbehörde und der Standesorganisationen der Taxenunternehmer (Verband und Union) verfassen wir unsere Erklärung und einen Aufruf zum Konvoi.

Unkommentiert im folgenden der Wortlaut des Flugzettels, den Verband und Union ab Mittwoch 11.6. an Fahrgäste verteilen ließ:

Lieber Fahrgast!

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß das Hamburger Taxigewerbe sich schärfstens davon distanziert, daß zu

den Zwecken der politischen Demonstration Taxifahrzeuge eingesetzt werden.

Wir wissen, daß dadurch großer Schaden angerichtet werden kann. Unsere schlechte Situation ist allen bekannt. Bitte glauben Sie uns, daß nur ein Bruchteil der Fahrer der 3.600 Hamburger Taxen seine Fahrzeuge für politische Demonstrationen mißbraucht.

Wir brauchen Sie, die Fahrgäste. Und wir stehen zur Polizei als Partner im Verkehr.“

Ca. 100 Taxen nehmen am Donnerstag am der Demonstration teil. Aus einer Ecke, aus der es niemand erwartet hatte, kommt Solidarität von „Berufstätigen“, die ansonsten eher für die Wiedereinführung der Todesstrafe demonstrieren. Taxen fielen bislang auf Demos nur dann auf, wenn sie, in ihrer Unternehmerfreiheit vorübergehend eingeschränkt, auf Demonstranten losfahren. So wie ein Soldat in Uniform auf einer Abrüstungsdemo auffällt, so wie Müllfuhrleute in ihren orangenen Lastern auf einer Demonstration gegen Betriebsstillegung eindrucksvoller sind, denn als eingereihte Personen, so auch die Taxen in Hamburg. Was kommt danach?

Im sogenannten „Turnschuhfunk“ oder unter Taxifahrer/innen auch „die Grünen“ genannten Blitzfunk werden Strafen verhängt. Weil der Aufruf zum Taxenkonvoi einen Satz enthielt, der einen Zusammenhang zwischen unserem Handeln und dem Blitzfunk durchscheinen ließ, wurden drei Kollegen willkürlich rausgegriffen und mit Vertragsstrafen belegt. Vermutungen, es gäbe in Hamburg eine Funktaxizentrale, die derartige Aktionen unterstützt oder gar organisiert, sind also unzutreffend.

Vielleicht finden sich in Hamburg einige Taxifahrerinnen und Taxifahrer, die in Zukunft Aktionen gegen Ausländerdiskriminierung bei der Funktourengabe oder Initiativen für Frauen-Nacht-Taxen zum HVV-Tarif starten. Oder vielleicht — eine Schicht für ein Busprojekt in Nicaragua fahren.

Ulf





Interview mit

# Pastor Christian Arndt

Als wir aus Brokdorf zurückkamen, hörten wir, daß über die Demonstrationsbehinderungen und das Stoppen des Hamburger Konvois bei Kleve berichtet werden sollte am Sonntag um 12 Uhr auf dem Heiligengeistfeld. Ich verabedete mich mit einigen Leuten, daß wir uns dort treffen. Ich wollte deutlich machen, daß ich diese Behinderung und Verhinderung der Demonstration als Bruch, als Verletzung des Demonstrationsrechts sehe.

Wir hatten uns vorgenommen, weil wir ein Gemeindefest hatten, für eine halbe bis Stunde dazubleiben und dann wieder nach Hause zu gehen. Ich kam kurz nach 12 auf dem Heiligengeistfeld an, suchte noch Bekannte, hörte plötzlich den entsetzten Schrei „Polizei — lauft weg“, und sah eine massive Polizeifront auf uns loslaufen von der Seite Holstenglacis.

Eher stolpernd, laufend habe ich immer wieder versucht zu sagen „Keine Panik“. Wir sind dann in Richtung Feldstraße zwischen den Bunker und die Sportanlagen gegangen. Kaum kamen wir um die Ecke, sahen wir, wie auch dort uns der Weg abgeschnitten wurde von einer Polizeikette. Wir waren innerhalb von Minuten eingekesselt.

Verwirrt, entsetzt auch und voller Angst stand ich da in meiner Ohnmacht, war ich nicht fähig, den Rufen anderer zu folgen, eine Kette zu bilden und hielt meine Hände hoch — andere taten das auch — um zu zeigen, daß von uns keine Gewalt ausgeht, daß wir nicht gewalttätig sind. Wir wurden immer enger eingeschlossen. Erst nach langer Zeit erfuhr ich über andere, daß uns vorgeworfen wird, daß von uns Straftaten ausgegangen seien. Tatsächlich geschah alles im Stadtteil und in der Feldstraße, als wir eingeschlossen waren, und ist für mich die Folge unserer Einkesselung.

Wir standen stundenlang dort. Wir hörten, daß es Verhandlungen gegeben hat, die aber von seiten der Behörde und der Polizeiführung abgebrochen wurden. Wir waren bereit abzuziehen, sagten auch deutlich, daß wir keine Gewalt ausüben wollten, aber es wurde uns mitgeteilt, daß ... jetzt kommt's mir wieder hoch ... jeder von uns festgehalten wird, um die Personalien aufzunehmen.

Ich stand direkt vor einer Polizeikette, dies stundenlange Warten war für mich entsetzlich. Ich konnte die Beamten nicht mehr angucken. Sie hatten ihre Visiere runtergezogen, ich sah nur so eine grüne Masse vor mir, ohne daß ich irgendeine menschliche Regung oder irgendetwas bemerken konnte, was Ausdruck dafür war, daß da Menschen in diesen Schutzanzügen stecken. Wenn ich mich hinkniete, um eine andere Haltung einnehmen zu können, guckte ich gegen Polizeistiefel.

Ein Mann neben mir versuchte, auf die Toilette zu kommen, die Toiletten waren ungefähr 30 m entfernt. Auf sein drängendes Bitten hin kam nur höhnisches Lachen von seiten der Polizeikette. Er setzte sich dann hin und verrichtete seine Notdurft dort und deckte es mit Zeitungspapier zu. Frauen setzten sich hin, weil sie nicht durchgelassen wurden — alles wurde begleitet von höhnischen, widerlichen Bemerkungen von seiten der Polizei.

Unser gelegentliches Lachen war mehr Ausdruck unserer psychischen Erschöpfung.

Ich erlebte dies fast wie eine Foldersituation. Das na-

he Stadion ließ solche Gedanken aufkommen, nicht nur bei mir, wir sprachen auch über Chile, wobei uns klar war, daß so etwas, was 73 in Chile passierte so hier nicht passieren wird, aber die Gedanken waren einfach nicht wegzuwischen.

Als versucht wurde, uns Essen und Trinken zu geben — wir standen ja schon viele Stunden dort — wurde dies behindert. Aber hier und dort war es dann doch möglich, durch die Polizeikette uns etwas zu geben. Gegen 18 Uhr — ich kann das nicht mehr genau sagen — wurde Frauen die Möglichkeit gegeben, unter Begleitung von zwei Beamtinnen auf die öffentliche Toilette zu gehen. Eine Frau kam wieder und erzählte ganz entsetzt, daß sie sich hätte fast ausziehen müssen, daß alle Sachen von ihr kontrolliert wurden und sie dann erst auf Toilette gehen durfte. Andere Frauen haben sich dann geweigert, auf Toilette zu gehen. Sie haben sich dann dort hingesetzt von vielen Pöbeleien der Beamten begleitet.

Ich wurde dann gegen 20.15 Uhr aus dem Kessel geholt und an den Polizeimannschaftswagen gebracht. Neben mir wurde ein junger Mann auf den Boden geworfen, ich sah überhaupt keinen Anlaß dafür. Er stand zunächst ruhig da. Auf den Boden geworfen wurde er dann und mit diesem Plastikfesseln gefesselt. Frauen sah ich, die ihre Schuhe ausziehen mußten, ihre Strümpfe, sie wurden von oben bis unten gefilzt, abgetastet, so ging es auch Männern.

Nach längerer Zeit des Wartens wurden wir, das sind drei Frauen und ich, drei von ihnen sind Schülerinnen, die am Montag das mündliche Abitur machen sollten, in die Polizeischule nach Alsterdorf gebracht. Dort mußten wir noch eine lange Zeit warten, weil — wie uns gesagt wurde — die Abfertigung so schleppend ist. Ein Beamter kam zu mir — er hatte erfahren, daß ich Pastor bin — und fragte mich, ob das nicht Verletzung der Menschenwürde ist, wenn es Menschen nicht gestattet ist, zur Toilette zu gehen. Ein anderer sagte zu mir, daß er eigentlich gar nicht verstehen kann, warum wir so ruhig geblieben sind. Er selbst hätte sich sicher in dieser Situation der Ohnmacht anders verhalten.

Im Nachhinein kann ich das auch nicht verstehen, wieso ich nicht einmal verbal meine elementarsten Rechte wie Bewegungsfreiheit, auf Toilette zu gehen, zu essen, versuchte durchzusetzen. Ich kann das nur verstehen aus dieser psychischen Belastung. So etwas ist mir noch nie passiert und ich kann es auch nur begreifen als folterähnliche Methoden, wie wir behandelt wurden. Ich hatte den Eindruck, daß ganz bewußt versucht wurde uns im Kessel so lange zu behalten — manche mußten ja bis zu 13 Stunden dort stehen — um uns psychisch kaputt zu machen.

In der Alsterdorfer Polizeikaserne wurde ich dann in einen Umkleideraum gebracht, ich mußte meine Sachen abgeben, meine Taschen entleeren, ich bin nicht wie andere gefilzt worden und mußte mich auch nicht bis auf die Unterhose — wie andere — ausziehen. In Alsterdorf in der Turnhalle war ein Viereck durch Bänke abgetrennt. Ich hatte die Nummer 66 bekommen, und dort saßen schon Bekannte, Freunde, die vorher dort hin gebracht wurden auf dem Fußboden. Das Sitzen auf den Bänken, die uns umgaben, war verboten — wir wurden angepöbelt, wenn wir das versuchten. Erst nach

langer Zeit wurde uns etwas Knäckebrötchen gegeben, dann war auch die Einsatzleitung bereit, uns die Turnmatten im kleinen Kessel zu geben, wir bekamen auch etwas zu trinken. Auf unsere Fragen, was mit uns passieren würde, habe ich niemals eine Antwort bekommen, wie ich auch niemals eine Antwort auf meine Fragen an Beamte bekam, als ich im Kessel war.

Gegen 3 Uhr wurden die ersten drei aufgerufen, die dann nach Hause gehen durften. Das lief so ab: Ein Beamter kam mit drei Plastikbeuteln, in denen die Sachen waren, herein, verlas die Namen und dann durften sie unter Begleitung der Polizei hinausgehen. Nach 20 Minuten wurden wieder drei freigelassen. Nach 10 Minuten kam der Beamte wieder mit drei Beuteln, hielt sie hoch in der Hand und ließ sie auf den Boden fallen. Dort lagen sie dann. Als wir fragten, ob wir nicht raus könnten, sagte er: „Wenn ihr so häufig auf Toilette geht, habe ich keine Beamten mehr, die euch dann hinausbegleiten.“ Das mit dem Hochhalten und Fallenlassen der Beutel geschah häufig.

Ich wurde gegen 4 Uhr aufgerufen und durfte dann raus begleitet von Bemerkungen wie „Euch Gesocks werden wir bald wiederkriegen, aber dann seht ihr anders aus“, „Euch werden wir fertig machen, so werden wir uns nie wieder begegnen, so wie ihr jetzt aussieht“.

Als wir dann freigelassen wurden, als keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr führen, war das so ein Gefühl von Solidarität und Geborgenheit, als die Taxifahrer, die auf der Feldstraße bei ihrer Solidaritätsfahrt ja auch zusammengeschlagen worden waren, daß die dann einen Abholdienst organisiert hatten und uns bis vor die Haustür brachten. Das war eine wichtige, gute Erfahrung.

In den Tagen nach der Einkesselung — bis Donnerstag — wenn ich zurückdachte oder wenn ich erzählte, was ich erlebt hatte, bekam ich Weinanfälle. Ich weiß, daß es nicht nur mir so ging. Fast alle, mit denen ich gesprochen habe, haben solche oder ähnliche psychischen Erschöpfungszustände bekommen.

Die Demo am Donnerstag war eigentlich die Umkehr von dem, was in mir vorging. Zum erstenmal konnte ich danach wieder ruhig schlafen, ich war vollkommen fröhlich, zuversichtlich, mir ging es wahnsinnig gut, diese Fröhlichkeit, diese Entschiedenheit zu erleben und vor allem diese Massen, die ich überhaupt nicht erwartet habe. Es war fast so etwas wie eine Aufbruchsstimmung zu etwas Neuem, und ich denke, daß von dieser Demo viel Kraft ausgegangen ist, um diese Erlebnisse, die viele in Brokdorf und den umliegenden Orten gemacht haben, zu überwinden und sich nicht resignierend irgendwo zurückzuziehen, sondern weiterzumachen.

Für mich ist ganz wichtig zu erzählen und überall zu berichten, was mit Menschen geschieht, die sich gegen die Atomtechnologie äußern und auch zu versuchen, daß ein Druck entsteht, daß die Atomanlagen hier und in möglichst vielen Ländern abgeschaltet werden.

Wir wollen versuchen öffentlich zu machen, daß uns eine Debatte aufgezwungen wird, die Debatte über Gewalt, in der wir uns kaputt machen, das ist das Ziel der Politiker und der Industrie. Wichtig ist, daß wir uns davon nicht irritieren lassen. Diese Distanzierungs Krankheit darf uns eben nicht ergreifen. Ich kann mich nur von Sachen distanzieren, mit denen ich mich vorher identifiziert habe.

Im kirchlichen Bereich diskutieren wir, was wir tun, wenn das KKW Brokdorf angeschlossen wird. Für uns ist ganz eindeutig: dieses Kernkraftwerk darf niemals ans Netz geschlossen werden und die anderen müssen abgeschaltet werden.



**Erklärung eines Teils des Ensembles des Thalia-Theaters vom Sonnabend (7.6.), nachdem eine Gruppe von Demonstrant/inn/en die Vorstellung unterbrochen hatte, um gegen das Vorgehen der Polizei gegen die Brokdorf-Demonstration zu protestieren.**

Wir erklären uns solidarisch mit den Demonstranten, die heute zu uns ins Theater gekommen sind, weil auch wir es für problematisch halten, die Freiheit der Kunst zu behaupten, wenn die Freiheit, das Recht auf Demonstration wahrzunehmen, die das Grundgesetz garantiert, zur selben Zeit mit Polizeigewalt verhindert wird. Denn die Unruhe, die uns alle umtreibt, ist nichts anderes als das Bewußtsein, daß nach einem — von keinem Wissenschaftler oder Politiker auszuschließenden — AKW-Unfall NICHTS mehr sein wird. Kein Theater, kein Streit mehr über Wann und Wie einer Demonstration.

Und auch keine Polizei.

Christoph Bantzer  
Ulrich Pleitgen  
Dominique Horwitz  
Kai Maertens  
Peter Maertens  
Lena Stolze  
Hans Kremer  
Stefan Kurt  
Circe  
Heike Falkenberg  
Peter Danzeisen  
Hans Schlicht  
Angela Schemelec



# Massenanklagen gegen Polizei und Senat

Wir, 40 Hamburger Anwälte, die mit Mandanten aufgrund der Demonstration in Brokdorf am 7.6.1986 und in Hamburg am 8.6.1986 befaßt sind, erheben schwere Vorwürfe gegen die Polizei in Schleswig-Holstein und in Hamburg.

Die Polizei hat die Ausübung des Demonstrationsrechts verhindert, indem sie

- willkürlich Sperren auf den Zufahrtswegen errichtet,
- Personen willkürlich angegriffen,
- willkürlich und rechtswidrig CS-Gas eingesetzt und schließlich Autos demoliert hat.

Die am darauffolgenden Tag in Hamburg stattfindende Demonstration wurde von der Polizei komplett eingekesselt (838 in Gewahrsam Genommene). Die Gefangenen wurden gezwungen, bis zu 13 Stunden ohne Verpflegung auszukommen, nur in Ausnahmefällen wurde die Benutzung von Toiletten gestattet.

Wir haben uns entschieden, für unsere Mandanten bei den Verwaltungsgerichten Klagen mit dem Ziel einzureichen, feststellen zu lassen, daß das Demonstrationsrecht durch die Polizei fundamental verletzt wurde und daß das Vorgehen der Polizei rechtswidrig war.

Weiterhin werden wir für unsere Mandanten Strafanzeigen gegen die für die Einsätze und Übergriffe Verantwortlichen und gegen die einzelnen Beamten erstatten.



**Für unsere Mandanten ist es eine wertvolle Hilfe, wenn möglichst zahlreiche Augenzeugenberichte, sowie Bild- und Tondokumentationen zur Verfügung gestellt werden. Wir rufen daher dazu auf, Beweismaterial an den Ermittlungsausschuß der BUU, Hamburg, Weidenstieg 17, Telefon 400 423, zu schicken.**

Rechtsanwalt Hartmut Scharmer  
i.V. der 40 Rechtsanwälte  
Laufgraben 37, 2000 Hamburg 13,  
Tel. 44 44 74/75

Rechtsanwalt Eckhard Klitzung  
Hamburger Strafrechtsvereinigung e.V.

Rechtsanwältin Juliane Huth  
Republikanischer Anwaltsverein

Hamburg, den 11. Juni 1986

Es sind Arbeitsgruppen gebildet worden, die folgende Punkte bearbeiten:

1. Die Klage beim Verwaltungsgericht, um die Rechtswidrigkeit der Einkesselung von 780 Demonstranten feststellen zu lassen. An dieser Klage können sich alle Betroffenen beteiligen.
2. Das juristische Vorgehen gegen die Behinderung der Brokdorf-Demonstration sowie der Anfahrtswegen. Hier sollen Klagen gegen die Polizeisperren, den Gasgranaten-Einsatz sowie gegen die Polizeiübergriffe am Baugelände erhoben werden. Auch hieran können sich Betroffene beteiligen.
3. Vorbereitung von Strafanträgen gegen die für den Polizeieinsatz am Heiligengeistfeld verantwortliche Polizeiführung und Politikern.
4. Erstellung von Strafanzeigen, die sich vorrangig mit dem Vergehen der Polizei auf dem Anfahrtswegen nach Brokdorf befassen.
5. Durchsetzung von Schmerzensgeld- und Schadenersatzforderungen wegen der von der Polizei beigebrachten Verletzungen sowie Sachschäden (Taxen).



## Laßt Frank Stülcken frei!

Unser Freund Frank Stülcken wurde am 9. Juni kurz nach Mitternacht verhaftet. Bei der Verhaftung wurde er, obwohl er sich nicht wehrte, so schwer verletzt, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Frank ist inzwischen in die Jugendstrafanstalt Neuen- gamme gebracht worden und sitzt dort in Untersuchungshaft. Man wirft ihm vor, einen Molotowcocktail in eine Gruppe von Polizeibeamten geworfen zu haben. Obwohl bei dem Wurf des Molotowcocktails kein Beamter verletzt wurde, wurde der Haftbefehl wegen des Vorwurfs der versuchten Tötung ausgestellt. Eine Haftverschonung bis zum Beginn der Hauptverhandlung ist somit aufgrund der Schwere des Schuldvorwurfes ausgeschlossen.

Wir, die Initiatoren der Unterschriftensammlung, sind davon überzeugt, daß Frank die ihm zur Last gelegte Tat nicht begangen hat und wir werden alles tun dies zu beweisen, dies kann langwierig und ggf. erfolglos sein.

Daher ist für uns z.Zt. am wichtigsten, Frank aus der Haft zu bekommen. Aus diesem Grund machen wir unsere Einschätzung von Franks Unschuld nicht zur Grundlage des zu unterschreibenden Textes und begnügen uns damit, die offensichtliche Absurdität des Vorwurfs des versuchten Totschlags in den Vordergrund zu stellen!

## An den zuständigen Richter und den zuständigen Staatsanwalt

Wir, die Unterzeichnenden, sind empört über den Frank Stülcken gegenüber erhobenen Vorwurf des „versuchten Totschlags zum Nachteil eines Polizeibeamten“. Selbst wenn man einmal annimmt, Frank hätte wirklich einen Molotowcocktail geworfen, so kann hieraus keinesfalls eine Tötungsabsicht abgeleitet werden. Wir fordern daher die Selbstverständlichkeit einer sachlichen Bewertung der unterstellten Tat und die Aussetzung des Haftbefehls bis zum Abschluß der Hauptverhandlung.

Lasst Frank Stülcken frei!

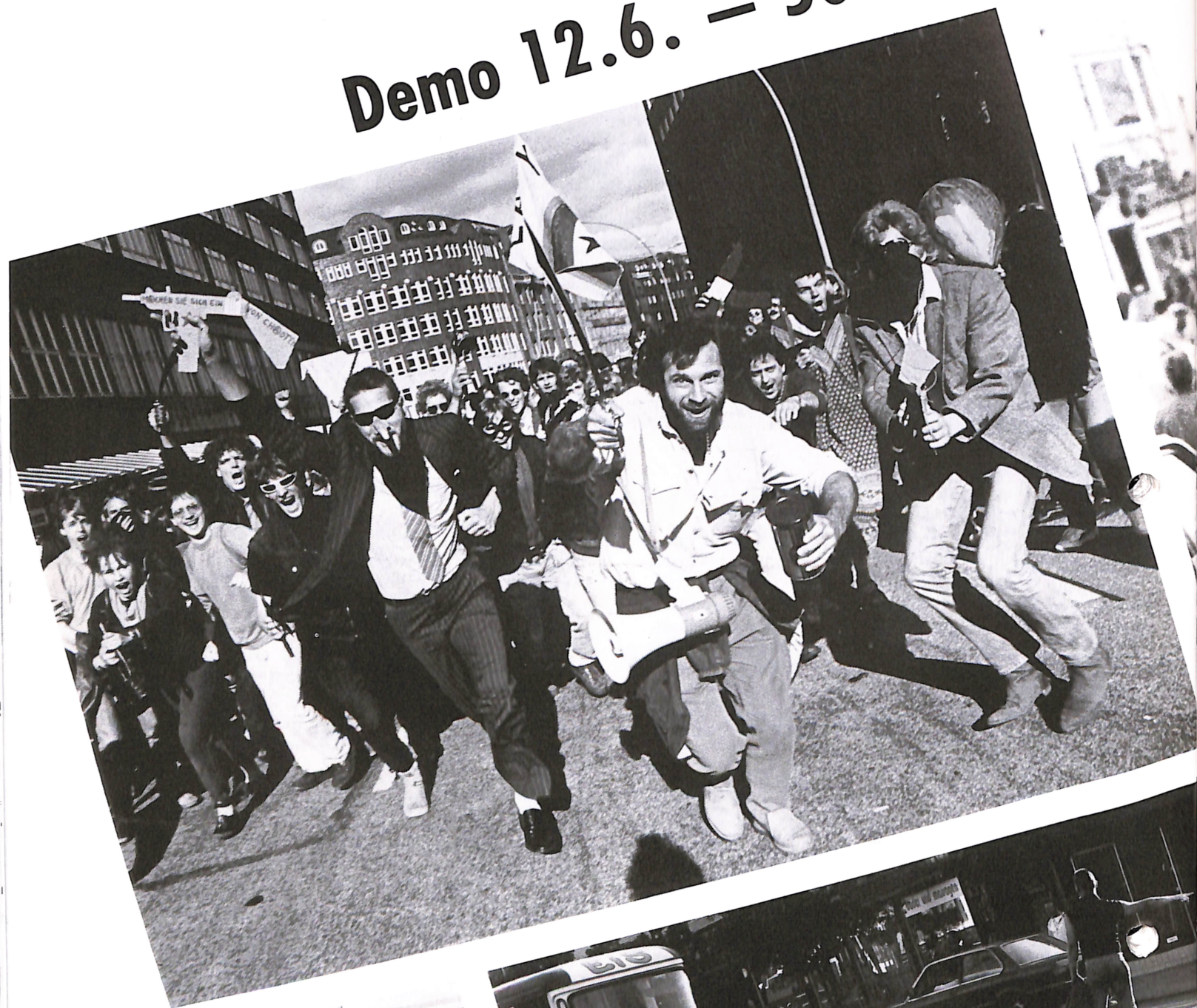
### Erstunterzeichner:

Christian Arndt — Pastor, Gerald Pump-Berthé — Schulleiter, Elke Dröschner — Galeristin, Elfi Gehrt — Verlegerin, Thomas Ebermann — Landesvorstand/DIE GRÜNEN, Jörg Grasshof — Karosseriebauer/Betriebsrat, Thomas Frahm — Musiker, Axel Gerntke u. Jörn Riedel — AStA-Vorstand/Uni-HH, Jens Flegel — DKP Bezirksvorstand Hamburg, Wolfgang Grell — Pastor, GAL-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft, Didaktisches Zentrum Hamburg, Dr. Rudolf Führer — wissenschaftlicher Angestellter, Christina Kukiela — Spitzenkandidatin der GAL-Liste zur nächsten Bürgerschaftswahl, August Moritz — Rentner, Karin Meier — Dozentin, Rainer Trampert — Bundesvorsitzender der GRÜNEN, Dr. Franzjosef Schuh — Dozent, Dr. Martin Schmidt — wissensch. Ang., Claudia Neumann — Elternratsvorsitzende Gym. Altona, Dorothee Sölle — Theologin u. Publizistin, Prof. Dr. Steffensky

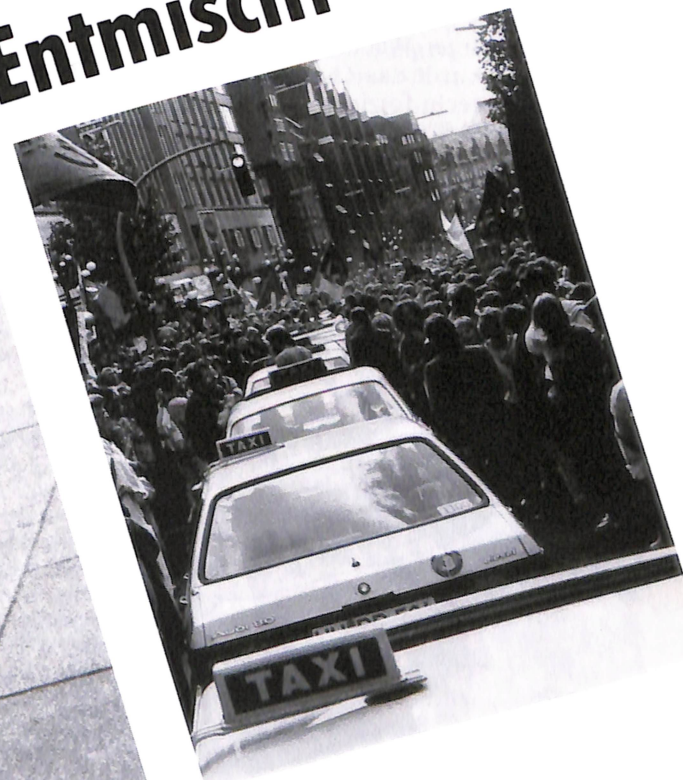
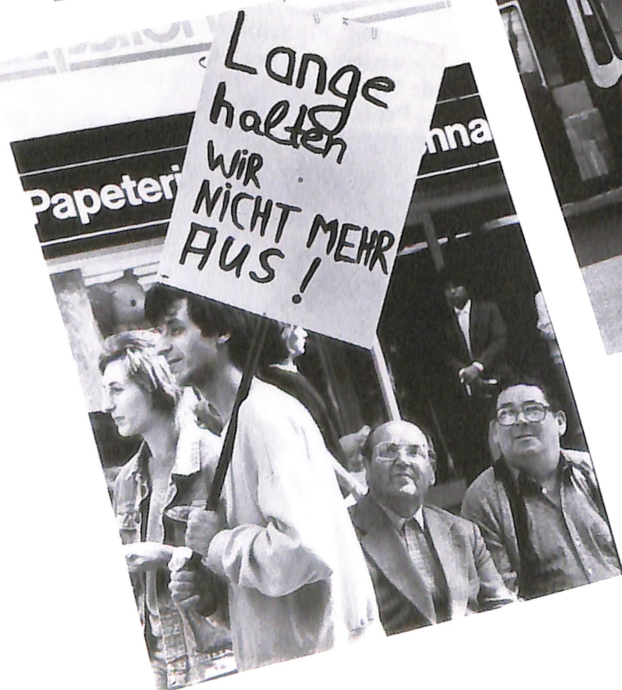




Demo 12.6. — 50.000



Entmischt wird nicht!





## Solidarität in der Region

In vielen Städten wurden aus Protest gegen den Polizeieinsatz in Brokdorf, Kleve und Hamburg und gegen die weiträumigen Anreisebe-/verhinderung zur Demonstration am 7. Juni Protestaktionen organisiert, Flugblätter und Resolutionen verfaßt. Einen kleinen Querschnitt aus einigen Städten im folgenden.

### Freiburg

Im inzwischen regierungsamtlich zur „Chaotenhochburg der Bundesrepublik“ (Regierungspräsident Nothelfer) gekürten Freiburg demonstrierten am Dienstag nach dem Brokdorfer/Wackersdorfer Wochenende etwa 300 Menschen gegen Polizeistaat und Chaotenhetze. Von den Aufrufern war die Aktion mit autonomem Outfit als „Lärmdemo“ angekündigt worden. Eine von weither zusammengezogene und schon zahlenmäßig übermächtige Bullenarmee kesselte die Demo sandwichartig ein und schob sie die zentrale Einkaufsstraße einmal rauf und runter.

Hier und eine Woche darauf, als eine angemeldete Südafrikademo von Einsatzkommandos in Zivil überfallen wurde, ist deutlich geworden, daß gegen die Verschärfung der Polizeieinsätze eine breit angelegte und massenhafte Mobilisierung vonnöten ist. Wie sagte doch der (ganz zu Unrecht der „Appeasement-Politik“ bezichtigte) Freiburger OB Böhme (SPD) so richtungsweisend: Oberstes Ziel polizeilicher Einsätze in Freiburg sei es, nicht die „Solidarität zwischen dem harten Kern der Chaoten und den Mitläufern (zu) begünstigen“ und Großdemonstrationen zu verhindern. (Freiburger Wochenbericht, 19.6.86)

Am 11.6. wurde das Thema bei einer schon länger geplanten und recht fetzigen Studentendemonstration gegen den AKW-Staat weiter verfolgt. Nach einem Rund-

gang durch den Unibetrieb zogen die etwa 300 Teilnehmer durch die Innenstadt — von der offenbar unvorbereiteten Polizei diesmal eher passiv begleitet.

### Wiesbaden und Frankfurt

Am 14.6.86 gab es in Wiesbaden eine große Anti-AKW-Demonstration. Die Atomkraftgegner/innen wandten sich vor allem gegen die Spaltungsversuche in „Friedliche“ und „Chaoten“, wie sie seit dem Wochenende 7./8. Juni verstärkt von den Medien gepredigt worden ist.

### Göttingen

Gegen den Polizeiterror in Kleve und die Einkesselung der Hamburger Demonstranten und Demonstrantinnen richtete sich die Demonstration von 800 AKW-Gegner/innen am 13.6.

### Flensburg

Eine für Flensburger Verhältnisse große Demonstration mit circa 600 Menschen richtete sich gegen die Aufhebung des Demonstrationsrechtes in Hamburg und den Polizeiterror gegen die Brokdorfdemonstrant/innen am 7. Juni in Brokdorf, Kleve und anderswo auf den Anreisewegen.



# Polizeistadt I N F O 2

Herausgegeben vom Ermittlungsausschuß der BUU

### Der Senat gibt bekannt:

#### Polizei-Kessel jederzeit wiederholbar

Die stundenlange Einkesselung von mehr als 500 Menschen auf dem Heiligengeistfeld durch die Polizei war „prinzipiell vertretbar“. Generell sind solche Kessel-Aktionen der Polizei zulässig, also muß mit ihnen auch in Zukunft gerechnet werden. Die Polizei muß auf solche Aktionen durch „verbesserte Planung“ und Ausbildung gezielt vorbereitet werden. Das ist das Fazit der Stellungnahme des Senats vom 13. Juni zu dem Polizei-Aktionen am 8. Juni. Ein neues polizeitaktisches Mittel ist damit offiziell ins bundesdeutsche Gewohnheitsrecht eingeführt worden. Und wieder einmal, wie schon oft in der Vergangenheit, übernahm die SPD die Pionierrolle. Von Flensburg bis zum Bodensee werden sich Polizeichefs und Politiker in Zukunft auf das Hamburger Modell beziehen können. Kaum noch verblüffend, daß diese Senatsstellungnahme auch von den vorübergehend als liberale Kritiker aufgefallenen Senatoren Kubbier und Ehlers offenbar voll mitgetragen wird.

### Verantwortlich für den Polizei-Kessel:

#### Lange und Dohnanyi

Im POLIZEISTADT-INFO Nr. 1 wurde eingeschätzt, daß die Kessel-Taktik am 8. Juni nicht das Werk mittlerer Polizeifunktionäre war, sondern direkt im politischen Auftrag von Innensenator Lange und Bürgermeister Dohnanyi angewendet wurde. Diese Bewertung wurde kurz darauf offiziell bestätigt. Noch am Sonntagabend gab sich Lange persönlich als Auftraggeber zu erkennen: „Wir mußten verhindern, daß eine Schneise der Gewalt durch die Stadt geschlagen wird“. Unter den auf dem Heiligengeistfeld Einkesselten seien „viele polizeibekannte Sympathisanten der RAF, Leute aus der Hafenstraße und sogenannte Autonome“ gewesen. Lange am folgenden Montag: „Die Polizei hat entschlossen und umsichtig gehandelt. Durch ihr rechtzeitiges Eingreifen ist es ihr gelungen, den geplanten gewalttätigen Aufzug durch die Stadt zu verhindern. Ich billige die Einsatzkonzeption der Polizei und die polizeilichen Maßnahmen ausdrücklich. Sie waren nach der Situation erforderlich und angemessen.“

Bürgermeister Dohnanyi schloß sich ohne Wenn und Aber seinem Innensenator an: „Der Innensenator und die Polizei hatten eine schwierige Lage zu bewältigen. Die Bedrohung, die von den Gewalttätern ausging, war offenkundig... Senator Lange hat mein Vertrauen.“ Selbst die eigentlich politisch naheliegende Chance, ein bedauerndes Wort zu einigen konkreten Aspekten des konkreten Ablaufs zu sagen und die Betroffenen deswegen um Entschuldigung zu bitten, wurde von Lange und Dohnanyi bewußt ausgeschlagen.

Daraus ergibt sich: Dohnanyi und Lange sind für den Polizeieinsatz am 8. Juni politisch voll verantwortlich. Und zwar verantwortlich nicht nur für das Gesamtkonzept, sondern auch für sämtliche Aspekte der praktischen Durchführung. Sei es, daß konkrete Anweisungen der beiden Politiker vorlagen, oder sei es, daß die Polizeiführung mit einer Art Blankovollmacht ausgestattet war, sodaß sie von vornherein absolut sicher sein konnte, daß selbst grob rechtswidriges und sadistisches Verhalten von der obersten politischen Führung abgeschirmt werden würde. Es muß also festgestellt werden: Wenn Frauen wie Männer stundenlang daran gehindert wurden, eine Toilette benutzen zu können, geschah das mit vorhergehender Billigung von Lange und Dohnanyi. Wenn die Einkesselten stundenlang dicht gedrängt stehen mußten und bis zum Abend keine Verpflegung bekamen, so geschah dies mit Billigung von Lange und Dohnanyi. Wenn um 8 Uhr abends, acht Stunden nach Beginn der Einkesselung, immer noch 200 Menschen festgehalten wurden und die letzten Gefangenen erst

nach 1 Uhr nachts abtransportiert wurden, so geschah auch dies mit Billigung von Lange und Dohnanyi.

### Beabsichtigt: Einschüchterung durch Bestrafung

Warum dieser politische Auftrag an die Polizei? Der angegebene Grund, man habe geplante Gewalttaten verhindern wollen, hält der Logik nicht stand. Falls tatsächlich militante Aktionen geplant gewesen wären, so wären diese durch eine Einschließung von 500 Demonstranten rund um die Uhr nicht zu verhindern, sondern allenfalls zu verschieben gewesen. Gerade das von Lange beschworene militante Spektrum neigt erfahrungsgemäß nicht dazu, sich durch harte Polizeitaktik dauerhaft einschüchtern zu lassen. Viele Beobachter der Vorgänge vom 8. Juni bezweifeln, ob es ohne das Eingreifen der Polizei am 8. Juni überhaupt zu einer Demonstration mit militanten Aktionen gekommen wäre. Mit Sicherheit steht hingegen fest, daß es, hervorgerufen durch den stundenlangen Polizeikessel, an den Polizeiketten rund um die Feldstraße bis nach Mitternacht immer wieder zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen kam.

Die konkreten Umstände des Polizeikessels werden nachträglich mit technischen und ausbildungsmäßigen Unzulänglichkeiten begründet. Angeblich war die Polizei nicht in der Lage, die Einkesselten zügig abzutransportieren. Auch diese Behauptung ist unglaubwürdig. Mit der Einkesselung von mehr als 500 Menschen unter freiem Himmel, über einen Zeitraum bis zu 13 Stunden, unter Einsatz von 1200 Polizisten auf engstem Raum, hat die Polizeiführung zweifellos nicht die bequemste, sondern die mit Abstand schwierigste Methode der „Problemlösung“ gewählt.

Es gibt letztlich keinen begründeten Zweifel gegen die Bewertung, daß der Polizeikessel am 8. Juni vor allem als Bestrafungsaktion gemeint war. Indem man 500 wahllos herausgegriffene AKW-Gegner unter stundenlangen Arrest stellte und teilweise offen sadistisch schikanierte, sollte Angst und Resignation in weiten Teilen der Anti-AKW-Bewegung produziert werden. Alle konkreten Schikanen, etwa die Verweigerung von Toiletten über mehrere Stunden hin, die Ausdehnung des Kessels bis nach Mitternacht usw., waren keine ungewollten Entgleisungen, sondern gehörten zum Bestrafungskonzept.

### Die Kritiker im Senat

Ein wohl einmaliger Vorgang ist, daß die Senatoren Ehlers und Kubbier öffentlich ihre Kritik am Polizeieinsatz vorbrachten. Der Schritt an die Öffentlichkeit war ihnen durch einen taktischen Schachzug Langes und Dohnanyis aufgeboten worden: Trotz kontroverser Debatten im Senat war eine Presseerklärung erschienen, die gezielt den Eindruck erweckten, als stünde der Senat insgesamt hinter der bedingungslosen Zustimmung Langes und Dohnanyis für den Polizeieinsatz. Eher formal und zurückhaltend fiel die Kritik von Kubbier aus: Er habe Zweifel, ob die Polizei sich richtig verhalten habe und alle Maßnahmen erforderlich und angemessen gewesen seien. Der Senat habe sich vorbehalten, sich dazu seine Meinung erst noch zu bilden.

Hart zur Sache ging hingegen Senator Ehlers: er halte das Vorgehen der Polizei für „rundum menschenunwürdig“ und würde „eine Wiederholung nicht ohne öffentlichen Widerspruch hinnehmen“. Der Polizeikessel auf dem Heiligengeistfeld sei zwar „entschieden nicht ein Sportstadion in Chile“ gewesen, „aber die Grenzlinie dazu wird mir in der Methode polizeilichen Vorgehens zu undeutlich.“

Es folgte, wie kaum anders zu erwarten, die Abfertigung der beiden vorlauten Kritiker nach allen Regeln der sozialdemokratischen Kunst. Bericht der BILD: „So können wir Hamburg nicht regieren“, habe Dohnanyi im Senat „mit



schneidender, eisiger Stimme" in Richtung Ehlers und Kuhbier erklärt. Die beiden Rundgemachten hätten prompt „rote Ohren" gekriegt, während der Rest der Senatsrunde dem Bürgermeister zustimmend zugnickt habe. Eine von Dohnanyi eigenhändig formulierte Resolution wurde angenommen, in der es heißt: „Der Senat stellt fest, daß die Veröffentlichung von Meinungsverschiedenheiten im Senat durch Senatsmitglieder mit einer kollegialen Senatsarbeit nicht vereinbar ist...Der Senat hat aus diesem Grunde die Mißbilligung des Ersten Bürgermeisters zustimmend zur Kenntnis genommen." BILD: Dohnanyi habe gefragt, ob über diese Stellungnahme im Senat Einvernehmen herrsche. Daraufhin hätten „mit hochroten Köpfen" auch Ehlers und Kuhbier zugestimmt. Ein Exempel an Feigheit und Opportunismus, das leider die vorhergehende Kritik der Beiden wieder sehr entwertet. Seit dieser Abkanzelung durch Dohnanyi war von den beiden denn auch kein kritischer Laut mehr zu vernehmen.

Die Logik hinter diesem Vorgang ist erschlagend: Lange und Dohnanyi dürfen in aller Öffentlichkeit einen Polizeieinsatz vorbehaltlos billigen, über den sich der Senat angeblich erst noch auf Grund genauerer Sachinformationen ein Bild machen will. Widerspricht ihnen dann aber genauso öffentlich ein Senatskollege, dann ist der Teufel los von wegen „Disziplinosigkeit" und „unsolidarischem Verhalten". Schlußfolgerung: Wer als sozialdemokratischer Politiker einen Polizeieinsatz billigt, der von der SPD selbst zu verantworten ist, kann gar keinen Fehler machen. Wer aber einen solchen Polizeieinsatz kritisiert, riskiert seine politische Karriere. So kommt es denn, daß die SPD am Brokdorf-Wochenende genau das gleiche Polizeikonzept praktiziert, das sie in Schleswig-Holstein aus der bequemen Oppositionsrolle heraus heftig kritisiert.

#### Wiederholungstäter

Am 13. Juni wurde eine zusammenfassende Stellungnahme des Senats zur Polizeitaktik am 8. Juni veröffentlicht. Da gegenteilige Stellungnahmen nicht vorliegen, ist davon auszugehen, daß diesem Papier auch die Kritiker Ehlers und Kuhbier nicht widersprochen haben. Der harte Kern des Senatspapiers besteht in der Aussage: „Der Senat hält Einschließungen in außergewöhnlichen Situationen für zulässig, wenn den rechtsstaatlichen Abwägungsgeboten genüge getan wird. Dies hat die Polizei aus ihrer Sicht bejaht. Die Entscheidung über die Einsatzkonzeption muß den jeweils verantwortlichen Stellen der Polizei bzw. dem Innensenator im Rahmen rechtsstaatlicher Abwägung überlassen bleiben, wenn den Verantwortlichen ein zweckmäßiges Verhalten vor Ort und unter schnell wechselnden Bedingungen möglich bleiben soll." Es gebe keine Verpflichtung der Polizei, eine Menschenansammlung vor der Einkesselung erst noch zur Auflösung aufzufordern.

Selbstverständlich war an der Situation, die am Sonntagmittag vor dem Polizeieinsatz bestand, absolut nichts „außergewöhnliches". Die bloße Annahme, daß eine geplante, aber noch nicht einmal begonnene Demonstration einen „gewalttätigen Verlauf" nehmen könnte, gehört zum Polizeialltag. Man denke dabei auch an die Vielzahl von völlig friedlich verlaufenen Demonstrationen, vor denen von Polizei und Presse „Krawalle" prognostiziert worden waren. Der Senatsbeschuß besagt vor diesem Hintergrund, daß nahezu jede Demonstrationssituation eine polizeiliche Einkesselung rechtfertigen könnte. Das ist eine Blankovollmacht für eine polizeiliche Einsatzform, die in Hamburg am 8. Juni erstmals angewendet wurde. Zukünftig muß also wirklich jeder, der sich auf den Weg zu einer Demonstration macht, damit rechnen, von der Polizei unter stundenlangen außergerichtlichen Arrest genommen zu werden. Der Senatsbeschuß zeigt außerdem, daß die Vollmacht für die Durchführung solcher Einkesselungen völlig an die Polizeiführung und den Innensenator delegiert worden sind. Der konkrete Ablauf bleibt ihrer „rechtsstaatlichen Abwägung" überlassen. Wobei das Attribut „rechtsstaatlich" allerdings nur die Tatsache kaschieren soll, daß hier rechtsstaatliche Mechanismen weitgehend außer Kraft gesetzt werden. Mit diesem Senatsbeschuß ist klar, daß solche Polizeiaktionen, wenn sie stattgefunden haben, per se auch rechtsstaatlich „vertretbar" gewesen sein werden. „Prinzipiell" sowieso, und im Einzelfall hat die Polizei das Definitionsmonopol, ob eine „außergewöhnliche Situation" vorlag, ob ein „gefährliches Gewaltpotential" zu erwarten

war, usw. Zweifellos wird eine Einkesselung großer Demonstrantenmengen zukünftig immer „zulässig" sein, nachdem einzelne militante Aktionen vorgekommen sind. Die Polizei braucht aber solange nicht unbedingt zu warten, sondern kann auch „präventive" (vorbeugende) Einschließungen unter Berufung auf ihr angeblich vorliegende Erkenntnisse durchführen.

Erinnern wir uns: Ausgangspunkt war eine Polizeiaktion, der zwei Senatoren öffentlich widersprachen und die laut Presseberichten auch von vier weiteren Senatoren kritisiert wurde. Herausgekommen ist am Ende eine vom gesamten Senat abgesegnete Generalvollmacht für Innensenator Lange und die Polizeiführung, zukünftig von der neuen Einsatzform nach Gutdünken Gebrauch zu machen.

#### Polizei-Kessel: Ein Modell für die Zukunft

Die Polizeiaktion am 8. Juni ist neben dem unmittelbaren Effekt der Bestrafung und Einschüchterung auch als Übung großen Stils zu werten. Geprobt wurde die Einschließung und Festsetzung großer Menschenmengen über einen längeren Zeitraum. Wofür die praktischen Lehren aus dieser Übung zukünftig noch dienen sollen, kann man sich nur ausmalen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Detailkritik am Polizeikessel in der Senatsstellungnahme zu sehen: Die Frist zwischen der Entscheidung zur Einkesselung bis zur letzten Entlassung eingeschlossener Demonstranten sei mit über 15 Stunden unverträglich lang gewesen. „Einer der Gründe" — welches waren die anderen Gründe?! — „für diesen langen Zeitablauf" sei eine anfängliche „Unterschätzung der Zahl der eingeschlossenen Personen" durch die Polizei gewesen. „Durch diese Fehleinschätzung ist es auch zu unangemessenen Beeinträchtigungen von nicht gewalttätigen Demonstranten gekommen". Dies solle zukünftig „durch verbesserte Planung und Ausführung unter allen Umständen vermieden werden".

Dieser Aussage steht aber die Tatsache entgegen, daß Einkesselungen als Polizeimittel prinzipiell akzeptiert bzw. durch die Senatsstellungnahme überhaupt erst offiziell in den bundesdeutschen Polizeialltag eingeführt worden sind. „Unangemessene Beeinträchtigungen von nicht gewalttätigen Demonstranten" sind damit auch für die Zukunft vorprogrammiert.

Was hingegen praktisch passieren wird, ist wohl dies: Die Hamburger Polizei wird von oben nach unten gezielt darauf vorbereitet und eingeübt werden, Masseneinschließungen, Massenfestnahmen und Massentransporte bei Demonstrationen durchzuführen. Aus der Kritik an einzelnen „Beeinträchtigungen" im Zusammenhang mit der stundenlangen Einschließung unter freiem Himmel wird die Notwendigkeit hergeleitet werden, für die Zukunft Gefangenenmülllager mit großen Kapazitäten vorzubereiten, sowie den zügigen und reibungslosen Transport der Gefangenen vom Polizeikessel in Sammellager präventiv zu planen und zu organisieren. Zukünftig sollen, wie nach Brokdorf beschlossen wurde, Staatsanwälte unmittelbar vor Ort die „Ermittlungen" gegen Gefangene einleiten. Wenn man diesen Schritt im Zusammenhang mit der Vorbereitung von Polizeikesseln und Gefangenenmüllagern sieht, liegt der Verdacht nahe, daß der Weg zu einer institutionalisierten Schnelljustiz nicht mehr weit ist.

#### Schlußbetrachtung

Dieser Polizeieinsatz hat in Hamburg sehr viel Kritik hervorgerufen, nicht nur aus dem „ewig kritisierendem Lager", sondern ebenso aus der SPD, aus der Kirche, aus dem liberalbürgerlichen Lager. Überwiegend beinhaltet diese Kritik die Auffassung, der Polizeieinsatz sei grob verfassungswidrig gewesen und halte rechtsstaatlichen Prinzipien nicht stand. Unabhängig von einer juristischen Prüfung dieser Frage hat der Senat, allen voran Dohnanyi und Lange, deutlich gemacht, was er unter RECHTSSTAAT verstehen, nämlich das, was die kritische Meinung durchweg als POLIZEISTAAT bezeichnete. Wie schon dargelegt, handelt es sich bei diesem Polizeieinsatz nicht um einen Ausrutscher, sondern um eine kaltblütig geplante Aktion, wofür die „rechtsstaatlichen" Mittel mit den Polizeisondergesetzen auch schon zurechtgelegt worden sind. Leider behalten damit wieder einmal die Recht, die schon vor Jahren darauf hinwiesen, daß die gesamte Palette der Polizeisondergesetze wenig mit dem „Kampf gegen den Terrorismus" aber viel mit dem Zerschlagen gesellschaftlicher Opposition zu tun hat.

# Groß-AKTION in Brokdorf 7. Juni '86 Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen

DEMO Widerstands-Konferenz  
Vorbereitung Aktionen Aufruf

BROKDORF-SCHNELLINFO  
Nr. 1

Nachdem bereits vor dem Unfall in Tschernobyl aus Anlaß der Inbetriebnahme des AKW Brokdorf BIs und Grüne Schleswig-Holstein eine Aktion am 7. Juni geplant hatten, bekommt diese nach dem Unfall eine neue Dimension. Auf einer Aktionsberatung mit Anwesenden aus 30 Initiativen und politischen Gruppen in Norddeutschland ist bislang folgender Rahmen für die Großaktion am 7. Juni besprochen worden:

1. Am 7. Juni 1986 findet eine Großaktion in Brokdorf statt.
2. Es wird dazu aufgerufen, unmittelbar und massenhaft am Gelände des AKW unseren vielfältigen Protest und Widerstand auszudrücken.
3. Brokdorf soll am 13. Juni ans Netz gehen. Wir sehen die Großaktion als wichtigen gemeinsamen nächsten Schritt zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen für die sog. zivile und die militärische Nutzung der Atomenergie an.

4. Der genaue Ablauf, das konkrete Aktionsziel und die Organisation der Großaktion sollen auf einer überregionalen Aktionskonferenz am 24. Mai in Hamburg festgelegt werden. Darüberhinaus sollen bereits Überlegungen für die weiteren politischen Aktivitäten für die Zeit nach dem 7. Juni besprochen werden. Allenorts soll die kurze noch verbleibende Zeit genutzt werden, diese Fragen vorzudiskutieren und am 24.5. einzubringen.

5. Verschiedene Gruppen bemühen sich um die schnelle Herausgabe eines Aufrufs für den 7.6. Ein endgültiger gemeinsam getragener sollte am 24.5. erreicht werden.

6. Zur Feststellung weiterer gemeinsamer Initiativen schlagen wir eine bundesweite Konferenz vor, auf der Perspektiven, Aktionen, Fragen wie Volksentscheid sowie das Vorgehen gegenüber Parteien und Parlamenten besprochen werden sollten. Die Konferenz sollte in der Mitte der Republik so etwa am 21./22. Juni stattfinden.

7. Über die bundesweite Mobilisierung am 7. Juni gab es unterschiedliche Vorstellungen.  
a) Zur Brokdorf-Aktion soll bundesweit — bei Zustimmung der süddeutschen Gruppen — aufgerufen werden.  
b) Die Süddeutschen Gruppen sollten zeitgleich und mit einem gemeinsam verwendeten Aufruf an einem südlichen Ort, z.B. Wackersdorf, ebenfalls eine Großaktion durchführen.

Einigkeit bestand in der Festlegung auf Brokdorf. Eine Entscheidung über Wackersdorf liegt bei den süddeutschen Gruppen.

Termine:  
24. Mai, 13 Uhr: Brokdorf-Aktionskonferenz in Hamburg (Barmbek), 13 Uhr, Kampnagelfabrik, Halle 6, Jarrestraße 20-26  
30. Mai, Großveranstaltung in Hamburg  
7. Juni, Großaktion in Brokdorf

Kontaktadresse:  
BUU Hamburg, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel. 40 04 23

(Besprechung am 13.5. in Hamburg, Anwesenheit aus folgenden Gruppen und Initiativen: BIs Bergedorf, Pinneberg, BUU, Lüchow-Dannenberg, Wendlandplenum, Redaktion Atom, Göttinger AK gegen Atomenergie, BBA Bremen, BUND Hamburg, Hamburger Friedensinitiativen, Hamburger Forum, Friedenskoordination, Gewerkschafter gegen AKWs/Aktionskreis Leben, Grüne: Bundesvorstand, LVs Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen, GAL Hamburg, KB, DKP-Bergedorf, DFU Bergedorf, GIM, Graswurzelrevolution, Autonome Gruppen, Einzelpersonen. Vertretene Orte: Husum, Kiel, Pinneberg, Hamburg, Lüchow-Dannenberg, Braunschweig, Lüneburg, Göttingen, Bremen, Münster. Die Aufzählung heißt nicht, daß bereits alle anwesenden BIs und Gruppen legitimierte Entscheidungen getroffen haben).

Wir brauchen Spenden!  
Sonderkonto Horst Hofmann  
Postscheckamt Hamburg  
300 11 - 209

Beginn 13 Uhr (rechtzeitig anfahren, Verzögerung einkalkulieren!).



# Brokdorf Schnellinfo 2 24.5.86

Protokoll 20.5.86

Vorschlag für die Brokdorf-Aktionskonferenz am 24. Mai 1986  
 Beginn: Freitag, 13 Uhr, Kampnagelfabrik, Halle 6, Jarrestraße 20 - 26  
 Tagesordnungsvorschlag

1. Aussprache und Diskussion um die Ziele der Anti-AKW-Bewegung mit der Konsequenz der Festlegung eines konkreten Demonstrations- und Aktionsziels für den 7. Juni und bereits darüber hinaus.  
 Die Diskussion soll bis ca. 16 Uhr geführt werden. Am Ende muß auf jeden Fall das gemeinsame Ziel für den 7. Juni festgelegt sein.

Folgende Überlegungen wurden auf dem Vorbereitungstreffen am 20.5. in Hamburg zur Anregung für die weiteren Diskussionen gemacht:

- Einigkeit bestand in der Durchführung von Demonstrationen in Form des Annahrschleppens verschiedener Demonstrationen, deren Routen von den Verkehrsplanern noch festgelegt werden. Ziel ist eine Kundgebung direkt am Reaktorgelände.
- Keine Entscheidung ist bislang gefallen, ob die Demonstration und Kundgebung angemeldet werden sollen. Eine Entscheidung hierüber soll am 24. Mai fallen. Bis dahin hat man sich geeinigt, daß niemand einen solchen Schritt unternimmt. Die Meinungen dazu reichen von Inanspruchnahme des Demonstrationsrechts über das ist uns egal bis zur Ablehnung einer solchen Form, wir nehmen uns dieses Recht einfach.
- Während anwesende Autonome angesichts der Lage eine Demo gegen den Bauzan für unnötig hielten, wünschten Leute von der Graswurzel eine gemeinsame Aktion aller am Bauzan in Form einer Umzingelung zum Beispiel.
- Ein Vorschlag lautete, die Demonstration zwei Tage in Form von Belagerung / Unregelmäßigkeit des Landkreises durchzuführen.
- Ein weiterer Vorschlag lautete, die Großdemonstration als Ausgangspunkt für eine anschließende, über die ganze Woche durchgeführte Dauerblockade bis zur Inbetriebnahme am 13.6. zu nehmen.
- Diskutiert wurde, ob die Teilnahme von Kindern an der Demonstration sinnvoll ist. Schließlich begrüßte das Vorbereitungstreffen den Vorschlag von Kinderinitiativen, als Bestandteil der gemeinsamen Aktion in der Nähe von Demonstration und Kundgebung ein Kinderfest im Landkreis durchzuführen. Damit soll a) demonstriert werden, daß betroffene Eltern und Kinder dabei sind im Kampf gegen die Atomanlagen und die Kinder vor möglichen Angriffen der Staatsmacht geschützt werden sollen. Ob dieses Projekt so zu realisieren ist, wird derzeit noch überprüft.
- Es liegt ein Vorschlag vor, am 7. Juni gleichzeitig mit Schiffen, Booten und Floßen eine Wasserdemonstration auf der Elbe durchzuführen, möglicherweise auch eine Elbblockade.

Weitergehende Überlegungen:

- Überlegungen für eine längere Blockade des AKW Stade noch Ende Juni, eventuell in die beginnenden Sommerferien hinein. Eine solche Blockade könnte auch eine Reaktion auf einen entsprechenden Wahlausgang in Niedersachsen am 15. Juni sein.
  - Eine andere Überlegung sah als Zielpunkt für solche Aktionen das AKW Biblis in Hessen vor.
- Einigkeit bestand in der Notwendigkeit einer Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung zur Beratung der weiteren Schritte im Kampf gegen das Atomprogramm. Keine Einigung konnte über den Zeitpunkt erzielt werden. Gegenüber dem Datum 21./22. Juni wurde eingewandt, daß es sinnvoller sein könnte, eine solche Konferenz nach dem Sommer, zum Neuaufschwung der Bewegung durchzuführen.

2. Der Stand der organisatorischen Vorbereitungen.

- Kurzer Bericht zu Anfahrtsrouten und Verkehrslenkung. Ansprechpartner in verschiedenen Orten werden gesucht. Ebenfalls Kradmelder/innen.
- Kurzer Bericht von Saniausschüssen und Ermittlungsausschüssen zu ihrem Vorbereitungsstand und Verhaltensmaßnahmen in schwierigen Situationen. (siehe auch anliegenden des Blatt der Sanis).

- 4 -



# Brokdorf Schnellinfo 3 29.5.

Planung für die Brokdorf-Demo am 7. Juni

1. Dieses Info wird herausgegeben vom Hamburger Vorbereitungskreis, der auf einem Treffen in der BUU am 27.5. gebildet wurde. Er setzt sich aus Vertreter/innen zusammen, die den beiliegenden Aufruf unterstützen (je 1 aus BUU Pinneberg, BI Osterstraße/BUU Hamburg, GAL, KB, Hamburger Friedenskoordination, sowie je 1 aus den Ausschüssen Verkehr, Sani und Ermittlung). Ergänzt wird der Kreis durch Vertreter der Blockadegruppen und des Hamburger Landesjugendrings. Vereinbart wurde eine Kooperation mit den Gewerkschaften gegen Atom in Hamburg, mit der JBA Bremen, dem LBU Hannover und den Grünen Schleswig-Holstein. Der Kreis steht für weitere Gruppen offen, die Aufruf- bzw. Aktionsziel in ihrer Grundrichtung teilen; insbesondere wird weitere Mitarbeit von 31s gewünscht.  
 Nach der verkürzten Arbeitskonferenz am 24.5. soll unseres Ermessens die Mobilisierung für den 7.6. nicht darunter leiden. Wir schlagen daher forcierte Planungen und eine Koordinierung der Vorbereitungen möglichst aller Strömungen, weitgehend Vorabsprachen und Festlegungen vor. Für unser Handeln während der Demonstration wird es wichtig sein, daß alle anreisenden Gruppen eine eigene Struktur haben und zwischen diesen Strukturen die Möglichkeit für Information und Absprachen getroffen wird, damit wir uns bei problematischen Situationen schnell verständigen können. Erste Voraussetzung ist eine Vorabsprache über die Anreise (siehe Verkehrsplanung).

2. Zur Demonstration am 7. Juni:

- Über einstimmung bestand unter den 20 BIs und Gruppen in Hamburg, die Demonstration und eine Kundgebung am Reaktorgelände (auf dem NWK-Parkplatz) anzumelden. Wir wollen damit frühzeitig die Reaktion der Gegenseite testen und uns darauf einstellen. Neben juristischen und politischen Maßnahmen gegen ein mögliches Verbot soll auf jeden Fall am Aktionsziel festgehalten werden.

Der Anmelder Lars Hennings soll alle weiteren Reaktionen auf die Anmeldung mit dem Koordinierungskreis absprechen. Ihm wurde für alle möglichen Folgen aus der Anmeldung gemeinsame Unterstützung zugesagt.

3. Kundgebung:

- Wir gehen von einer Großkundgebung auf dem NWK-Parkplatz aus. Dort sollen Vertreter aus verschiedenen Regionen (Wackersdorf, Wendland, Brokdorf), sowie verschiedener Strömungen der Anti-AKW-Bewegung sprechen.

4. Kinderfest in Wilster:

- Es wird am 7.6. im Rahmen der Demonstration ein Kinderfest in Wilster stattfinden. Ein Sonderzug ist bestellt: Abfahrt 9 Uhr Hamburg-Altona, Karten 16 DM; Kontakt über Joachim Sucher, Tel. 040/390 94 52. Kulturbeiträge werden noch gesucht.

5. Brokdorf-Blockaden:

- Beiliegend der Aufruf der Graswurzelrevolution und gewaltfreier Aktionsgruppen für eine Blockade beginnend mit dem 5. Juni.

Leute, die an solchen Ausschüssen noch teilnehmen wollen, sollen sich rechtzeitig zu Beginn der Konferenz einfinden, um in Absprachen und Planungen eintreten zu können.

3. Verabschiedung eines gemeinsamen Aufrufs und Bildung eines Koordinierungsgremiums bis zum 7. Juni und am 7. Juni selber.  
 Einigkeit bestand, daß im Aufruf stehen soll:

- Die Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, weltweit; Brokdorf darf nie ans Netz gehen; Wackersdorf darf nicht gebaut werden.

Folgende Vorschläge sind gemacht, aber nicht ausdiskutiert: In den Aufruf soll der Aspekt Atomstaat; über Endlagerung reden wir nicht, wenn alle Atomanlagen stillgelegt sind; der Aspekt der Kriminalisierung darf nicht vergessen werden.

Versucht werden soll am 24.5. ein gemeinsamer Aufruf, der voraussichtlich auf der Versammlung als Tischvorlage da sein wird.

Ein anderer Vorschlag möchte einen gemeinsamen Aufruf in Form der Wiedergabe unterschiedlicher Standpunkte und Ansichten zum Widerstand und seinen Formen. Am Sonntag, 25. Mai wird vom dann neugebildeten Koordinierungsgremium eine Pressekonzferenz um 13 Uhr in den Räumen der BUU stattfinden

Kontakte:  
 Für Verkehrs-, Ermittlungs- und Saniausschüsse: Über das BUU-Büro erfragen!  
 Für die Vorbereitung der Elbedemonstration und Kinderblock/Kinderfest: ebenfalls über das BUU-Büro erfragen.

## Plakate

Seit Mittwoch, 21.5.86 haben wir ein Mobilisierungsplakat. Es hat das Format DIN A 1, ist in den Farben gelb und rot gedruckt, enthält ein Schild: Vorsicht Lebensgefahr sowie das Symbol für radioaktive Strahlung und die Aufschriften: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, Brokdorf darf nie ans Netz, Wackersdorf darf nicht gebaut werden, Großaktionen in Brokdorf und Wackersdorf am 7. Juni.  
 Plakatuhrzeichen ist die BUU, ihr könnt es bestellen (bitte schnell, damit wir rechtzeitig nachdrucken lassen können). Am liebsten wäre uns allerdings nicht der Versand, sondern daß ihr es unmittelbar am 24.5. hier in Hamburg mitnehmt. (Preis: 100 Plakate 50 DM).

## Finanzen:

Wir benötigen dringend Geld für die weitere Durchführung der Aktion. Teilt uns mal mit, was ihr uns zur Verfügung stellen könnt. Ansonsten könnt ihr Spenden auf das Konto: Horst Hofmann, Postgiroamt Hamburg, Kto.nr. 600 11 - 208, BLZ 200 100 20 überweisen.

## Termine:

25. Mai 1986, 14 Uhr, S-Bahnhof Dammtor, Ausgang Messehallen (Hamburg): Der Aktionsreis Leben und die Gewerkschafter gegen Atom rufen aus Anlaß der Eröffnung des DGB-Bundeskongresses zu einer Kundgebung und Versammlung auf. Sie fordern vom DGB-Bundeskongreß die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

5. Juni, 19 Uhr, Große Freiheit 36 in Hamburg: Großveranstaltung zur Demonstration in Brokdorf!

Uns bisher bekanntgewordene Aufrufer zur Demonstration am 7. Juni:

AL Berlin - Die Grünen (Bundespartei) - BUU Pinneberg - Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie - LAGA (Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen - ASTA Uni Hamburg - IG Druck und Papier Hamburg - Kommunistischer Bund (KB) - Landesjugendring Hamburg - Die Grünen/Schleswig-Holstein - GAL Hamburg - Kieler Antikw-Plenum - MSB Spartakus Hamburg - Juso Hochschulgruppe Hamburg - Sozialistischer Hochschulbund HH (SHB) - Kultur- und Theaterzentrum Kunstwerk e.V. - Graswurzelrevolution Hamburg - Jungsozialisten Hamburg - Die Grünen - Kriesverband Steinburg - BI Osterstraße - Sanigruppe Hamburg - DKP Hamburg - Hamburger Friedenskoordination.



6. Verkehr:

Auf den Treffen des überregionalen Verkehrsausschuß am 24.5. in Hamburg (nächstes Treffen: Mittwoch 4.6.86 20 Uhr in der MOTTE, Hamburg-Altona, Rothestr./Eulenstr.) wurde vereinbart, daß die Anreise in 5 Zügen geschieht:

Süd 1 - (alles was südlicher als Hamburg gelegen ist) über die BAB Hamburg

Süd 2 - Elmshorn - Itzehoe  
 (Hamburg, Berlin) Hamburg - Bad Bramstedt - (Abfahrt: 6 Uhr Heilig geistfeld, möglichst mit Bussen!)

Ost (Lübeck, Bad Segeberg)

Nord 1 (Flensburg, Schleswig, Husum)

Nord 2 (Kiel, Flensburg, Plön)

Die genaue Streckenführung für die einzelnen Züge wurde festgelegt (um sich nicht ins Gehege zu kommen), soll hier aber nicht veröffentlicht werden. Sie ist zu erfahren über schon zu Verkehr arbeitende Gruppen oder beim nächsten Treffen (s.o.).

Vereinbart wurde: Jeder Zug ist für sich selbst zuständig (Kradmelder, Lautsprecherwagen, Bussprecher, Megaphone etc.) Alles weitere am 4.6.!

Alle unverbesserlichen Individualisten werden noch einmal nachdrücklich aufgefordert die BAB Hamburg - Itzehoe unbedingt zu vermeiden!

7. Ermittlungs- und Saniausschuß:

Bitte sorgfältig die beiliegenden Verhaltensmaßregeln "Hilf dir selbst, dann wird dir geholfen" lesen und in der Vorbereitung diskutieren.

Für die möglicherweise notwendig werdenden Ermittlungen gibt es am 7.6. ein Telefon im Kreis Steinburg: 04823 / 8181.

Auskünfte vor dem 7.6. und danach: 040/40 04 23 (BUU). Diese Nummer ist für die Hamburger am 7.6. ebenfalls besetzt.

8. Termine:  
 Freitag, 30.5., 20 Uhr, Ermittlungsausschuß in Hamburg - Kontakt über Gabi, Tel. 040/43 53 46

Dienstag, 3.6., 20 Uhr, überregionales Treffen in der BUU, Weidenstieg 17, um die weiteren Ereignisse (evt. Verbot, Auflagen etc.) zu beraten.

Mittwoch, 4.6., 19 Uhr, BUU Büro, Weidenstieg 17, Hamburger Treffen der Sanitärgruppen.  
 18 Uhr, Verkehrsausschuß Hamburg  
 20 Uhr, Verkehrsausschuß überregional  
 jeweils in der Motte, Rothestr./Eulenstr. (Altona)

Donnerstag, 5.6., 19 Uhr, Großveranstaltung in Hamburg in der Großen Freiheit 36







## Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Brokdorf darf nie ans Netz!

### Großaktion in Brokdorf am 7. Juni um 13 Uhr

Brokdorf ist ein Symbol für den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung. Auch nach dem Super-Gau von Tschernobyl will die Atommafia zur Tagesordnung übergehen und das Atomkraftwerk ans Netz schalten. Nirgendwo wird der schroffe Gegensatz zwischen dieser lebensverachtenden und zynischen Politik und den Lebensinteressen der Bevölkerung deutlicher.

Unsere Demonstration soll die erste Zusammenfassung der Anti-AKW-Bewegung in Norddeutschland nach der Katastrophe von Tschernobyl sein. Sie ist dazu da, die politischen Kräfte zu sammeln, die die Abschaltung aller Atomanlagen erzwingen können.

Kaum war das Datum der Großaktion gegen die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf bekannt, da hat die schleswig-holsteiner Landesregierung auf den gewachsenen öffentlichen Ablehnungsdruck gegen Atomkraftwerke reagiert und den Zeitpunkt der Erteilung der Betriebsgenehmigung hinausgezögert. Doch bleibt ihr Ziel klar: Brokdorf soll auf jeden Fall ans Netz gehen. Die angekündigte „Sicherheitsprüfung“ verfolgt keinen anderen Zweck. Prüfen statt Stilllegen: Diese Taktik soll die neue Protestbewegung gegen die Atomenergie lähmen. Dies scheint die einzige „Lehre“ der Herrschenden aus dem schweren Unfall von Tschernobyl zu sein. Das Atomprogramm wollen sie auf jeden Fall weiterführen.

**Dagegen leisten wir Widerstand, wir gehen am 7. Juni nach Brokdorf, diese neue atomare Zeitbombe darf nie ans Netz gehen.**

Wir wissen, daß die Behauptung von der sogenannten „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ uns Sand in die Augen streuen soll. Schon im Normalbetrieb ist ein Atomkraftwerk eine Gefährdung. Die Nichtbeherrschbarkeit der Atomtechnologie ist erwiesen. Die Herrschenden bezeichnen sie als „Restrisiko“. Ihre Propaganda will uns einreden, wir würden dieses Risiko nie erleben. Nach dem schweren Unfall in Harrisburg 1979 und der Katastrophe in Tschernobyl, nach unzähligen mittleren und kleineren Unfällen in Atomanlagen ist sicher: Dieses Risiko kann uns jeden Tag in jedem Atomland der Welt treffen und hat lebensgefährliche, grenzüberschreitende Folgen.

**Diese Atomanlagen sind bedrohliche Zeitbomben. Wir lehnen sie radikal ab, unabhängig von den politischen Systemen in denen sie stehen, in West und Ost.**

Jede Atomanlage produziert täglich hochradioaktiven Atomüll, dessen lebensgefährliche Strahlung die Menschheit für Tausende von Jahren bedroht wird. Bis heute wird an Standorten wie Gorleben, Ahaus und am

Schacht Konrad bei Salzgitter lediglich herumexperimentiert, ohne daß eine sichere Lösung des Atomüllproblems in Sicht ist.

Wir wissen, daß die Betreiber des Atomprogramms und der Staat die Atomenergie nicht nur zum Zweck der profitbringenden Stromproduktion benutzen, sondern auch als Grundlage für ihre militärischen Zwecke, für Aufrüstung und Atomkriegspläne. Nicht allein die WAA und der „Schnelle Brüder“, jedes AKW und die Hanauer Nuklearfabriken sind auch militärisch nutzbar.

**Wir fordern die Abschaffung des gesamten Atomprogramms!**

Unsere Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen ist nicht unrealistisch, sondern ein unabdingbares Muß für unser Überleben.

Wer heute nicht über sofortiges Abschalten der Atomanlagen, sondern den Ausstieg in kleinen und großen Schritten redet, wer nur die WAA und den „Schnellen Brüder“ und eventuell noch den veralteten Schrottreaktor in Stade ablehnt, uns aber neue AKWs z.B. in Brokdorf und Lingen oder einen Hochtemperaturreaktor in Borken zumutet, wer die übrigen Atomanlagen bis zum Jahre 2010 oder auch nur bis zum Ende dieses Jahrhunderts weiterlaufen lassen will, kalkuliert bewußt mit der Lebensbedrohung der Menschen.

So entschieden wie wir das unnachgiebige Durchziehen des Atomprogramms durch die Bundesregierung, den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und die Inbetriebnahme Brokdorfs bekämpfen, so entschieden lehnen wir auch die Argumentation derjenigen ab, die von „Ausstieg“ reden, aber unter Hinweis auf komplizierte Gesetze und juristische Verwicklungen die Aufrechterhaltung des Atomprogramms betreiben.

Die Betroffenheit nach Tschernobyl, die Angst, die Wut über den Zynismus der Herrschenden und der Atomparteien wollen wir in politischen Druck und gesellschaftliche Gegenmacht zur Abschaltung aller AKWs und zum Fall des Atomprogramms umwandeln.

Der Atomstaat will dies mit allen Mitteln verhindern. In Wackersdorf und Gorleben führt er uns vor, daß Demokratie und Demonstrationsrecht dort ihre Grenzen haben, wo die Bürger zu ihrem Schutz konsequenten Widerstand leisten. Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand in Wackersdorf. Wir fordern die Beendigung der Kriminalisierung der AKW-Gegner/innen in Wackersdorf, Gorleben, Salzgitter und anderswo.

### KINDERFEST IN WILSTER

Wir möchten es allen Eltern ermöglichen, am Ort der Demonstration, dem Reaktorgelände in Brokdorf, ihren Protest auszudrücken. Deshalb haben wir uns für eine kind-gerechte Form des Widerstands entschieden. Im Rahmen der Demonstration werden wir ein Anti-AKW-Kinderfest in Wilster veranstalten. Die Anfahrt dorthin soll mit der Bahn organisiert werden.

**Kontakt:** Kunstwerk, Kultur- und Theaterzentrum Ottensen e.V., Friedensallee 45, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/390 94 52 oder 390 45 62

### SPENDENAUFBRUF

Unsere Kassen sind leer. Die Druckrechnungen stapeln sich und unser Dispo-Kredit ist überzogen. Bitte spendet und sammelt Geld für die Aktion. Überweist es auf das Konto:

**Horst Hofmann, Postgiroamt Hamburg, Kto. 600 11 208, BLZ 200 100 20**

**Kontakt: BUU Hamburg, Weidenstieg 17, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/400 423**

Solange das mörderische Atomprogramm weitergeführt wird, sind alle Formen des Widerstands gegen die Einrichtungen des Atomstaats und der Atomindustrie — unsere Demonstrationen und Großaktionen, Blockaden, direkte Aktionen, ziviler Ungehorsam und Volksentscheide sowie die Anti-AKW-Arbeit in den Parlamenten — legitim und notwendig.

### Unser Aktionsziel:

Wir wollen am 7. Juni direkt am Reaktorgelände in Brokdorf demonstrieren.

Unser erstes und wichtigstes Ziel besteht darin, mit so vielen Menschen wie niemals zuvor zum Ausdruck zu bringen, daß dieses Atomkraftwerk nie in Betrieb genommen werden darf und alle anderen Atomanlagen sofort stillgelegt werden müssen.

Wir wissen, daß nach Tschernobyl die Bereitschaft sehr vieler Menschen, für dieses Ziel zu kämpfen, gewachsen ist.

Wir sehen zugleich, daß über Gruselmärchen, Drohungen, Polizeieinsätze und Kriminalisierung wie z.B. in Wackersdorf und Gorleben, Menschen eingeschüchtern werden sollen.

Springerpresse und Bundesregierung wollen durch diese Politik einen Teil der AKW-Gegner/innen einschüchtern, wir sollen uns ängstigen und zu Hause bleiben.

Diese Versuche werden bis zum 7. Juni massiver werden. Wir appellieren an alle, sich hiervon nicht beirren zu lassen.

V.i.S.d.P.: H. Möller

Unsere Stärke ist die Vielfalt des Widerstands. Wir müssen darauf achten, daß die verschiedenen am Widerstand beteiligten Gruppen und Einzelpersonen ihre Vorstellungen entwickeln und zum Ausdruck bringen können.

Unser praktischer Widerstand soll wirkungsvoll sein, ohne daß Menschen gefährdet werden.

Wir wollen durch unsere Geschlossenheit, in der niemand gegen seinen Willen einer direkten Gefährdung ausgesetzt wird, den größtmöglichen Schutz aller Demonstranten/innen anstreben.

Wir fordern von Polizei und Staatspolitikern, auf alle Provokationen und Gewalt gegen unsere Demonstration zu verzichten.

### Nach Tschernobyl ist Schluß!

**Keine WAA in Wackersdorf!**

**KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!**

### Diesen Aufruf unterstützen:

BUU Hamburg, Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA), BUU Pinneberg, BI Walddörfer, Westberliner Anti-AKW-Gruppen, BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg Landesverband, AK Wesermarsch, Anti-AKW-Gruppe Achim, Arbeitskreis gegen Kernenergie Stade, BI Eppendorf, Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) Niedersachsen, Atom-Redaktion Lüneburg, BI Osterstraße, BI Eimsbüttel, Alternative Liste Berlin, Westberliner Unabhängigen Plenum (WUP), Grün Alternative Liste Hamburg/Die Grünen LV Hamburg, Kommunistischer Bund, Die Grünen Kreisverband Steinburg, Das Bündnis Hamburg, Deutsche Jungdemokraten Landesverband Hamburg, Die Grünen LV Schleswig-Holstein, Hamburger Friedenskoordination, GAL Hochschulgruppen HWP, Wähler-Gemeinschaft Elmshorn (WGE), Die Grünen LV Niedersachsen, GAL/Grüne Münster, Die Grünen Stade, Blockadeplenum Hamburg, Blockadegruppe der Friedensinitiative Rahlstedt, ASiA der HWP Hamburg, Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen (BUF), BUND Hamburg (Weitere Unterstützer bitte bei der Kontaktadresse der BUU melden).

**Großveranstaltung zur Brokdorf-Demonstration  
Donnerstag, 5. Juni, 19 Uhr, Mit Information und Musik  
In der "Großen Freiheit", Große Freiheit 36 (Hamburg)**



# AUFRUF ZU WIDERSTANDS- AKTIONEN AM 7. JUNI '86

Wir rufen auf zu Aktionen im Kreis Steinburg, als Bestandteil der Gesamtdemonstration, gegen politische und technologische Einrichtungen der Atommafia. Wir sind uns einig, daß sich die praktischen und politischen Auseinandersetzungen an der "Systemfrage" orientieren müssen: Das heißt für uns, Nichtanerkennung des staatlichen Gewaltmonopols, und Widerstand gegen die Atomanlagen als Teil des kontinuierlichen Widerstandes gegen diesen Staat. Wir unterstützen eine politische Demonstration am Bauzaun, begreifen den Zaun nicht als Tabu, sondern den Angriff dagegen als einen praktischen Ausdruck des Widerstandes. Wir mobilisieren jedoch nicht schwerpunktmäßig zu einer militärischen Auseinandersetzung am AKW, weil wir eine Auseinandersetzung mit der geballten militärisch (polizei)-staatlichen Macht nicht für sinnvoll halten, zumal auf keine örtlichen regionalen breiteren Widerstandsstrukturen zurückgegriffen werden kann, die geographischen Gegebenheiten denkbar ungünstig sind, und als Folge der Demonstration ein Schritt zur kontinuierlichen Massenmilitanz nicht sichtbar ist. Es wird wichtig sein, auch auf der Demo am 7.6. Perspektiven für den weiteren Widerstand aufzuzeigen und zu praktizieren. Dies soll in einem Konzept "Unruhe in der Region Steinburg" im Rahmen der Demo/Konvoi durch vielfältige Aktionen wie z.B. Polizeibewegungen einzuschränken, Aktionen an den Masten etc.pp., seinen Ausdruck finden! Wir rufen dazu auf, diese Aktionen nach Kräften und Möglichkeiten selbst zu praktizieren, zu unterstützen bzw. zu schützen. Es erscheint uns deshalb notwendig, daß festgelegte Routen für die Konvois bestimmt werden. Bei Behinderungsmaßnahmen der Bullen werden wir uns der provozierten Auseinandersetzung stellen. Wir werden uns allerdings weder von der Polizei aufreihen, noch zermürben lassen, sondern uns dann eine Umorientierung in die Städte, z.B. nach Hamburg, vorbehalten. Wir finden es sinnvoll, daß dieses Aktionskonzept in näherer Zukunft auch in anderen Regionen, z.B. Stade, Biblis, Krümmel, Landkreis Lüchow-Dannenberg, Wackersdorf seine Fortsetzung finden wird.

Wendlandplenum



## Die Situation nach Tschernobyl

Während wir versuchen, das Ausmaß der Katastrophe zu begreifen, das auf die Menschen in der Sowjetunion und anderswo zukommt und während wir begreifen, daß die da oben uns versuchen zu beruhigen, sich ständig widersprechen, uns verarschen und uns die Fragen an die Experten im Halse steckenbleiben, läuft der imperialistische Normalzustand:

- d.h., geben Bankenkonsortien und Nahrungsmittelkonzerne bereits die ersten Abschätzungen des allein für dieses Jahr zu erwartenden Geschäftes ab: 20 Mill. t zusätzliche Getreideimporte der SU bei 2,5 Mrd. US\$ Kreditaufnahme im Westen
- d.h., mordet die französische Regierung die Ureinwohner auf den Pazifik - Inseln durch Atombombentests
- d.h., passiert in den AKWs der kalkulierte Mord, zumeist an Leiharbeitern, die den größten Anteil der dort Beschäftigten ausmachen, d.h. Ausländern und Jobbern. Pro 1.000 Beschäftigte wird mit 5-6 Krebstoten gerechnet
- d.h., soll Brokdorf ans Netz

## Zur Nuklearindustrie

Als Abfallprodukt der militärischen Kernforschung, dem Run auf die großtechnische Herstellung von bombenfähigen Qualitäten und Quantitäten spaltbaren Materials, entstand die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie. In den kapitalistischen Staaten geknüpft an das Bestreben, ein Energieversorgungssystem zu entwickeln, dessen technisches know-how und dessen Rohstoffe direkt von den Kapitaleignern beherrscht und kontrolliert werden.

So sollte eine strategische Waffe auf dem Gebiet des Energiesektors entstehen. Strategisch nach innen und außen. Nach innen als Ausrichtung und Praxis eines technischen Fortschritts, der geplant immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen Reichtum ausschließt und an die Grenzen des Existenzminimums drückt. Dies durch die Veränderung ganzer Industrien durch die Fortschritte der High-Tech-Entwicklungen. Nach außen durch das Schaffen von finanziellen und technischen Abhängigkeiten, durch Export eines Kernenergieaktors, sowie den damit verbundenen Ausbeutungsmöglichkeiten durch maßgeblichen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Kernenergie dient der Wiederherstellung von Abhängigkeiten der industriell weniger entwickelten Länder von den meist imperialistisch hochentwickelten Industrieländern.

Inwieweit ist die ökonomische Macht der mit der Kernenergie direkt verbundenen Konzerne politisch beeinflussbar?

Die Sozialdemokraten sind mitten im Wahlkampf gefordert, ihre Rolle des kleineren Übels zu inszenieren. Mit väterlichem und sorgenvollem Geheuchel sprechen diese - nachweislich von z.B. Flick und Deutscher Bank gezielt geschmierten politischen Entscheidungsträger - vom Ausstieg irgendwem und irgendwo. Die Grünen biedernd sich als Koalitionspraxispartner auf allen Ebenen an, ohne auch nur auf einer Ebene eine Koalitionspraxis oder - absicht zu gefährden. Die Wahlen am 15. Juni in Niedersachsen sollen Bündnisfähigkeit und parlamentarische Seriosität demonstrieren. Wir gehen davon aus, daß das Angebot, politisches Engagement mit dem Wahlzettel praktisch werden zu lassen, die herrschenden Machtverhältnisse stabilisiert.

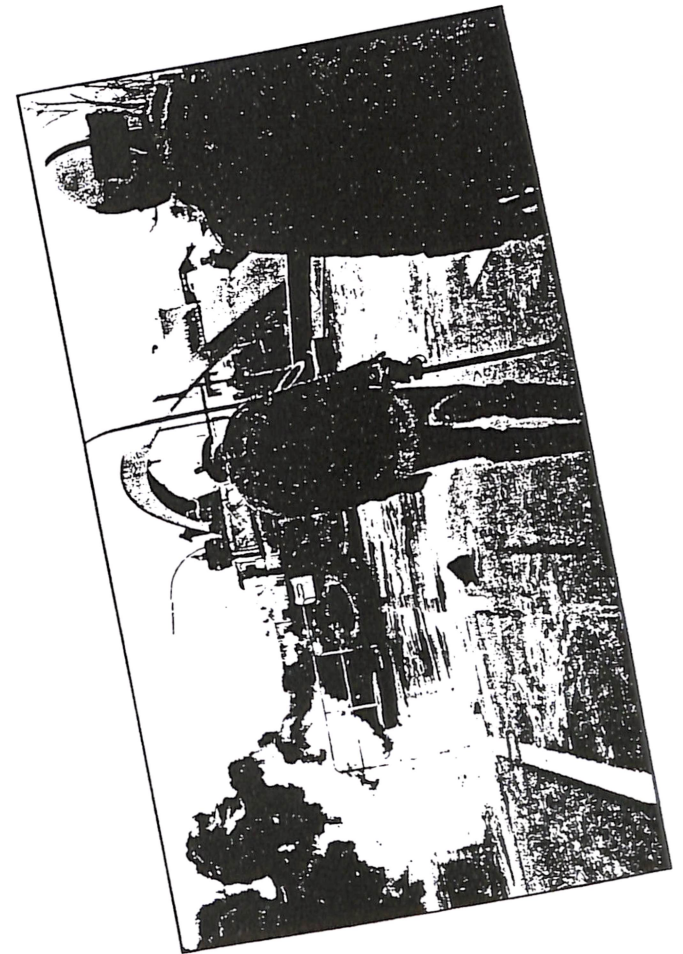
Einflussnahmen durch Klagen gegen Nuklearanlagen unterscheiden sich unwesentlich von den Aktivitäten dieser Parteien, da sich zeigte, daß die Entscheidungen lediglich aufschiebende Wirkung im günstigsten Fall bewirken konnten und ebenfalls von aktueller Verbreitung und Erfolg des praktischen Widerstandes abhängig waren und sind.

Die bundesdeutsche Geschichte hat gezeigt, daß dieses System keine legale Möglichkeit bietet, einer absehbaren Katastrophe ungeheuren Ausmaßes entgegenzusteuern, den Einsatz menschenverachtender Technologien zu stoppen.

## Widerstand

Die letzte große Demonstration in Brokdorf steht für uns als politischer Kollaps einer Massenbewegung gegen dieses AKW. Mit dieser Erfahrung und dem gescheiterten Bauplatzbesetzungsversuch in Grohnde und der in Vorfeldkontrollen erstickten Demonstration in Kalkar waren wir gezwungen, nach neuen Wegen des Widerstandes zu suchen und sie auszuprobieren. Stand Brokdorf für die Erkenntnis, daß nur Vertrauen in die eigene Kraft politisch zu überzeugen und zu handeln ermöglicht, hieß das für uns, genauer die Schwachpunkte bei der Durchsetzung des Atomprogramms auszumachen, zu benennen und anzugreifen. Dies gilt für die Ansatzpunkte des Protestes und Widerstandes gegen Transportstrassen für Atommüll, kerntechnische Erzeugnisse, Brennelemente usw. Ebenso vermehrt sich die Angriffe auf Betreiber, wo mit jede Firma oder Institution gemeint ist, die an Planung, Bau oder Betrieb von Nuklearanlagen Profite erzielt, Genehmigungen erteilt oder propagandistisch für Kernenergie eintritt.

Wenn in der letzten Zeit wieder verstärkt behauptet wird, daß es den Militanten in Wirklichkeit nicht nur um die Kernenergie ginge, so stimmt da ein Teil, es geht vielen inzwischen tatsächlich um die Stilllegung der herrschenden Klasse!





## Hilf Dir selbst - dann wird Dir geholfen

Du gehst heute demonstrieren und überlegst mal wieder, an was Du alles denken wolltest. Irgendwo hastest Du doch mal ein Flugblatt mit Demo-Tips - wo zum Teufel ist das bloß abgeblieben. Nun, wenn Du es nicht finden kannst, oder es vielleicht auch nicht mehr ganz aktuell ist, dann lies dies vielleicht solange.

Dieses Flugblatt ist im Frühjahr vor den Raketenstationierungen geschrieben und soll Dir eine kleine Hilfe sein für Deine Vorbereitungen auf große Demonstrationen, bei Klamotten oder auch bei Aktionen, bei denen heftige Übergriffe der Polizei zu erwarten sind. Nimm Dir Zeit, es in Ruhe zu lesen. Nach aller Erfahrung ist niemand geschützt vor Polizeibestrafungen, egal ob Du Dich als gewaltfrei verstehst oder ob Du ein radikales Vorgehen gegen Objekte und/oder Menschen für richtig hältst. Vorher nichts getan zu haben ist in jedem Fall kein Schutz vor Wasserwerfern, CN/CS-Gas-Treffern oder Knüppeln. Die folgenden Tipps sind Verhaltensvorschläge und mögen Dir die notwendige Portion Selbstvertrauen geben.

### Allgemeine Vorbereitungen

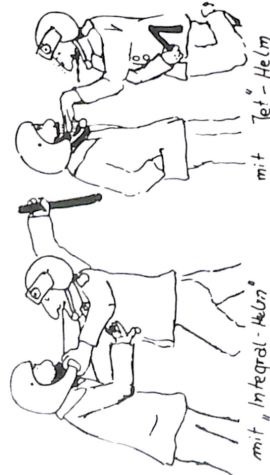
Da Demos oft anstrengend und manchmal länger als vorgesehen sind, empfiehlst Du sich, vorher ausreichend zu schlafen und zu essen. Das bedeutet auch, kein Alkohol und kein Shit!

Mach Dir schon vorher Gedanken, mit wem Du zu der Demo gehen willst und wie Ihr Euch gemeinsam verhalten wollt. Machi vorher einen Treffpunkt aus, an dem Ihr Euch nach der Demo gegebenenfalls wieder trifft (verliert Euch nach Möglichkeit gar nicht erst). Fahrt möglichst zusammen zum Demo-Ort und macht Euch vorher mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut.

Bleibt während der ganzen Demo zusammen, das gibt Euch Kraft und erschwert den Zins die Arbeit. Überlegt Dir bitte genau, ob Du Deine Kinder auf diese Demo mitnehmen willst oder ob Du sie lieber in einer gemeinsamen Kindergruppe zu Hause läßt.

### Ausrüstungsempfehlung:

**Helm:** Wir empfehlen Dir, zu Deinem Schutz einen Helm mitzunehmen, möglichst einen Motorrad-Jet-Helm mit Ohren- und Nackenschutz (keinen Bauhelm!). Integralhelme sind nicht so gut, weil man darunter keine Schutzbrille tragen kann, das Visier nicht gesichert ist und die Polizisten Dich leicht mal am Kinnschutz packen können.



Helme sind der beste Schutz gegen Kopiplatzwunden durch Knüppel oder Steine.  
**Gaschutzbrille:** Für die Augen. Nimmals geht auch eine zugeklebte Motorradbrille, aber keine Taucherbrille! Achtung: Brillenträger, die Brille muß darunter passen - nimm besser eine Sportbrille. In Gaschutzbrillen kann man beste Brille Brillenglas einstecken.  
**Trockenes Halsuch:** Als Mund- und Nasenschutz (möglichst mehrere zum Wechseln).  
**Wasserfeste, gut gepolsterte, bequeme Kleidung:** (möglichst aus gutem Lederzeug, keine Synthetikwäsche!)

Denk bei auswärtigen Demos an Klamotten zum Wechseln für gasvergiftete Sachen und nimm Multituten mit, zum Verpacken.

**Schienenbeschützer:** für die Unterarme. Damit vermeidest Du gebrochene Unterarme, wenn Du Schläge abwehrst.  
**Nierenschutz, Unterleibsschutz:** gegen Tritte, Schläge und Wasserwerfer. Probiere diese Sachen vorher mal aus.  
**Feste Schuhe:** in denen Du gut laufen kannst (keine Sandalen, keine Clogs).

**Binde deine langen Haare zu einem Zopf zusammen** (verwende Gummiband oder Haarnetz - keine Haarspangen, Ohringe oder Haarmadonnen, die könnten im Gerangel Verletzungen hervorrufen) und steck sie unter die Jacke oder den Pulli.

**Außerdem was zu essen** für zwischendurch (Vollkornbrot, Fruchtschmittchen o.ä.).

Denk auch an das Wetter: am Demoort - bei Hitze: Sonnen- schutz, bei Kälte zieh Dich warm genug an.

PROBIER DEINE AUSTRÜSTUNG VORHER AUS!!

### Nimm unbedingt mit:

- ▲ Gültiger Ausweis, ggf. Kfz-Papiere
- ▲ 3 mal 23 Plenum abgezählt (2 Groschenreichen nicht und 3 Groschen sind zu viel. Spenden dürfen die Beamten nicht entgegennehmen. Das ist kein Witz, es ist echt schon vorgekommen!)
- ▲ Stitt und kleinem Block für Gedächtnisprotokolle
- ▲ Kontakttelefonnummern auf den Arm schreiben (dem Arm kann dir nicht so schnell weggenommen werden wie Papier)
- ▲ Medikamente, die regelmäßig genommen werden müssen für drei Tage: Anti-Baby-Pille
- ▲ Binden bzw. Tampons
- ▲ Augenspülflasche mit klarem Wasser (200 ml) was zu essen
- ▲ 1 Verbandspackchen

### Nimm auf keinen Fall mit:

- ▲ Adressbücher, Kalender, Fotos, persönliche Aufzeichnungen
- ▲ Schmuck und Hefte (CN/CS sind tödlich und werden in Fettcreme gebunden, die atzende Wirkung wird so verstärkt)
- ▲ Kontaktlinsen, weil sonst schnelles Augenspülen nicht möglich ist und bleibende Schäden entstehen können
- ▲ Alkohol und Shit
- ▲ Zitronen
- ▲ Hunde

### keine Zitrone!!!

nicht in die Augen, nicht auf's Tuch, Zitronenduft lässt frische Luft vor, filtert aber kein CN/CS. Im Zitronenleuchten Tuch steigt die Konzentration an und Du merkst es erst an den Folgen!

### Während der Demo

Bildet Ketten, am besten mit Leuten, die Ihr gut kennt. Schließt auf, laßt keine Lücken entstehen, macht keine Alleingänge, nehmt keine Abkürzungen!

Verbindet bei Angriffen auf die Demo das Auftreten einer Panik laßt nicht auseinander, bildet Ketten. Bleibt ruhig! Unbehelmte Leute gehören in den Schutz der Gruppe. Einzelne Flüchtende sind beliebtes Ziel für Knüppelschläge - geschlossenen Blöcke bilden gewissen Respekt ein und dienen Eurer Sicherheit. Bekanntlich broadelt die Gernichteküche während Demos immer besonders - nehmt Euch in Acht und haltet die Augen offen.

### Verletzungen

Falls es zu Verletzungen kommt, wende Dich an die gekennzeichneten Samis. Bilde mit Umstehenden Kreise um die Verletzten, damit sie geschützt sind und die Samis arbeiten können, aber steh nicht im Weg. Hilf mit, Verletzte, wenn möglich, aus der Gefahrenzone zu bringen.

**Was Du über Verletzungen selber wissen mußt:**

**Kopferverletzungen:** Nach Schlägen auf den Kopf, auch wenn nicht viel zu sehen ist, besteht immer die Gefahr einer Gehirnerschütterung. Wenn sofort, Stunden, Tage oder auch Wochen danach Symptome wie Erinnerungverlust, Kopfschmerzen oder Übelkeit auftreten, ist dies ein Fall für ärztliche Behandlung!

**Chemical Mace, CN, CS:** Sofort mit klarem Wasser Augen und Haut gründlich spülen (keine Zitrone, keine Seife). Wenn das Zeug in die Augen kommt und das tut's laßt immer, mußt!



Die den Kopf der Betroffenen zur Seite neigen und von innen nach außen spülen, spülen und nochmal spülen (bis der Ritz nachläßt).

Bei Atembeschwerden sollte möglichst sofort ärztliche Hilfe aufgesucht werden. Allergiker, Asthmatiker und schwangere Frauen sind besonders gefährdet.  
**Hunde:** Begle Dich innerhalb von 24 Stunden in ärztliche Behandlung und laß Dir eine Tetanuspritze geben!

Auch Erschöpfung, Ausdrücken, Angstzustände und nicht gleich sichtbare Verletzungen sind ernst zu nehmen, und die Freunde die nach dem Motto "mit einer Kopplut-zunde geh ich noch lange nicht nach Hause" gleich wieder ins dreckste Gewühl streben, gehören nicht mehr auf die Demo.

Wenn nötig und möglich wende Dich an eine Ärztin Deines Vertrauens.

### Bei Festnahmen

1. Falls Du von Polizisten rausgegriffen wirst, ruf laut Deinen Namen. Trage einen Zettel mit Namen und Anschrift bei Dir, den Du ggf. den umstehenden Demonstranten zuwerfen kannst. Umstehende sollen ihn sich merken, an den Anwalt und den Ermittlungs-schluß weitergeben und die Umstände der Festnahme sofort genau aufschreiben.

2. Versuch Dir Dienstnummer, Namen und Dienstgrad der Beamten geben zu lassen und frag nach dem Grund der Festnahme.

3. **Mach nur Angaben zur Person** (Name, Adresse, Geburtsdatum, allgemeine Berufsbezeichnung, nicht mehr! **Mach keine Aussagen zur Sache!**)

4. **Auf der Wache laßt Du das Recht, Anwalt und Angehörige bzw. Personen Deines Vertrauens telefonisch zu verständigen** (dafür die 3 mal 23 Plenum, schlaue was?)

5. **Leg gegen erkennungsdienstliche (ED-) Behandlung Widerspruch ein.** Laß den gesamten Vorgang mit Deinem Widerspruch **protokollieren**. Gib Deine Fingerabdrücke nur auf Formblätter, nicht auf weiße Zettel!

6. Notiere die Namen der Mitgefangenen, protestiert gemeinsam gegen die Behandlung in der Haft. Aber denk daran: Rede nicht über den Vorwurf oder andere Einzelheiten. Du weißt nicht, wer alles anhört!

7. Verlange bei Verletzungen einen Arzt, der ein Attest Deines Vertrauens oder ein Krankheitsaus auf die eben-falls die Verletzungen attestieren sollen, und zwar so genau wie möglich!

8. Die Festnahme darf ohne Haftprüfung nicht länger als bis zum Ende des nächsten Tages dauern (höchstens 48 Stunden).

### Nach der Demo

Klar, ab, ob alle da sind! Greif nach der Demo geschlossen mit Deiner Gruppe nach Hause! Wechsel möglichst schnell die Klamotten - CN/CS-vergiftetes Zeug gehört in Plastiktüten und in den Kollerraum, nicht in die Wohnung. (Auf dem Rückweg, im Bus oder Auto müßst Du unbedingt die Fensteröffnen, weil das Gift aus den Klamotten verdampft.) Zu Hause - wenn nicht schon vorher möglich - bei vorherigem Gas- oder Wasserweiterkontakt:

1. mit kaltem Wasser ca. 5 Minuten duschen. Das ist wichtig, damit CN/CS nicht in die Poren geschwemmt wird.
2. mit neutraler Seife waschen und kalt abtuschen.
3. dann warm duschen und entspannen.
- Wer eine Festnahme als Zeuge miterlebt hat und/oder über Verletzungen berichten kann, sollte baldmöglichst ein Gedächtnisprotokoll anfertigen und dieses beim Ermittlungsausschluß oder einer der Kontaktadressen abgeben.



V.S.H. P. Autonome Demonstrationsunterstützung  
Kontakt über BfL Hamburg (Kontingentsgruppe)  
Börstelstr. 26  
2000 Hamburg 6  
☎ 040 - 439 86 71

KONTAKT LANGE!!!

## Verein Solidarische Hilfe gegen staatliche Willkür

1. Die Solidarische Hilfe verurteilt die militärischen Einsätze der Polizei und des Bundesgrenzschutzes am 7. Juni 1986 am Kernkraftwerk Brokdorf, wo mit Schlagstöcken, Wasserwerfern und Kampfgas gegen die rund 40.000 Teilnehmer der Kundgebung vorgegangen wurde, auch Kinder, Jugendliche und ältere Menschen über Gräben und Stacheldraht gehetzt wurden. Für diese Einsätze gab es keinen Anlaß. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden von der Polizei provoziert, u.a. durch die überflüssige Fahrt eines Baufahrzeuges durch ein Nebentor des Kernkraftwerkes zu Beginn der friedlichen Kundgebung.

2. Es war offenbar der Plan der politisch Verantwortlichen, kurz vor der Wahl in Niedersachsen staatliche Macht zu demonstrieren und die friedliche Protestbewegung der Bürger zu kriminalisieren, von den zentralen Fragen zur Perspektive unseres Landes abzulenken, der Bewahrung des Weltfriedens, der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Massenarbeitslosigkeit.

3. Die weiträumig angelegten Polizeisperren und -blockaden um Brokdorf, insbesondere der Stopp des Hamburger Konvois in Kleve zeigen, daß Demonstrationen verhindert, demokratische Rechte außer Kraft gesetzt werden sollen, um Ruhe und Ordnung im Interesse der Atomlobby zu gewährleisten. Die Polizei ist in Kleve brutal gegen die Hamburger Demonstranten vorgegangen, hat Autos demoliert und in Brand gesetzt.

4. Einen Praxis-Test seines unhaltbaren Entwurfes für ein neues Hamburger Polizeigesetz ordnete Innensenator Rolf Lange für den 8. Juni 1986 an, als er ca. 850

mögliche Teilnehmer einer spontanen Demonstration gegen den Polizeiterrord und die Außerkraftsetzung demokratischer Rechte auf dem Heiligengeistfeld einkesselte, noch bevor überhaupt eine Demonstration begonnen hatte. Die Menschen wurden bis zu dreizehn Stunden ihrer Freiheit beraubt und unmenschlich behandelt, auf Wachen abtransportiert und dort weiter ohne jeden Grund festgehalten.

5. Die politisch und persönlich Verantwortlichen müssen entlassen werden, auch Innensenator Rolf Lange (SPD). Er ist nicht erst am Sonntag durch seine brutale Linie gegenüber Demokraten aufgefallen. Wir erinnern an den Fall Alviola und den damaligen Polizei-Sturm der Sankt-Stephanus-Kirche in Eimsbüttel und an die Demonstration am 29.11.1984 vor dem faschistischen chilenischen Generalkonsulat, als die Demonstranten von der Polizei im Auftrag des Generalkonsuls brutal abgeräumt wurden. Bereits am ersten Tag seiner Amtszeit rechtfertigte Innensenator Lange vor der Hamburger Bürgerschaft die Weitergabe der Daten von Demonstranten an den US-amerikanischen Geheimdienst CIA.

6. Wir werden Verfahren zur Feststellung der Rechtswidrigkeit des Vorgehens der Polizei unterstützen, die Ermittlungen unterstützen und uns an ihnen beteiligen. Hinweise/Kontakt: Christian Rahn, Telefon 37 30 99 (Anwaltsbüro).

Verantwortlich: Solidarische Hilfe gegen staatliche Willkür, Carsten Röttgers, Mellmannweg 22, HH 70 —Eigendruck —



## DEUTSCHE FRIEDENS-UNION

ARBEITSKREIS DEMOKRATIE

### Bündnis gegen Überwachungsgesetze

Auf der Veranstaltung „Was tun gegen die Sicherheits-gesetze?“ wurde folgende Resolution verabschiedet:

„Die Teilnehmer des Hamburger Ratschlages „Was tun gegen die „Sicherheitsgesetze?“ verurteilen die brutalen Polizeieinsätze in und vor Brokdorf am 7. Juni und in Hamburg am 8. Juni. Die durch nichts gerechtfertigten Einsätze der Polizei sind Angriffe auf das Demonstrationsrecht. Wir lassen uns das Recht auf Demonstration und Protest nicht nehmen!“

Wir fordern, daß die Verantwortlichen für das brutale Vorgehen der Polizei zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir fordern insbesondere den für die Freiheitsberaubung auf dem Heiligengeistfeld verantwortlichen Hamburger Innensenator Rolf Lange zum Rücktritt auf.

Wir rufen auf zur Demonstration für die Verteidigung des Demonstrationsrechtes am Donnerstag, den 12. Juni 1986, 17.00 Uhr Gerhart-Hauptmann-Platz.

Hamburg, 11. Juni 1986“

gez. Hannes Holländer



## Gummigeschosse Die Lücke im Mittelstreckenbereich

Es ist gewiß kein Zufall, daß Baden-Württemberg nach der unlängst erfolgten Einführung eines Gebührenkatalogs für Polizeieinsätze bei Demonstrationen auch in Sachen Gummigeschosse eine Vorreiterrolle spielt. Die Einführung von Gummigeschossen gerade in Deutsch-Süd-West macht zudem auf eindrucksvolle Weise den Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Aufrüstung deutlich — ausgerechnet das Bundesland, in dem ab Herbst 1983 der Großteil amerikanischer Pershing 2 Raketen stationiert werden soll, schließt auch im Polizeibereich als erstes die „Lücke im Mittelstreckenbereich“.

**Inhalt:** Die Debatte um eine Distanzwaffe — Entwicklung und Technik von Gummigeschossen — Zur Sprachakrobatik der Hersteller und Befürworter — Gummigeschosse als polizeiliches Repressionsmittel in der Schweiz — Die körperlichen Folgen von Gummischrotten — Gummi- und Plastikgeschosse in Englands letzter Kolonie: Testfeld Nordirland — Die körperlichen Folgen von Gummi- und Plastikgeschossen — Lehrer starten Kampagne gegen Plastikgeschosse.

ISBN 3-88876-024-0  
36 Seiten - 50 Abb. - Format DIN A4  
Preis 3,- DM + 1 DM Porto

## Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen und Blockaden Mit Rechtshilfetips

Eine Anleitung für jedermann und jedermann

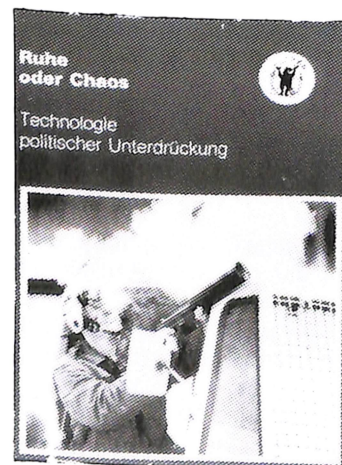
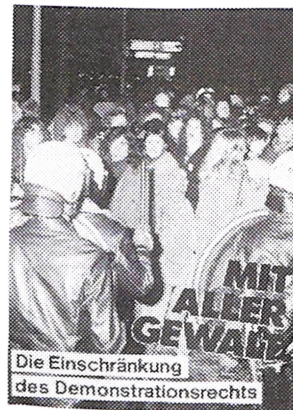
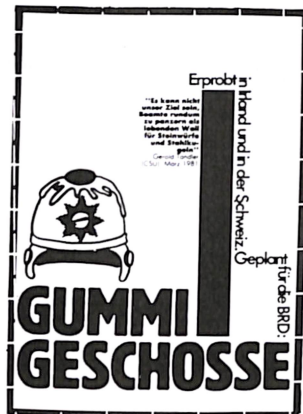
**Inhalt:** Vorbereitung und Verhaltenstips für Demos, Blockaden und phantasievolle Aktionen; Rechtshilfetips; Erkennen und Selbstversorgung der wichtigsten demonstrationstypischen Verletzungen; Checklisten für Demos, Blockaden u.a.m.

7. vollst. überarb. Auflage, 15.-20.000  
64 S. - 41 Abb. - Format DIN A5  
Preis: 4,- DM - 3,50 sfr - 28 öS  
(incl. 50 Pf. Nicaragua-Spende)  
ISBN 3-88876-005-4  
Preis 4,- DM + 1 DM Porto

## Ruhe oder Chaos Technologie politischer Unterdrückung

Der aktuelle Reader zu CS, Gummigeschossen, Demonstrationsrecht und Polizeiaufrüstung.  
Mit Beiträgen von 13 Autoren und Gruppen: Fabig (vietn. Freundschaftsgesellschaft), Grieshammer (Ökoinstitut Freiburg), Scharmer (RA, Hamburg), Schrempf (Intern. Friedensinst. München), Werkentin (Berghoff-Inst., CLIP, Berlin), KB, BL Freiburg, POCH, Sanitärgruppen, WISK

ISBN 3-923496-00-1  
136 Seiten - 48 Abb. - Format A5  
+ 1 DM Porto  
3,-DM



## Mit aller Gewalt

**Die Einschränkung  
des Demonstrationsrechts**  
Die Funktion des Demonstrationsrechts  
(von Prof. Oskar Negt)  
Diskussion um den  
Landfriedensbruchparagrafen (§ 125)  
Die Höhe des Strafmaßes im  
internationalen Vergleich  
Schadenersatzforderungen der Polizei  
Leistungsbescheide  
Sind Blockaden Nötigung?  
Polizeibewaffnung gegen Demonstranten

Herausgeber: Ermittlungsausschuß  
West-Berlin, Hamburg, Nürnberg,  
Grün-Alternative Liste Hamburg, Redak-  
tion Straßenmedizin (Mitteilungs-  
blatt der Sanitärgruppen, Hamburg),  
Inge Ammon (BBU-Vorstand), Jürgen  
Schirmer (BBU-Vorstand)  
ISBN 3-88876-026-7  
Format DIN A5 - 128 Seiten  
Preis 10,- DM + 1 DM Porto

**Bestellungen an:  
Bürgerinitiative Umweltschutz  
Unterelbe/Hamburg  
Weidenstieg 17  
2000 Hamburg 20**

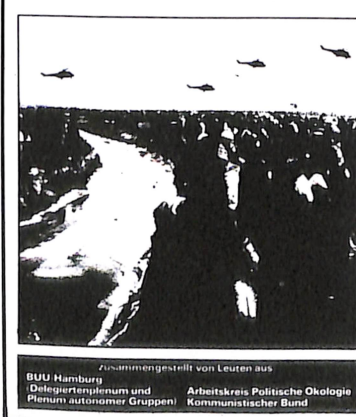
bei Bestellungen bis DM 50,-  
liefern wir nur gegen Vorkasse

## BROKDORF 28.2.81 Berichte — Bilanz — Perspektiven

Der Umfang der Broschüre beträgt 64 Seiten  
3,- DM plus Porto

Aus dem Inhalt:  
— Vorbereitung der Demo seit Dezember 1980 — Gesamtüberblick der Demonstration — Berichte und Einschätzungen aus verschiedenen Städten — Politische Auseinandersetzung — Perspektiven zur Weiterarbeit — und viele Fotos.

## BROKDORF 28.2.81 Berichte — Bilanz — Perspektiven



## Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften Glänzende Geschäfte

**Umweltvernichtung und Gesundheits-  
gefährdung am Beispiel der Norddeut-  
schen Affinerie AG, Hamburg**

Aus dem Inhalt: Industriesystem = Unvernunft? Die Norddt. Affinerie, Affi-Produktionsprozesse, NA vernichtet Kulturgut, Von Mikros und Makros, Gifte im Affi-Abwasser, Wie man auch anders messen kann ... Dicke Luft über Hamburg, Arsen & Schwermetalle, Über den Wolken, Von der Affi frisch auf den Tisch, Wie man aus Schlacke Kohle macht, Schwermetalle — die Langzeitgifte, Die Behörden ein Kapitel für sich, Ein Staatsanwalt ermittelt, Vulkane — die ganz großen Umweltverschmutzer, Die Töchter der Affi, Norddt. Affinerie & Dritte Welt, Zurück zur Vernunft, Stichwortverzeichnis, Quellen- und Literaturverzeichnis.

ISBN: 3-888 76-033-x  
220 Seiten — Format 20x20cm  
150 Fotos, Abbildungen & Tabellen  
Preis: DM 14,80 (plus DM 2,- Porto)



Herausgeber:  
GAL Hamburg

## Alternative Hafen- und Küstenpolitik

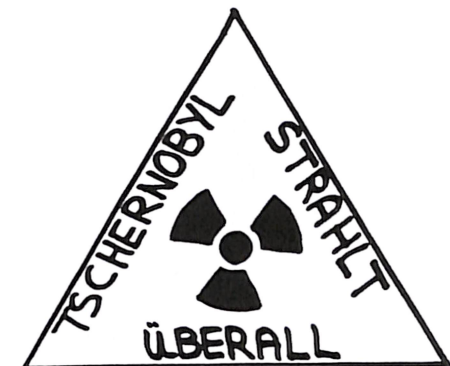
Aus dem Inhalt:  
Küstenindustrialisierung  
— Hafenkonkurrenz  
— Hafen- und Umweltprobleme  
— Hafenarbeit  
— Hafen und Dritte Welt  
— Ausländische Seeleute  
— und anderes mehr

ISBN 3-88876-034-8  
280 Seiten - Format DIN A5  
Preis: DM 13,- + 2 DM Porto

## BROSCHÜRE

Tschernobyl und die Folgen!

Ärzte und Naturwissenschaftler informieren über:  
— Unfallhergang  
— Grundbegriffe der Radioaktivität  
— Aktuelle Gesundheitsgefahren und Langzeitschäden  
— Konsequenzen



Broschüre DIN A 5, ca. 36 Seiten, 3,-DM  
erscheint am 3.6.86

Hrsg. und Bestelladressen:

— Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA)  
St. Pauli Str. 10/11  
2800 Bremen 1  
Tel. 0421/700 144  
— Bremer Gesundheitsladen  
Braunschweiger Str. 53  
2800 Bremen

bei Bestellungen ab 10 Stck 30 % Rabatt  
ab 50 Stck 40 %  
ab 100 Stck 50 %

heft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft

## Graswurzelrevolution

SCHWER-  
PUNKT

## SPANIEN 1936

ANARCHIE AUF DEM PRÜFSTAND

WEITERE  
THEMEN

0 Anti-AKW-Bewegung  
0 Widerstand und Gewalt  
0 Marsch f. Entmilitarisierung

BEILAGE

Graswurzelcamp im Hunsrück

Bezug: GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50

40 S. / 3 + 0,80 DM in Briefmarken

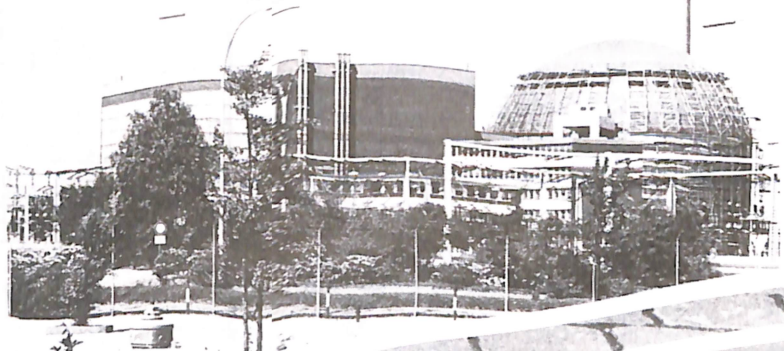
ft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft-Sommerheft



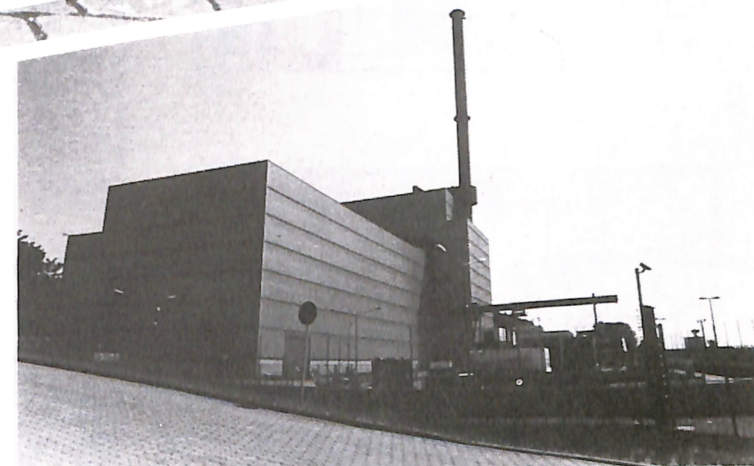
Hamburger  
„Sicherheits-  
Lotterie“

je **Neu**<sup>e</sup>

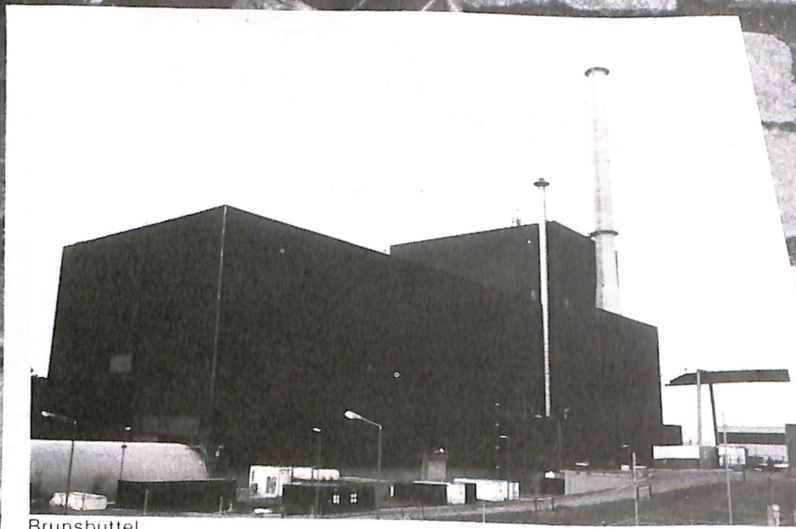
4 aus 22



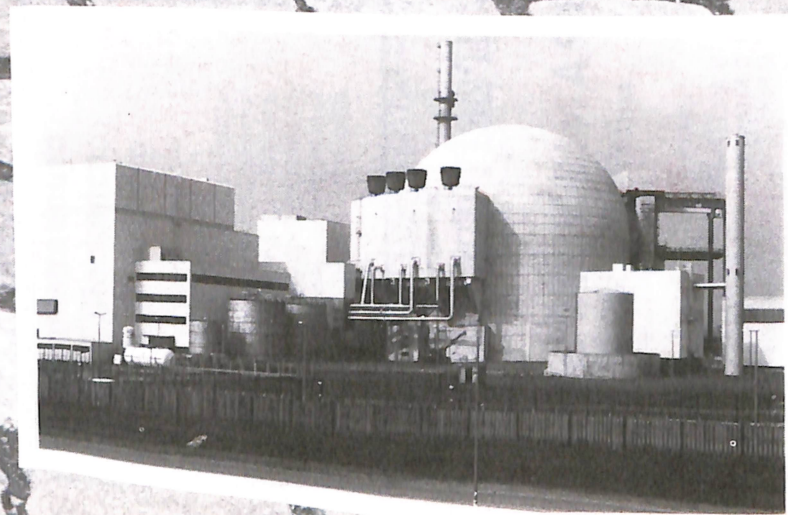
Stade



Krümmel



Brunsbüttel



Brokdorf